

RheinlandPfalz



Statistisches Landesamt

Statistische Monatshefte

1987

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

Inhalt

Veränderungen im Einzelhandel 1960 bis 1985	209	Der seit Jahren anhaltende Konzentrationsprozeß im Einzelhandel führte zu Veränderungen der Betriebsgrößen und der Organisationsstrukturen.
--	-----	---

Bevölkerung im Jahr 2000 – Prognoseergebnisse nach dem demographischen Wanderungs- ansatz	215	Mit dem demographischen Wanderungsmodell konnte ein wichtiger Schritt zur Verbesserung des Prognoseinstrumentariums realisiert werden. Ausgehend von der Bevölkerung am Jahresende 1985 wird die Entwicklung bis zum Jahr 2000 vorausgeschätzt.
--	-----	---

Finanzielle Situation der Wohngeldempfänger 1986	223	Die Einkommenssituation der Wohngeldempfänger, ihre Wohnkostenbelastung und die mit dem Wohngeld bewirkte Entlastung werden dargestellt.
---	-----	--

Baulandmarkt und Baupreise 1980 bis 1986	226	Es wird über die Entwicklung der Preise für Bauland, Wohn- und Bürogebäude berichtet.
---	-----	---

System der Umweltstatistiken	231	In der amtlichen Statistik nehmen die Umweltstatistiken einen hervorragenden Rang ein. Sie vermitteln wichtige Informationen zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen.
-------------------------------------	-----	--

Anhang	65 *	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	71 *	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Im Jahr 2000 noch knapp 3,5 Millionen Rheinland-Pfälzer

Auf der Basis der derzeitigen Fortschreibungen wird die Einwohnerzahl des Landes bis zum Jahr 2000 voraussichtlich um etwa 125 000 Personen auf 3,49 Mill. zurückgehen. Die Bevölkerungsentwicklung wird entscheidend durch die Gestorbenenüberschüsse bestimmt, die in den 90er Jahren noch zunehmen werden. Wanderungsgewinne, die sich über den gesamten Prognosezeitraum zu einem Zuzugsüberschuß von rund 60 000 Personen kumulieren, können diese Tendenz lediglich abschwächen.

Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, die bis 1985 gewachsen ist, wird bis zum Jahr 2000 um 6,5% schrumpfen, während die Gesamtbevölkerung nur um 3,5% zurückgeht. Diese Tendenzwende läßt eine allmähliche Entspannung der Arbeitsmarktlage erwarten. Die Besetzung der Altersgruppen der 15- bis 18jährigen und der 18- bis 21jährigen wird sich bis Anfang der 90er Jahre um rund ein Drittel verringern, so daß sich insbesondere für die in das Berufsleben eintretenden Jahrgänge die Aussichten, einen Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz zu finden, wesentlich verbessern. Andererseits zeichnet sich eine zunehmende Überalterung ab: Der Anteil der Personen im Alter von 65 Jahren und darüber an der Gesamtbevölkerung steigt von derzeit etwa 15% auf knapp 18% im Jahr 2000.

Anders als auf Landesebene wird die Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Kreisen oft stärker von den Wanderungen geprägt. Wanderungsgewinne bringen vor allem im Randbereich der Ballungsräume einen Bevölkerungszuwachs, der teilweise bis in die zweite Hälfte der 90er Jahre anhält. Erst gegen Ende des Prognosezeitraums wird sich überall der Einfluß der rasch steigenden Gestorbenenüberschüsse durchsetzen. Trotz der allgemein rückläufigen Tendenz wird nach dieser Prognose die Einwohnerzahl der Kreise Trier-Saarlouis, Bad Dürkheim, Ludwigshafen und Mainz-Bingen im Jahr 2000 noch höher liegen als Ende 1985.

Mehr über dieses Thema auf Seite 215

461 Minderjährige adoptiert – 2 031 Adoptionsbewerber

Im Jahre 1986 wurden in Rheinland-Pfalz 461 Minderjährige adoptiert. Das sind 81 Adoptionen weniger als 1985. Die Vermittlung der Adoptionen erfolgte in 96% der Fälle durch die Jugendwohlfahrtsbehörden, im übrigen durch freie Träger.

Die Zahl der adoptierten Minderjährigen, deren Heimaufenthalt länger als drei Monate dauerte, ist seit 1985

von 18 auf insgesamt 25 angewachsen. Nahezu unverändert blieb die Zahl der zum Zwecke der Adoption aus dem Ausland geholten Minderjährigen (59 Kinder).

Drei Fünftel der adoptierten Kinder waren noch nicht im schulpflichtigen Alter, rund ein Viertel zwischen sechs und zwölf Jahre und rund 14% älter als zwölf Jahre.

Jeder fünfte der Adoptierten hatte eine ausländische Staatsangehörigkeit. Die 373 adoptierten deutschen Minderjährigen – bei den ausländischen werden die Familienverhältnisse nicht erfragt – waren je zur Hälfte eheliche und nichteheliche Kinder.

Am Jahresende 1986 warteten in Rheinland-Pfalz 2 031 Familien oder Einzelpersonen darauf, daß ihnen eine Adoption vorgeschlagen wird. Dieser Kreis hat gegenüber 1985 um 75 Adoptionsbewerber (+ 3,8%) zugenommen. Zur Adoption vorgemerkt waren am Jahresende 104 Minderjährige. ka

1 700 legale Schwangerschaftsabbrüche

Nach den Meldungen der berichtspflichtigen Ärzte wurden 1986 in Rheinland-Pfalz insgesamt 1 706 legale Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen, das sind 3% weniger als im Jahr zuvor. Von den Frauen, die einen Abbruch vornehmen ließen, waren 48% verheiratet, 42% ledig und knapp 8% geschieden. Rund 53% waren zwischen 18 und 30 Jahre und ein knappes Drittel zwischen 30 und 40 Jahre alt. Jünger als 18 Jahre waren 4%.

In 12% der Fälle wurde eine allgemein-medizinische und in 17% eine psychiatrische Indikation als Begründung des Eingriffs genannt. Mit einem Anteil von 60% war eine sonstige schwere Notlage (soziale Indikation) die bei weitem häufigste Abbruch-Ursache. Im Bundesdurchschnitt entfielen auf die Notlagen-Indikation knapp 86% aller Schwangerschaftsabbrüche.

Die Dauer der abgebrochenen Schwangerschaften lag in 78% aller Fälle unter 13 Wochen, in 6% der Abbrüche zwischen 13 und 23 Wochen; in rund 16% der Fälle wurde die Schwangerschaftsdauer nicht mitgeteilt. Bei 38% der Frauen war die abgebrochene Schwangerschaft ihre erste Schwangerschaft gewesen.

Der Anteil der in Krankenhäusern vorgenommenen Eingriffe ging von 78% im Jahre 1985 auf 72% im Jahre 1986 zurück. Die restlichen Abbrüche wurden in gynäkologischen Praxen durchgeführt. he

Rückgang der Tuberkulose hält an

Die Zahl der Tuberkuloseneuzugänge ist im Jahre 1986 weiter zurückgegangen. Es erkrankten insgesamt 732 Personen an aktiver Tuberkulose. Das waren 106 Personen oder 12,6 % weniger als im Vorjahr. Gut vier Fünftel litten an Tuberkulose der Atmungsorgane.

Die Neuerkrankungsziffer lag 1986 bei 20 Erkrankten je 100 000 Einwohner, gegenüber 23 im Vorjahr. Männer erkrankten häufiger an Tuberkulose als Frauen. 27 Neuerkrankungen wurden bei Männern und 14 bei Frauen auf je 100 000 Einwohner des jeweiligen Geschlechts festgestellt. vo

Raps und Zuckerrüben gleichauf

Was in diesem Frühjahr als ungewöhnlich viel Gelb in den Feldfluren zu beobachten war, läßt sich jetzt in Zahlen fassen: Raps wird mit 22 000 ha inzwischen auf jedem zwanzigsten Hektar Ackerland in Rheinland-Pfalz angebaut. Raps und Rüben nehmen somit mittlerweile ebensoviel Raum ein wie die in den letzten Jahren stagnierende Zuckerrübe oder etwa doppelt soviel wie die Kartoffel. Ebenfalls stark ausgedehnt wurden die Flächen für Körnerleguminosen (+ 27 %). Von den insgesamt 6 800 ha entfällt der größte Teil auf Futtererbsen (5 300 ha).

Neben Abnahmen bei Hackfrüchten um 5,4 % auf 40 000 ha und bei Futterpflanzen auf 30 000 ha (- 13 %) ist auch der Getreideanbau (311 000 ha) 1987 mit einem Minus von 3,2 % erneut rückläufig. Während Winterweizen (97 000 ha), Wintergerste (50 000 ha) und Roggen (27 000 ha) etwa gleichviel wie im Vorjahr ausgesät wurden, erfuhren Sommergerste (77 000 ha) und Hafer (35 000 ha) mit - 10 % bzw. - 8 % stärkere Flächeneinbußen. Hartweizen (Durum) mit 7 000 ha und Triticale, eine Kreuzung aus Weizen und Roggen, (5 000 ha) nehmen in den Anbauplänen der rheinland-pfälzischen Landwirte bereits einen festen Platz ein. km

Legehennen vorwiegend in Großbeständen

83 % aller Legehennen, das sind 7 % mehr als 1975, wurden 1986 in Rheinland-Pfalz in Beständen von 500 und mehr Tieren gehalten. Der Anteil der Halter mit heute 2,3 % lag vor zehn Jahren noch bei 1,6 %. Unverändert hoch ist der Anteil der Kleinsthaltungen (93 %). Mit nur 12 % der Hennen sind diese jedoch für die Eierproduktion kaum von Bedeutung. Der Durchschnittsbestand in der Legehennenhaltung ist seit 1975 um 26 Tiere auf 108 Hennen gestiegen.

In den 28 Großhaltungen mit 10 000 und mehr Tieren beläuft sich die durchschnittliche Bestandsgröße auf

rund 26 200 Hennen. Bestandsaufstockungen hat es in diesen Betrieben seit 1984 nicht gegeben. Heute fallen 0,2 % der Eierzeuger in diese Größenklasse, in der 43 % aller Hennen gehalten werden. hü

Jahresverdienste der Industriearbeiter um 4,4 % gestiegen

Im Jahre 1986 waren in Rheinland-Pfalz die durchschnittlichen Bruttojahresverdienste (einschließlich 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Urlaubsgeld u. ä.) der Industriearbeiter einschließlich der Arbeiter im Hoch- und Tiefbau mit 39 218 DM um 4,4 % höher als ein Jahr zuvor. Die Jahresverdienste der männlichen Arbeiter stiegen um 4,2 % auf 41 613 DM, die der weiblichen um 4,5 % auf 27 639 DM. Die Bruttojahresverdienste der Industrieangestellten betrugen im Mittel 57 892 DM (+ 4,1 %). Männliche Angestellte verdienten 63 637 DM (+ 4,2 %), weibliche 40 655 DM (+ 3,9 %).

Im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe erhöhten sich im gleichen Zeitraum die Jahresverdienste der Angestellten im Schnitt um 4,8 % auf 38 950 DM. Männliche Angestellte kamen auf eine Steigerung von 5,1 % (46 924 DM), weibliche Angestellte auf 3,8 % (31 743 DM). ze

Industriearbeiter verdient 17,32 DM in der Stunde

Im April 1987 betrug der durchschnittliche Bruttostundenverdienst eines Industriearbeiters in Rheinland-Pfalz 17,32 DM. Das sind 5 % mehr als im April 1986. Männliche Arbeiter erhielten 18,17 DM (+ 4,8 %), weibliche, nicht zuletzt aufgrund andersartiger Tätigkeiten, 12,85 DM (+ 4,3 %). Der durchschnittliche Bruttowochenverdienst erhöhte sich bei den Männern um 3,6 % auf 744 DM, Arbeiterinnen kamen auf 501 DM (+ 3,3 %). Die wöchentliche Arbeitszeit verringerte sich bei den Männern auf 40,9 Stunden und bei den Frauen auf 39 Stunden.

Kaufmännische Industrieangestellte (ohne leitende Kräfte) kamen auf durchschnittlich 3 883 DM im Monat (+ 4,2 %), technische Angestellte auf 4 701 DM (+ 3,6 %).

Im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe erhielten männliche kaufmännische Angestellte monatlich 3 581 DM (+ 3,4 %), ihre Kolleginnen 2 449 DM (+ 2,8 %).

Bei allen Angaben sind einmalige oder in unregelmäßigen Abständen geleistet Zahlungen unberücksichtigt. ze

**Heizöl teurer
Verbraucherpreise im Juli**

Im Juli kosteten 100 l Heizöl im Mittel der elf rheinland-pfälzischen Berichtsgemeinden 37,54 DM. Das ist fast ein Viertel mehr als vor einem Jahr. Bei dieser hohen Steigerungsrate ist jedoch zu beachten, daß im Juli 1986 mit 30,05 DM ein Preis errechnet wurde, der nur vor 1979 noch tiefer lag. Gegenüber dem Vormonat erhöhte sich der Heizölpreis um rund 5 %. Die Benzinpreise, die inzwischen jedoch wieder angehoben wurden, lagen Mitte Juli noch zwischen 1 und 4 % unter dem Vorjahresniveau, Diesel war um 3 % billiger.

Immer noch preiswerter als vor Jahresfrist waren Rind- und Schweinefleisch, Wurstwaren und Brathähnchen. Auch für Erzeugnisse aus Milch, wie Käse und insbesondere Butter, mußte weniger als vor einem Jahr bezahlt werden. Das gleiche gilt für Margarine und Pflanzenöl. Teurer wurden neben Eiern vor allem einige Gemüsearten wie Chinakohl, Blumenkohl, Zwiebeln und Möhren. br

Baureifes Land verteuerte sich seit 1980 um 44 %, der Preisindex für Wohngebäude erhöhte sich um 16 %

Im Jahre 1986 wechselten in Rheinland-Pfalz 10 762 unbebaute Grundstücke den Eigentümer. Verkauft wurde eine Fläche von insgesamt 12,4 Mill. m² für 544 Mill. DM. Die Zahl der Grundstücksverkäufe war um 3,1 % höher als im Vorjahr, die umgesetzte Fläche nahm um 8 % zu. Baureifes Land verteuerte sich auf durchschnittlich 84,27 DM (+ 11 %), Rohbauland verbilligte sich dagegen auf 24,22 DM (– 13 %). Von 1980 bis 1986 ergab sich für baureifes Land ein Preisanstieg um 44 % und für Rohbauland ein Preistrückgang um 27 %.

Der Preisindex für Wohngebäude erhöhte sich 1986 um 1,5 %, nachdem er 1985 nur um 0,4 % angestiegen war. Von 1980 bis 1986 betrug die Vertéuerung 16 %. Die Preisentwicklung für Einfamilien-, Mehrfamilien- und gemischt genutzte Gebäude verlief seit 1980 annähernd parallel zu derjenigen für Wohngebäude insgesamt. Im vergangenen Jahr erhöhte sich der Preisindex für Einfamiliengebäude in konventioneller Bauart um 1,4 % und für Mehrfamiliengebäude um 1,6 %. Der Neubau von Einfamilienhäusern in vorgefertigter Bauart (ohne bzw. mit Unterkellerung) verteuerte sich um 1,4 bzw. 1 %. Der Preisindex für Bürogebäude stieg um 1,8 % und für gewerbliche Betriebsgebäude um 2,1 %. Im Straßenbau lagen die Preise um 2,1 % höher als im Vorjahr. wr

Mehr über dieses Thema auf Seite 226

kurz + aktuell

Landwirtschaftliche Grundstücke im Landkreis Kusel am billigsten

Im Jahre 1986 wechselten in Rheinland-Pfalz 6 369 landwirtschaftliche Grundstücke mit einer Gesamtfläche von 3 531 ha und einem Wert von 94 Mill. DM den Eigentümer. Gegenüber 1985 sank damit die Zahl der verkauften Grundstücke um 3,3 % und die veräußerte Fläche um 3,6 %. Der Kaufwert verminderte sich um 5,5 %. Der durchschnittliche Kaufwert je Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche ermäßigte sich um 1,9 % auf 26 600 DM. Knapp die Hälfte aller Kauffälle betraf Grundstücke von 0,25 bis 1 ha, 37 % lagen in der Größenklasse 0,1 bis 0,25 ha und 13 % waren größer als 1 ha. Die Flächengröße je Kauffall belief sich im Mittel auf 0,55 ha.

In den Landkreisen lagen die Hektarerlöse aus Verkäufen landwirtschaftlicher Grundstücke in Ludwigshafen (82 500 DM), Bad Dürkheim (63 000 DM), Alzey-Worms (51 200 DM) und Germersheim (50 600 DM) am höchsten. Hohe Preise wurden auch in den Landkreisen Mainz-Bingen (47 000 DM), Südliche Weinstraße (38 800 DM), im Donnersbergkreis (38 000 DM) und im Landkreis Mayen-Koblenz (34 800 DM) gezahlt. Am billigsten waren Ländereien in den Landkreisen Kusel (7 900 DM), Birkenfeld (9 300 DM), Westerwald (10 000 DM) und Kaiserslautern (10 800 DM). br

Zahl der kleinen Einzelhandelsgeschäfte in 25 Jahren auf die Hälfte gesunken

Ende März 1985 gab es in Rheinland-Pfalz 24 324 Einzelhandelsbetriebe mit zusammen 127 230 Beschäftigten. Seit 1960 hat die Zahl der Geschäfte um 32 % abgenommen, während die Zahl der Beschäftigten um 12 % stieg. Gleichzeitig nahm die durchschnittliche Geschäftsgröße von 3,2 auf 5,2 Arbeitskräfte zu. Die Zahl der Betriebe mit ein oder zwei tätigen Personen ging auf etwa die Hälfte zurück.

Während 1960 rund 30 % der im Einzelhandel Beschäftigten in Kleinbetrieben mit ein oder zwei Personen arbeiteten, reduzierte sich diese Quote bis 1985 auf 14 %. Gleichzeitig nahm der Anteil der Beschäftigten in Niederlassungen mit 200 und mehr Personen von 4,6 auf 9,5 % zu.

Im Jahre 1984 erwirtschafteten die rheinland-pfälzischen Einzelhandelsbetriebe einen Umsatz einschließlich Umsatzsteuer von fast 26 Mrd. DM. Gegenüber 1959 erhöhten sich die Einnahmen um das 5,4fache. Nahezu 14 % der Umsätze bestritten Geschäfte mit 200 und mehr Beschäftigten. Im Jahre 1959 waren erst 5,6 % der Einnahmen in dieser Größenklasse erzielt worden. pe

Mehr über dieses Thema auf Seite 209

Veränderungen im Einzelhandel 1960 bis 1985

Der Vergleich der Ergebnisse der Handels- und Gaststättenzählung 1985 mit den vorhergehenden Zensen von 1960, 1968 und 1979 zeigt in sektoraler und regionaler Sicht beträchtliche Veränderungen auf. Namentlich beim Einzelhandel spiegelt die längerfristige Entwicklung eine tiefgreifende strukturelle Umschichtung wider, die maßgeblich auf den Konzentrationsprozeß zurückzuführen ist. Die hier beobachteten Verläufe gehen durchweg mit einem intensiven Verdrängungswettbewerb und mit Wandlungen im Verbraucherverhalten einher.

Dem starken Rückgang der Zahl der traditionellen mittelständischen Geschäfte steht die Expansion meist großflächiger und sortimentsreicher neuartiger Vertriebsformen gegenüber. Die dadurch bedingten Standortverlagerungen können unbeschadet des in der Regel dem Verbraucher zugute kommenden Preisvorteils mitunter die Versorgungssituation der weniger mobilen Käuferschichten beeinträchtigen.

Im folgenden Beitrag wird die Entwicklung der örtlichen Niederlassungen des Einzelhandels in Rheinland-Pfalz während der letzten 25 Jahre nach Beschäftigten- und Umsatzgrößenklassen analysiert. Weitere Untersuchungen beziehen sich auf die betrieblichen Erscheinungsformen und die Standortpräferenzen innerhalb der Gemeinde.

Durchschnittliche Anteilsgröße fünf Beschäftigte

Am 19. März 1985 wurden in Rheinland-Pfalz 24 235 Einzelhandelsbetriebe mit zusammen 126 707 tätigen Personen gezählt. Daraus errechnet sich eine mittlere Geschäftsgröße von 5,2 Arbeitskräften. Der Absatz verschiedenartiger Waren, der vorwiegend die Warenhäuser und Verbraucher- bzw. Supermärkte umfaßt, hat mit rund 31 Beschäftigten je Betrieb das meiste Personal. Es folgen der Kraftwagenhandel, die Möbelhäuser sowie die Fachgeschäfte für Ober- und Kinderbekleidung mit

Arbeitsstätten, Beschäftigte und Umsatz des Einzelhandels¹⁾ nach Beschäftigten- und Umsatzgrößenklassen
1960 – 1985

Größenklassen	Arbeitsstätten				Beschäftigte				Umsatz ²⁾						
	1960	1968	1979	1985	1960	1968	1979	1985	1959	1967	1978	1984			
	Anzahl								1000 DM						
Beschäftigtengrößenklassen															
1 – 2 Beschäftigte	23 590	16 428	13 700	11 982	33 809	25 126	19 941	18 307	941 742	1 351 423	1 931 944	2 338 282			
3 – 5 Beschäftigte	10 780	9 694	6 223	7 222	44 781	42 325	23 208	26 967	620 248	2 503 258	3 010 937	4 385 046			
6 – 9 Beschäftigte			2 489	2 895			17 696	20 557			2 717 938	4 461 311			
10 – 19 Beschäftigte			886	1 044			1 286	1 449			11 161	13 514	16 818	18 971	475 584
20 – 49 Beschäftigte	310	402	446	581	8 728	11 783	12 460	16 510	394 920	795 883	2 195 311	3 720 377			
50 – 99 Beschäftigte	74	163	93	112	4 979	23 101	6 270	7 336	194 579	1 412 892	1 196 919	1 986 296			
100 – 199 Beschäftigte	38		47	49	5 032		6 470	6 746	206 153		1 319 342	1 604 668			
200 u. mehr Beschäftigte	14		36	35	5 258		13 419	11 283	226 983		2 352 135	3 135 089			
Insgesamt	35 692	27 731	24 320	24 325	113 748	115 849	116 282	126 707	4 033 209	6 973 658	17 450 824	25 705 712			
Umsatzgrößenklassen															
unter 50000 DM	16 418	5 623	2 859	2 411	24 772	8 187	3 968	3 494	347 516	170 622	82 045	77 767			
50000 – 100000 DM	8 071	6 867	3 695	2 876	18 541	12 268	5 214	4 735	580 316	496 572	252 658	211 079			
100000 – 250000 DM	6 816	9 004	5 911	5 617	25 396	25 192	12 182	12 074	1 034 697	1 408 998	969 017	929 060			
250000 – 500000 DM	1 884	3 410	4 412	4 524	13 848	17 968	14 068	13 490	643 204	1 172 861	1 549 789	1 606 469			
500000 – 1 Mill. DM	632	1 329	3 162	3 447	8 629	12 747	16 803	16 175	426 508	898 921	2 216 762	2 433 848			
1 Mill. – 2 Mill. DM	220	110	1 839	2 511	5 888	37 095	15 436	17 554	300 407	2 825 684	2 498 464	3 481 753			
2 Mill. – 5 Mill. DM	110		951	1 573	6 042		15 112	19 068	316 723		2 897 879	4 763 547			
5 Mill. – 10 Mill. DM	37		232	484	7 798		7 002	11 368	383 838		1 591 098	3 355 304			
10 Mill. – 25 Mill. DM			108	219			6 437	9 529			1 578 939	3 182 097			
25 Mill. – 50 Mill. DM			46	55			8 813	7 149			1 602 690	1 945 156			
50 Mill. – 100 Mill. DM	1 504	618	18	23	2 834	2 392	6 215	5 850	–	–	1 182 322	1 488 326			
100 Mill. und mehr DM			7	13			2 640	4 398			905 898	2 097 746			
Neugründungen			1 080	572			2 392	1 823			123 263	133 562			
Insgesamt	35 692	27 731	24 320	24 325	113 748	115 849	116 282	126 707	4 033 209	6 973 658	17 450 824	25 705 712			

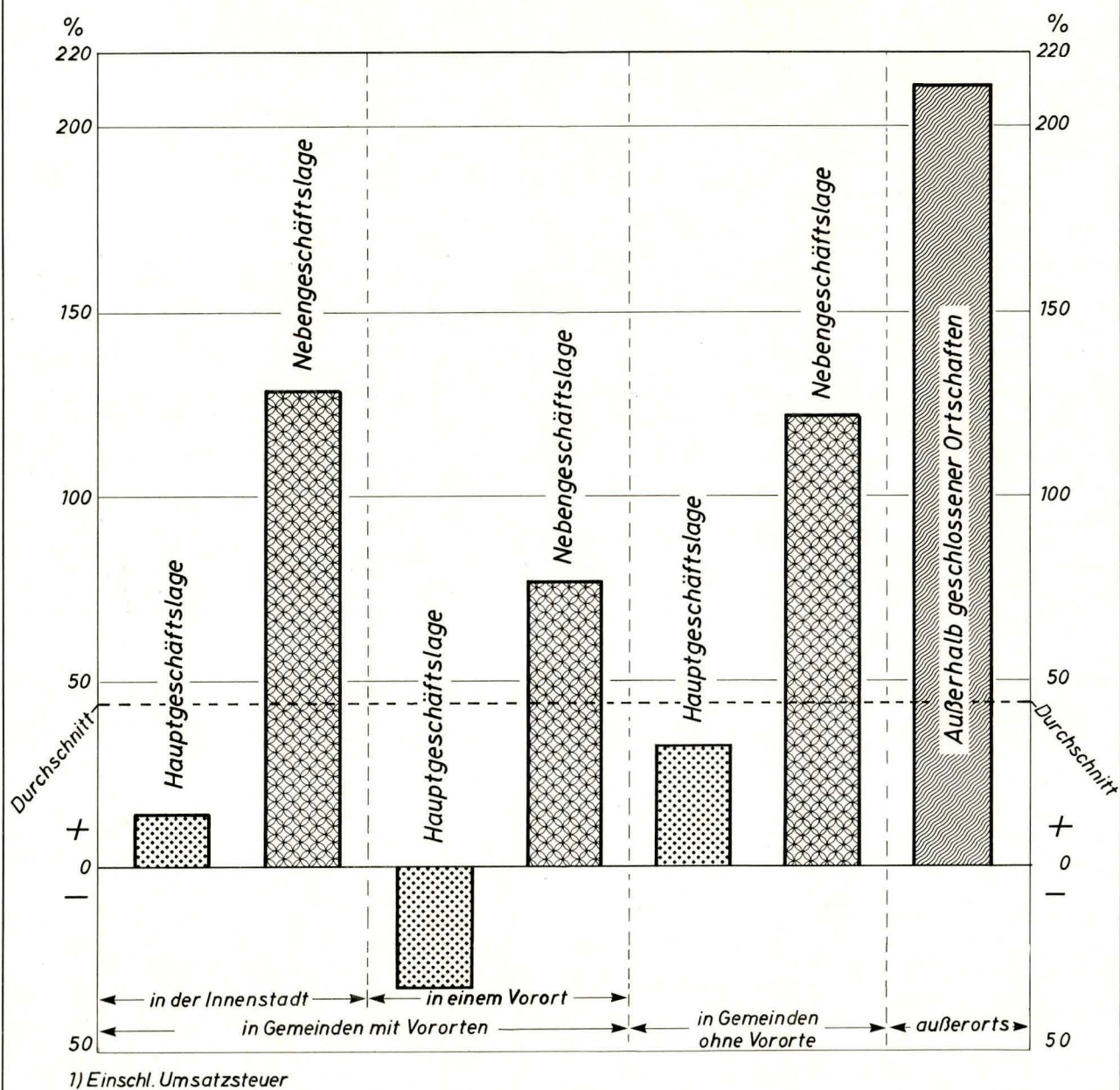
1) Ohne Agenturtankstellen. – 2) Einschließlich Umsatzsteuer.

**Arbeitsstätten, Beschäftigte und Umsatz 1984 des Einzelhandels nach Wirtschaftsgruppen bzw. ausgewählten
-untergruppen und Beschäftigtengrößenklassen am 29. März 1985**

Wirtschaftsgruppe Größenklassen	Arbeitsstätten		Beschäftigte		Umsatz ¹⁾ 1984			
	ins- gesamt	Anteil	ins- gesamt	Anteil	ins- gesamt	Anteil	Verän- derung zu 1978	je Be- schäf- tigten
	Anzahl	%	Anzahl	%	1000 DM	%		100 DM
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	7 503	100	32 094	100	6 917 308	100	43,1	2 155
1 – 2 Beschäftigte	4 232	56,4	6 470	20,2	833 439	12,1	– 7,3	1 288
3 – 5 Beschäftigte	1 927	25,7	7 028	21,9	1 206 803	17,4	24,0	1 717
6 – 9 Beschäftigte	727	9,7	5 199	16,2	1 493 919	21,6	87,5	2 873
10 und mehr Beschäftigte	617	8,2	13 397	41,7	3 383 148	48,9	56,4	2 525
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	5 101	100	26 145	100	3 756 661	100	49,7	1 437
1 – 2 Beschäftigte	2 409	47,2	3 707	14,2	402 594	10,7	32,9	1 086
3 – 5 Beschäftigte	1 691	33,2	6 260	23,9	746 471	19,9	55,4	1 192
6 – 9 Beschäftigte	566	11,1	3 988	15,3	499 140	13,3	24,9	1 252
10 und mehr Beschäftigte	435	8,5	12 190	46,6	2 108 456	56,1	59,0	1 730
Einrichtungsgegenständen (ohne elektrotechn. usw.)	2 290	100	10 464	100	1 939 101	100	40,3	1 853
1 – 2 Beschäftigte	1 301	56,8	1 914	18,3	174 843	9,0	36,1	913
3 – 5 Beschäftigte	585	25,5	2 166	20,7	300 215	15,5	40,3	1 386
6 – 9 Beschäftigte	185	8,1	1 320	12,6	224 480	11,6	34,3	1 701
10 und mehr Beschäftigte	219	9,6	5 064	48,4	1 239 563	63,9	42,0	2 448
Elektrotechnischen Erzeugnissen (Musikinstrumenten usw.)	1 025	100	4 212	100	658 297	100	15,4	1 563
1 – 2 Beschäftigte	475	46,3	733	17,4	84 868	12,9	9,9	1 158
3 – 5 Beschäftigte	332	32,4	1 232	29,3	172 826	26,3	15,5	1 403
6 – 9 Beschäftigte	131	12,8	916	21,7	141 753	21,5	23,3	1 548
10 und mehr Beschäftigte	87	8,5	1 331	31,6	258 850	39,3	13,3	1 945
Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	942	100	3 704	100	493 196	100	28,0	1 332
1 – 2 Beschäftigte	484	51,4	738	19,9	90 716	18,4	36,1	1 229
3 – 5 Beschäftigte	304	32,3	1 141	30,8	135 203	27,4	32,6	1 185
6 – 9 Beschäftigte	85	9,0	615	16,6	81 895	16,6	9,9	1 332
10 und mehr Beschäftigte	69	7,3	1 210	32,7	185 383	37,6	30,4	1 532
Pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen usw.	1 936	100	10 281	100	1 943 258	100	58,9	1 890
1 – 2 Beschäftigte	410	21,2	636	6,2	77 826	4,0	35,8	1 224
3 – 5 Beschäftigte	737	38,1	3 024	29,4	611 194	31,5	73,8	2 021
6 – 9 Beschäftigte	603	31,1	4 255	41,4	851 969	43,8	50,5	2 002
10 und mehr Beschäftigte	186	9,6	2 366	23,0	402 269	20,7	62,5	1 700
Kraft- und Schmierstoffen (Tankstellen, ohne Agenturtankstellen)	173	100	521	100	221 555	100	33,9	4 252
1 – 2 Beschäftigte	101	58,4	164	31,5	78 810	35,6	95,8	4 805
3 – 5 Beschäftigte	56	32,4	203	39,0	62 385	28,1	– 9,5	3 073
6 – 9 Beschäftigte	12	6,9	87	16,7	59 299	26,8	256,9	6 816
10 und mehr Beschäftigte	4	2,3	67	12,8	21 061	9,5	– 46,8	3 143
Fahrzeugen, Fahrzeugteilen und -reifen	1 468	100	8 875	100	2 322 717	100	119,5	2 617
1 – 2 Beschäftigte	663	45,2	969	10,9	149 367	6,4	80,0	1 541
3 – 5 Beschäftigte	379	25,8	1 415	15,9	290 608	12,5	109,8	2 054
6 – 9 Beschäftigte	194	13,2	1 405	15,8	485 974	20,9	224,7	3 459
10 und mehr Beschäftigte	232	15,8	5 086	57,4	1 396 768	60,2	103,2	2 746
Waren verschiedener Art	593	100	18 224	100	4 597 822	100	25,5	2 523
1 – 2 Beschäftigte	220	37,1	325	1,8	35 823	0,8	26,7	1 102
3 – 5 Beschäftigte	124	20,9	453	2,5	68 753	1,5	30,1	1 518
6 – 9 Beschäftigte	69	11,6	503	2,8	87 964	1,9	1 264	1 749
10 und mehr Beschäftigte	180	30,4	16 943	92,9	4 405 282	95,8	24,3	2 600
Sonstige Waren, Waren verschiedener Art	3 887	100	30 411	100	7 453 621	100	40,0	2 451
1 – 2 Beschäftigte	1 907	49,1	2 976	9,8	445 818	6,0	61,0	1 498
3 – 5 Beschäftigte	1 211	31,2	4 498	14,8	859 342	11,5	61,4	1 910
6 – 9 Beschäftigte	392	10,1	2 772	9,1	622 883	8,4	44,1	2 247
10 und mehr Beschäftigte	377	9,7	20 165	66,3	5 525 577	74,1	35,4	2 740
Einzelhandel (ohne Agenturtankstellen)	24 325	100	126 707	100	25 705 712	100	47,3	2 029
1 – 2 Beschäftigte	11 982	49,2	18 307	14,5	2 338 282	9,1	21,0	1 277
3 – 5 Beschäftigte	7 222	29,7	26 967	21,3	4 385 046	17,1	45,6	1 626
6 – 9 Beschäftigte	2 895	11,9	20 557	16,2	4 461 311	17,3	64,1	2 170
10 – 19 Beschäftigte	1 449	6,0	18 971	15,0	4 074 643	15,9		2 148
20 – 49 Beschäftigte	581	2,4	16 510	13,0	3 720 377	14,5		2 253
50 – 99 Beschäftigte	112	0,5	7 366	5,8	1 986 296	7,7	48,3	2 697
100 – 199 Beschäftigte	49	0,2	6 746	5,3	1 604 668	6,2		2 379
200 und mehr Beschäftigte	35	0,1	11 283	8,9	3 135 089	12,2		2 779

1) Einschließlich Umsatzsteuer

Entwicklung des Umsatzes¹⁾ der Ladengeschäfte des Einzelhandels nach der örtlichen Lage 1978 - 1984



101/87

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ L

jeweils durchschnittlich 7 Beschäftigten pro Arbeitsstätte.

Landesweit verfügten die Einzelhandelsbetriebe im Frühjahr 1985 über eine Geschäftsfläche von mehr als 8 Mill. m², darunter eine Verkaufsfläche von knapp 4 Mill. m². Während zur Geschäftsfläche das gesamte betrieblich genutzte Areal außer den Kundenparkplätzen zählt, bezieht sich die Verkaufsfläche auf die Betriebsteile, zu denen die Kunden Zugang haben. Jeweils rund ein Fünftel der Verkaufsfläche des Einzelhandels entfiel auf den Vertrieb von Nahrungs- und Genußmitteln (insgesamt 7 503 Betriebe), Einrichtungs-

gegenständen (insgesamt 2 290 Betriebe) sowie von verschiedenartigen Artikeln (insgesamt 593 Betriebe).

Im Jahre 1984 erwirtschafteten die Einzelhändler in Rheinland-Pfalz einen Umsatz einschließlich Umsatzsteuer von nahezu 26 Mrd. DM. Je Arbeitsstätte ergibt sich ein Durchschnittsbetrag von knapp 1,1 Mill. DM, je Beschäftigten von 203 000 DM. Dieser Betrag variiert zwischen 271 300 DM beim Verkauf von Kraftwagen und 78 400 DM bei Blumen- und Pflanzengeschäften. Pro Quadratmeter Geschäftsfläche wurde im Jahre 1984 im Einzelhandel ein Umsatz von rund 3 200 DM erzielt. An der Spitze lagen die Apotheken mit 8 800 DM sowie der Buch- und Zeitschriftenhandel mit 5 600 DM.

Zwischen 1967 und 1984 erhöhten sich die Umsätze der rheinland-pfälzischen Einzelhandelsbetriebe um mehr als 250 %. Die stärksten Zunahmen zeigten der Blumen- und Pflanzenhandel (+ 660 %), die Spielwaren- und Sportgeschäfte (+ 460 %), die Apotheken (+ 430 %) sowie die Warenhäuser und Verbraucher- bzw. Großmärkte (+ 400 %).

In 80 % der Geschäfte sind weniger als sechs Personen tätig

Ende März 1985 hatten rund 11 980 Geschäfte des Einzelhandels nur ein oder zwei Beschäftigte. Das ist fast die Hälfte aller Betriebe in Rheinland-Pfalz. In diesen mittelständischen Geschäften arbeiten vornehmlich Familienangehörige mit. In nahezu 30 % der Einzelhandelsniederlassungen waren drei bis fünf Personen tätig. Jedes Geschäft hatte sechs oder mehr Beschäftigte. Der Anteil der Betriebe mit 20 und mehr Arbeitskräften belief sich auf etwa 3 %. Auf diese waren im Jahre 1960 erst 1,2 % entfallen, während damals fast zwei Drittel der Betriebe nur ein oder zwei Personen hatten.

Bei einem längerfristigen Vergleich ist zu berücksichtigen, daß zum Handelszensus von 1960 alle Einzelhandelsunternehmen einbezogen worden waren, wogegen 1968 nur die Einheiten berichteten, die im vorhergehenden Geschäftsjahr einen Umsatz von mindestens 12 500 DM erzielten. Für die Zählungen von 1979 und 1985 galten unsere Erfassungsgrenzen von 12 000 bzw. 20 000 DM, abgesehen von gewissen Sonderregelungen bei Neugründungen und Geschäftsübernahmen. Im Rahmen dieser Strukturuntersuchung ist indessen wichtig, daß die genannten Einbeziehungsunterschiede die Aussagekraft der Zeitreihen über Beschäftigte und Umsätze weit weniger beeinträchtigen als die über die

Zahlen der Betriebe. Die Daten der vernachlässigten Kleinstunternehmen würden nur vergleichsweise geringfügig zu den Gesamtwerten beitragen. Ihr monatlicher Umsatz lag bei einer Rohertragsquote von rund einem Drittel des Umsatzes unter 1 700 DM. Solche Geschäfte dürften selten zu finden sein.

Nach dem vorliegenden Zählungskonzept erfolgt die fachliche Zuordnung nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt. Entsprechend zählen beispielsweise Ladengeschäfte des Bäcker-, Konditoren- oder Fleischerhandwerks nicht zum Bereich des Handels. Analog gilt für örtlich getrennte Vertriebsstellen industrieller Unternehmen, soweit diese als Handelsbetriebe nicht rechtlich verselbstständigt sind.

84 Großbetriebe mit fast einem Fünftel der Umsätze

Im Jahre 1960 waren in den rheinland-pfälzischen Einzelhandelsbetrieben rund 113 750 Arbeitskräfte tätig. Diese Zahl hat sich 1968 und 1979 kaum geändert. Zwischen März 1979 und 1985 stieg die Zahl der Beschäftigten um fast 10 500 auf 126 707, und zwar durch vermehrte Einstellung von Teilzeitkräften. Nach den Ergebnissen des laufenden repräsentativen Berichtssystems erhöhte sich in diesem Zeitraum im Einzelhandel der Anteil der Mitarbeiter im Teilzeitverhältnis von 25 auf fast 30 %.

Während 1960 rund 30 % der im Einzelhandel tätigen Personen auf Geschäfte mit ein oder zwei Arbeitskräften entfallen waren, sank diese Quote bis 1985 auf 14,5 %. Gleichzeitig stieg der Anteil der Beschäftigten in Betrieben mit 200 und mehr Personen von 4,6 auf 8,9 %. Noch ausgeprägter zeigt sich dies bei den Umsätzen. Im Jahre 1959 waren nahezu 23 % der Einzelhandelsumsätze in

Arbeitsstätten, Beschäftigte, Geschäftsfläche und Umsatz 1984 des Einzelhandels¹⁾ nach Erscheinungsformen am 29. März 1985

Erscheinungsform	Arbeitsstätten	Beschäftigte		Geschäftsfläche	Umsatz 1984 ²⁾				
		insgesamt	je Arbeitsstätte		insgesamt	Veränderung zu 1978	je Arbeitsstätte	je Beschäftigten	je m ² Geschäftsfläche
		Anzahl		1000 m ²	1 000 DM	%	1 000 DM	100 DM	
Ambulanter Handel	1 255	2 683	2	71	334 438	74,2	266	1 247	47
Versandhandel	328	2 677	8	133	663 691	54,4	2 023	2 479	50
mit Waren verschiedener Art	4	14	4	0	411	- 97,1	103	294	.
mit Fach- oder Spezialsortiment	324	2 663	8	133	663 280	59,6	2 047	2 491	50
Stationärer Einzelhandel	22 742	121 347	5	7 871	24 707 584	46,8	1 086	2 036	31
Ladengeschäfte	20 012	111 380	6	6 474	21 686 138	42,7	1 084	1 947	33
Warenhäuser	27	6 593	244	351	1 160 573	17,8	42 984	1 760	33
SB-Warenhäuser	36	5 887	164	474	2 202 168	53,6	61 171	3 741	46
Verbrauchermärkte	37	1 576	43	83	480 568	38,8	12 988	3 049	58
Kaufhäuser	8	411	51	23	61 723	- 50,0	7 715	1 502	27
Übrige Ladengeschäfte mit Waren verschiedener Art	455	3 680	8	192	1 675 712	- 10,7	1 485	1 836	35
Übrige Ladengeschäfte mit sonstigen Waren	258	1 208	5	304	286 384	96,7	1 110	2 371	94
Supermärkte	457	9 581	21	525	2 790 921	113,7	6 107	2 913	53
Andere SB-Lebensmittelmärkte (ohne Frischwaren)	4	68	17	5	16 000	- 85,8	4 000	2 353	32
Übrige Nahrungs- und Genußmittelgeschäfte	5 247	17 197	3	673	3 315 999	19,7	632	1 928	49
Ladengeschäfte anderer Art	13 483	65 179	5	3 844	10 696 091	48,2	793	1 641	28
Restlicher stationärer ³⁾ Einzelhandel	2 730	9 967	4	1 397	3 021 446	85,2	1 107	3 031	22
Insgesamt	24 325	126 707	5	8 076	25 705 712	47,3	1 057	2 029	32

1) Ohne Agenturtankstellen. - 2) Einschließlich Umsatzsteuer. - 3) Kioske, Handel vom Lager und Tankstellen

der niedrigsten, 5,6 % in der höchsten Beschäftigten-
größenklasse erwirtschaftet worden. 25 Jahre später
hatten Geschäfte mit ein oder zwei Personen nur noch
9 %, die mit 200 und mehr Beschäftigten 12,2 % der Ein-
nahmen.

Im Frühjahr 1985 wurden landesweit 84 Betriebe mit
100 und mehr tätigen Personen gezählt, das sind 0,3 %
aller Arbeitsstätten des Einzelhandels. Diese relativ
wenigen Großbetriebe hatten zusammen mehr als ein
Siebentel der Beschäftigten und erzielten im Jahre 1984
gut ein Fünftel der Umsätze des Einzelhandels.

Zwischen 1959 und 1984 erhöhten sich die Einnah-
men der rheinland-pfälzischen Einzelhandelsgeschäfte
um das 5,4fache. Die Zahl der Beschäftigten lag 1985
um 11 % über dem Stand von 1960. Der Anteil der Teil-
zeitkräfte hatte zum Beginn der 60er Jahre im Einzelhan-
del etwa 14 % betragen.

In Rheinland-Pfalz lag Ende März 1985 die Zahl der
Einzelhandelsbetriebe um rund 11 370 unter dem Stand
von 1960, was einer Abnahme von nahezu einem Drittel
entspricht. Diese Entwicklung ist entscheidend auf den
vornehmlich beim Warenabsatz seit den 60er Jahren
verstärkt einsetzenden Verdrängungswettbewerb
zurückzuführen, wobei sich größere Geschäfte wesent-
lich günstiger stellen. Landesweit nahm zwischen 1960
und 1985 im Einzelhandel die mittlere Betriebsgröße von
3,2 auf 5,2 Beschäftigte zu. In dieser Zeit ging die Zahl
der Geschäfte mit ein und zwei tätigen Personen um fast
die Hälfte zurück.

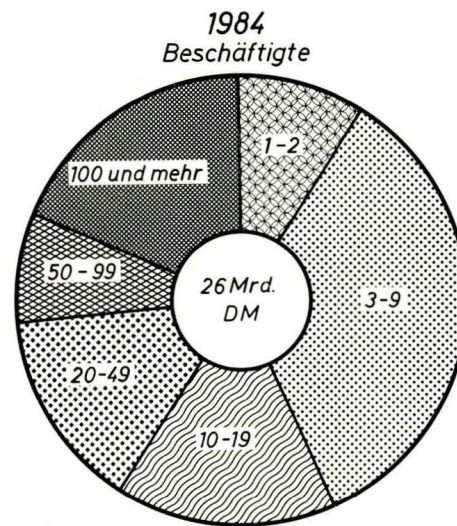
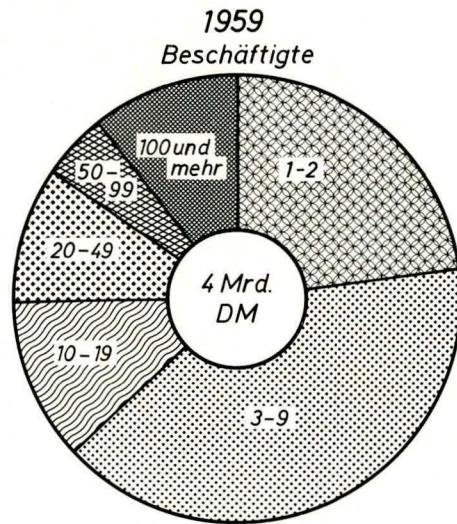
Nach einer Untersuchung des Kölner Instituts für
Handelsforschung betrug im Jahre 1985 im Facheinzel-
handel die durchschnittliche Gewinnquote, das heißt
der Anteil des zu versteuernden Unternehmensgewinns
am Umsatz, nur noch rund 3 %. Mitte der 60er und 70er
Jahre hatte sich diese Relation auf etwa 7,3 bzw. 5,7 %
belaufen. Zur Sicherstellung der erforderlichen Min-
destrendite bedürfen somit die Betriebe des Einzelhan-
dels einer ständigen Erweiterung ihres Geschäftsvolu-
mens bzw. Einzugsbereichs, was zwangsläufig die auf
einen kleineren Kundenkreis beschränkten Geschäfte
trifft.

Die kleineren Einzelhandelsbetriebe unterliegen
zudem einer vergleichsweise günstigeren Kostenge-
staltung. Wie das Fachinstitut ermittelte, machte im
Jahre 1983 im Einzelhandel die Summe der Gemeinko-
sten durchschnittlich von rund 24 % des Umsatzes aus.
Für die Geschäfte des Facheinzelhandels wurde eine
Belastung von 29,5 %, für Verbraucher- bzw. Groß-
märkte von 14,5 % festgestellt. Die Anteile der Personal-
kosten am Umsatz beliefen sich in dieser Differenzie-
rung auf 16,5 % bzw. 6,5 % (Einzelhandelsdurchschnitt
12,5 %). In diesem Zusammenhang darf auch nicht
außer acht bleiben, daß beim Warenbezug namentlich
die Großbetriebe in den Genuß wesentlich vorteilhafter
Einkaufskonditionen kommen. Hierzu zählen vor
allem höhere Rabatte und Skonti sowie die Übernahme
der Regalpflege durch Lieferfirmen.

Auf Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten ent- fallen 95 % des Branchenumsatzes

Überproportionale Anteile an der Zahl der Betriebe
mit ein und zwei tätigen Personen verzeichneten 1985

Umsatz¹⁾ der Einzelhandelsbetriebe nach Beschäftigtengrößenklassen 1959 und 1984



1) Einschl. Umsatzsteuer

102/87

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ L

die selbständigen Tankstellen (58 %), der Absatz von
Einrichtungsgegenständen (57 %), die Nahrungs- und
Genußmittelgeschäfte (56 %) sowie der Verkauf von
Papierwaren und Druckerzeugnissen (51 %). Für den
gesamten Einzelhandel errechnete sich eine Durch-
schnittsquote von 49 %. Den weitaus höchsten Anteil an
Niederlassungen mit zehn und mehr Beschäftigten wies
mit über 30 % der Vertrieb verschiedenartiger Waren auf
(Einzelhandel insgesamt 9,2 %). Die Geschäfte dieser
Größenordnung konnten jeweils mehr als neun Zehntel
des Personals und der Einnahmen ihrer Branche auf
sich vereinigen (Einzelhandel insgesamt 48 bzw. 56 %).

Vergleichsweise hohe Marktanteile innerhalb ihrer
Bereiche hatten insbesondere auch die größeren Ein-
richtungshäuser und Fahrzeughändler. Ende März 1985
waren dort die Niederlassungen mit zehn und mehr Per-
sonen zu 9,6 bzw. 16 % an der Zahl der Betriebe betei-

Ladengeschäfte des Einzelhandels¹⁾, deren Beschäftigte, Umsatz 1984, Geschäfts- und Verkaufsfläche nach der örtlichen Lage am 29. März 1985

Örtliche Lage	Laden- geschäfte	Beschäftigte		Geschäfts- fläche	Verkaufs- fläche	Umsatz 1984 ²⁾				
	insgesamt	insgesamt	je Laden- geschäft			insgesamt	Verän- derung zu 1978	je Laden- geschäft	je Beschäf- tigten	je m ² Verkaufs- fläche
	Anzahl			1 000 m ²		1 000 DM	%	1 000 DM	100 DM	100 DM
In Gemeinden mit ausgeprägten Vororten	10 207	64 223	6	3 360	2 093	12 435 734	27,9	1 218	1 936	59
Innenstadt	7 610	50 902	7	2 573	1 572	9 313 254	41,0	1 224	1 830	59
Hauptgeschäftslage	4 239	32 494	8	1 409	878	5 737 132	13,7	1 353	1 766	65
Nebengeschäftslage	3 371	18 408	5	1 164	694	3 576 122	129,1	1 061	1 943	52
Vorort	2 597	13 321	5	786	521	3 122 330	0,1	1 202	2 344	60
Hauptgeschäftslage	1 381	7 056	5	373	235	1 461 824	- 33,0	1 059	2 072	62
Nebengeschäftslage	1 216	6 265	5	413	286	1 660 656	77,1	1 366	2 651	58
In Gemeinden ohne ausgeprägte Vororte	9 566	43 163	5	2 500	1 545	7 871 990	56,5	823	1 824	51
Hauptgeschäftslage	6 089	28 418	5	1 444	900	4 948 912	33,3	813	1 741	55
Nebengeschäftslage	3 477	14 745	4	1 055	646	2 923 078	122,1	841	1 982	45
Außerhalb geschlosse- ner Ortschaften	239	3 994	17	615	297	1 378 414	211,1	5 767	3 451	46
Insgesamt	20 012	111 380	6	6 474	3 935	21 686 138	42,7	1 084	1 947	55

1) Ohne Agenturtankstellen. - 2) Einschließlich Umsatzsteuer.

ligt. Ihre Anteile an den Umsätzen im Jahre 1984 beliefen sich jeweils auf über 60 %. Ähnliche Verhältnisse haben die größeren Konfektions- und Schuhgeschäfte, wobei dort allerdings die durchschnittlich je Beschäftigten erzielten Einnahmen merklich niedriger ausfielen.

Den mit Abstand geringsten Anteil an Betrieben mit ein oder zwei Arbeitskräften zeigte 1985 mit 21 % der Vertrieb von pharmazeutischen und kosmetischen Artikeln, wobei die Apotheken überwiegen. In mehr als zwei Dritteln der Geschäfte waren drei bis neun Personen tätig (Einzelhandel insgesamt 42 %). Diese Betriebe stellten 71 % der Beschäftigten und erbrachten im Jahre 1984 über 75 % der Umsätze ihrer Branche. Für den gesamten Einzelhandel beliefen sich diese Durchschnittsquoten auf 38 bzw. 34 %. Damit läßt der Handel mit pharmazeutischen Präparaten und Kosmetika eine vergleichsweise homogene Größenstruktur erkennen. Im Jahre 1984 waren Apotheken zu mehr als drei Vierteln am Umsatz dieses Wirtschaftsbereichs beteiligt.

13 Niederlassungen mit Einnahmen von über 100 Mill. DM

Mehr als zwei Fünftel der im März 1985 in Rheinland-Pfalz ansässigen Einzelhandelsbetriebe erzielten im Jahre 1984 Einnahmen zwischen 100 000 und 250 000 Mark (23 %) sowie 250 000 und 500 000 Mark (19 %). Die höchsten Anteile am Personal und am Umsatz wies mit rund 15 bzw. 19 % die Klasse von 2 bis 5 Mill. DM aus, auf die 6,5 % der Geschäfte entfielen. Insgesamt 13 Niederlassungen registrierten jeweils Einnahmen von über 100 Mill. DM, das sind weniger als 0,1 % aller Arbeitsstätten. In dieser Größenklasse wurde fast ein Elftel des gesamten Einzelhandelsumsatzes erwirtschaftet (Beschäftigtenanteil 4 %).

Je tätiger Person errechnen sich für die am stärksten mit Betrieben besetzten Größenklassen von 100 000 bis 250 000 DM und von 250 000 bis 500 000 DM im Mittel Einnahmen von 76 900 bzw. 119 100 DM. Diese Beträge liegen deutlich unter dem Einzelhandelsdurchschnitt

von 203 000 DM. Für die Niederlassungen mit über 100 Mill. DM Jahresumsatz wurde im Jahre 1984 die weitaus höchste Relation von 477 000 DM je Beschäftigten festgestellt. Insgesamt zeigen die pro Arbeitskraft ermittelten Umsätze mit wachsender Betriebsgröße bzw. Einnahmenklasse eine kontinuierlich steigende Tendenz.

Im Jahre 1984 nahmen beim Vertrieb verschiedenartiger Waren 38 % der Geschäfte mehr als 1 Mill. DM ein, zusammen erbrachten sie fast 98 % ihres Branchenumsatzes. Vergleichsweise starke Umsatzanteile hatten Niederlassungen dieser Größenordnung auch im Fahrzeughandel (88 %) und bei selbständigen Tankstellen (81 %). Die niedrigste Quote ergab sich für den Absatz von Papierwaren und Druckerzeugnissen mit 52 %. Je tätiger Person wurden von den Betrieben mit über 1 Mill. DM an Jahreseinnahmen beim Verkauf verschiedenartiger Artikel rund 261 200 DM, beim Papierwarenhandel 182 400 DM umgesetzt.

Umsätze der Supermärkte stiegen in sechs Jahren um 114 %

Mehr als 82 % der im Frühjahr 1985 in Rheinland-Pfalz gezählten 24 325 Betriebe des Einzelhandels waren Ladengeschäfte, die übrigen Sonderformen des stationären Einzelhandels, insbesondere Kioske und Tankstellen (12 %), ambulanter Handel (5,2 %) und Versandhandel (1,4 %). Insgesamt rund 20 010 Ladengeschäfte hatten zusammen 111 400 Beschäftigte und erwirtschafteten im Jahre 1984 einen Umsatz einschließlich Umsatzsteuer von annähernd 22 Mrd. DM. Unter den Ladengeschäften überwogen Geschäfte spezieller Art (13 483), gefolgt von herkömmlichen Nahrungs- und Genußmittelgeschäften (5 247), Supermärkten (457) und konventionellen Geschäften mit verschiedenartigen Waren (455).

Ende März 1985 errechnet sich für die Ladengeschäfte eine mittlere Größe von 5,6 tätigen Personen. Warenhäuser und Selbstbedienungs (SB)-Warenhäuser lagen mit durchschnittlich 244 bzw. 164 Arbeitskräften

ten an der Spitze. In den herkömmlichen Lebens- und Genußmittelgeschäften waren im Schnitt nur rund drei Personen beschäftigt. Fast die Hälfte des im Jahre 1984 von den rheinland-pfälzischen Ladengeschäften erzielten Umsatzes bestritten Spezialgeschäfte. Es folgen Nahrungs- und Genußmittelgeschäfte (15 %), Supermärkte (13 %) und SB-Warenhäuser (8,4 %).

Zwischen 1978 und 1984 erhöhten sich die Einnahmen der Ladengeschäfte um 43 %. Die stärkste Steigerung zeigten Supermärkte mit +114 %. Weit unterdurchschnittlich fielen die Zunahmen bei konventionellen Lebens- und Genußmittelgeschäften (+20 %) sowie Warenhäuser mit vorwiegend herkömmlicher Bedienung (+18 %) aus. Deutliche Umsatzeinbußen registrierten SB-Lebensmittelmärkte ohne Frischwaren (-86 %) und herkömmliche Kaufhäuser (-50 %). Im Jahre 1984 setzten die Ladengeschäfte je Beschäftigten durchschnittlich 194 700 DM um. Die höchsten Beträge errechnen sich für SB-Warenhäuser (374 000 DM), Verbrauchermärkte (304 900 DM) und Supermärkte (291 300 DM).

Außerhalb der Hauptgeschäftslagen nahmen die Umsätze am stärksten zu

Von den im Frühjahr 1985 landesweit bestehenden 20 012 Ladengeschäften des Einzelhandels befanden sich 11 709 in Hauptgeschäftslagen von größeren Städten, deren Vororten oder kleinen Gemeinden. In Nebengeschäftslagen waren 8 064, außerhalb geschlossener Ortschaften 239 Betriebe ansässig. Als Hauptgeschäftslagen gelten in erster Linie die traditionell vom Einzelhandel bevorzugten innerstädtischen Hauptverkehrsstraßen, die teils zu Fußgängerzonen umgestaltet wurden. In Nebengeschäftslagen befinden sich nur vereinzelt Geschäfte, beispielsweise in Wohngebieten oder städtischen Seitenstraßen. Ende März 1985 hatten die Ladengeschäfte in den Hauptgeschäftslagen durchschnittlich 5,8 Beschäftigte, in den Nebengeschäftslagen 3,6. Für die außerhalb geschlossener Ortschaften angesiedelten Einzelhandelsniederlassungen ergab sich eine mittlere Größe von 16,7 Arbeitskräften.

Die Betriebe in den Hauptverkehrslagen bestritten annähernd drei Fünftel des im Jahre 1984 von den Ladengeschäften erwirtschafteten Umsatzes. Auf Nebenverkehrslagen und Standorte außerhalb geschlossener Ortsbereiche entfielen rund 37 bzw. 6 %.

Gegenüber 1978 wuchsen in den Hauptgeschäftslagen die Einnahmen lediglich um 11 %. Für Nebengeschäftslagen und Außerortsbereiche wurden Steigerungen von +114 bzw. +211 % festgestellt (Ladengeschäfte insgesamt +43 %).

Im Jahre 1984 errechnet sich für die außerhalb geschlossener Ortschaften bestehenden Einzelhandelsgeschäfte je tätiger Person ein Umsatz von 345 100 DM, der deutlich über dem Durchschnittsbetrag aller Ladengeschäfte von 194 700 DM liegt. Je Quadratmeter Verkaufsfläche war außerorts ein unterdurchschnittlicher Betrag von rund 4 600 DM zu verzeichnen (Ladengeschäfte insgesamt 5 500 DM). Zwischen Frühjahr 1979 und 1985 vergrößerten die Einzelhandelsbetriebe mit Standort außerhalb geschlossener Ortsbereiche ihre Verkaufsfläche um fast 170 %, die Ladengeschäfte insgesamt um durchschnittlich 25 %.

Insbesondere diese Entwicklung läßt erkennen, daß sich die tiefgreifende Umstrukturierung im Handel auch in den letzten Jahren weiter fortsetzte. Dabei wird – vornehmlich im ländlichen Raum – die Versorgung in zunehmendem Maße durch überörtlich orientierte Großmärkte übernommen, die gerade in den Außerortsbereichen wesentlich günstigere Standortbedingungen vorfinden, vor allem niedrige Grundstückskosten. Im Hinblick auf entsprechende Preisvorteile beim Großeinkauf und den hohen allgemeinen Motorisierungsgrad ist die Mehrzahl der Verbraucher bereit, sich den geänderten Angebotsstrukturen anzupassen. Hierbei sollte nicht außer acht bleiben, daß bei nahezu stagnierender Wohnbevölkerung allein zwischen 1979 und 1985 in Rheinland-Pfalz der Bestand an Personenwagen und Kombis um 17 % auf rund 1 614 100 stieg. Landesweit hatten bereits im März 1979 mehr als 4 900 größere Niederlassungen des Einzelhandels ihren Kunden eine Parkfläche von insgesamt fast 1,4 Mill. m² angeboten. Legt man pro Fahrzeug einen Stellflächenbedarf von etwa 15 m² zugrunde, entspricht dies einer Kapazität von über 90 000 Parkplätzen.

Diplom-Wirtschaftsingenieur Helmut Peifer

Der Autor ist am 16. August plötzlich und unerwartet verstorben. Wir trauern um Helmut Peifer, der sich durch viele Publikationen auch in dieser Schriftenreihe ausgezeichnet hat.

Dr. Karl Heinz Weis

Bevölkerung im Jahr 2000

Prognoseergebnisse nach dem demographischen Wanderungsansatz

Wanderungsmotive

Die individuelle Entscheidung, den bisherigen Wohnsitz aufzugeben, kann sehr unterschiedliche Gründe haben. Ein wichtiger Aspekt ist die Frage, ob mit dem Wechsel des Wohnstandortes auch die Veränderung anderer Aktivitätenstandorte, insbesondere der Arbeits- oder Ausbildungsstätte, verbunden ist. Bei wohnumfeldorientierten Wanderungen, die eine Verbesserung der Wohnungssituation zum Ziel haben, wird in der

Regel nur eine kürzere Distanz zurückgelegt, da der unverändert beibehaltene Arbeitsplatz mit vertretbarem Zeitaufwand erreichbar bleiben muß. Für eine regionale Prognose auf Kreisebene ist diese Komponente, die in den letzten Jahrzehnten vor allem als Stadt-Umland-Wanderung ausgeprägt war, von besonderer Bedeutung.

Wichtige Motive für Wanderungen über größere Entfernung sind die Aufnahme einer Ausbildung bzw. der

Wechsel der Ausbildungsstätte (Bildungswanderungen) und die erstmalige Aufnahme einer Erwerbstätigkeit bzw. der Wechsel des Arbeitsplatzes (ökonomisch induzierte Wanderungen). Recht unterschiedliche Faktoren können die sogenannten Ruhesitzwanderungen älterer Menschen veranlassen. Häufig handelt es sich um wohnumfeldorientierte Wanderungen, die auch über größere Distanzen gehen, da auf den Arbeitsplatz keine Rücksicht mehr genommen werden muß. Aber auch die Rückwanderung in die frühere Heimat, der Umzug in die Nähe von Verwandten oder die Verfügbarkeit von Einrichtungen der Altenpflege spielen hier eine Rolle. Schließlich sind Wanderungen, insbesondere solche über die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland, oft auch durch politische Umstände bedingt. Zu nennen sind hier etwa die Aufnahme von Flüchtlingen und Asylanten, die Aussiedler aus osteuropäischen Ländern und die Übersiedlungen aus der DDR.

Demographisches Wanderungsmodell

Statistische Angaben über die Wanderungsmotive liegen jedoch nicht vor, so daß für eine analytisch fundierte Prognose, die einzelne Determinanten des Wanderungsverhaltens explizit berücksichtigt, keine Datengrundlage verfügbar ist. Ausgehend von den vorhandenen Angaben über Alter und Geschlecht der wandernden Personen sowie die Herkunfts- und Zielgebiete wird im demographischen Wanderungsansatz versucht, Bevölkerungsgruppen abzugrenzen, für die jeweils ein weitgehend homogenes Wanderungsverhalten unterstellt werden kann, so daß unter der Status-quo-Annahme eine Prognose mit Hilfe konstanter Koeffizienten möglich wird. Der Umfang der Wanderungsströme hängt dann allein von der Bevölkerungsstruktur hinsichtlich Alter und Geschlecht ab, von daher rührt die Bezeichnung als „demographisches Modell“.

Für die Differenzierung der Altersstruktur ist in den einzelnen Rechenschritten maßgebend, daß in Verbindung mit den weiteren Gliederungsmerkmalen Geschlecht und räumliche Zuordnung jeweils eine ausreichende zahlenmäßige Basis gewährleistet ist. Grundlegend ist zunächst die Unterscheidung von vier Altersklassen, denen schwerpunktmäßig bestimmte Wanderungsmotive zugeordnet werden können:

- Unter 18 Jahre: Wanderungen von Kindern und Jugendlichen, denen Entscheidungen der Eltern zugrunde liegen;
- 18 bis 30 Jahre: Bildungswanderungen und arbeitsmarktorientierte Wanderungen;
- 30 bis 65 Jahre: wohnumfeldorientierte Wanderungen;
- 65 Jahre und älter: Ruhesitzwanderungen.

Diese Untergliederung ist vor allem für die regionale Wanderungsverflechtung von Bedeutung, da sich aufgrund der vorherrschenden Wanderungsmotive für die einzelnen Altersklassen eine unterschiedliche Gewichtung der Zielgebiete ergibt. Die Fortzüge aus einem Kreis werden anhand kreisspezifischer Koeffizienten prognostiziert, die nach dem Geschlecht und Fünfjahresaltersgruppen differenziert sind; bei den 15- bis 25jährigen ist die Abgrenzung an die Altersklassengliederung angepaßt. Da im Prognosemodell zunächst die natürliche

Bevölkerungsbewegung eines Jahres verrechnet wird, werden zur Bestimmung der Fortzugsziffern die Fortzüge auf einen fiktiven Bevölkerungsstand bezogen, in dem Geburten und Sterbefälle des jeweiligen Jahres berücksichtigt sind, die Wanderungen jedoch eliminiert wurden. Die Fortzüge werden, differenziert nach dem Geschlecht und den vier Altersklassen, anhand der empirisch ermittelten Regionalverflechtung den Zielgebieten zugeordnet. Die Zielgebiete innerhalb des Landes sind nach Kreisen gegliedert, so daß durch Summierung der Fortzüge in ein Zielgebiet unmittelbar die Zuzüge in einen Kreis bestimmt werden können, soweit sie aus der Binnenwanderung innerhalb des Landes kommen.

Während dieser Ansatz auch theoretisch gut fundiert ist, da die fortgezogenen Personen aus der ursprünglich ansässigen Bevölkerung stammen und das Wanderungsverhalten von den im Herkunftsgebiet wirksamen Faktoren bestimmt wird, gilt dies für die Zuzüge über die Landesgrenze, die zur Vervollständigung der Wanderungsströme noch hinzugeschätzt werden müssen, nur mit Einschränkung. Für die Wanderungsverflechtung mit den übrigen Bundesländern sind zwar grundsätzlich die gleichen Determinanten maßgebend wie für die Wanderungsströme innerhalb des Landes, und da ein sinnvoller Bezug zur Bevölkerung der Herkunftsgebiete hergestellt werden kann, wäre die Berechnung von Fortzugsziffern aus den übrigen Bundesländern nach Rheinland-Pfalz denkbar. Probleme ergeben sich dann allerdings für die Prognose selbst, da nicht damit zu rechnen ist, daß kompatible Bevölkerungsprognosen für die übrigen Bundesländer als Basis einer Vorausschätzung der Zuzüge vorliegen. Andererseits kann unterstellt werden, daß die Bevölkerungsstruktur und die künftige Bevölkerungsentwicklung in Rheinland-Pfalz nicht wesentlich von den Verhältnissen im übrigen Bundesgebiet abweichen. Hilfsweise werden daher Zuzugsziffern errechnet, indem die Gesamtheit der Zuzüge aus anderen Bundesländern, differenziert nach dem Geschlecht und den vier Altersklassen, auf die entsprechend gegliederte rheinland-pfälzische Bevölkerung bezogen wird. Zur Vorausschätzung der Zuzüge werden diese Koeffizienten mit Bevölkerungszahlen aus der Prognose der natürlichen Bevölkerungsbewegung multipliziert, da diese die Entwicklung im Bundesgebiet besser repräsentiert als eine Prognose, die Wanderungen berücksichtigt. Für die Zuzüge aus dem Ausland dürften dagegen überwiegend andere Wanderungsmotive ausschlaggebend sein als für die Wanderungen innerhalb des Bundesgebiets. Insbesondere spielen hier Ereignisse im politischen Bereich eine wesentliche Rolle. Wegen dieser zufälligen Komponente, aber auch aus praktischen Erwägungen erscheint die Trendextrapolation der Vergangenheitsentwicklung als adäquates Prognoseverfahren, wobei auch hier nach dem Geschlecht und den vier Altersklassen unterschieden wird. Die Zuzüge über die Landesgrenze werden in dieser Differenzierung anhand eines empirisch ermittelten Verteilungsmusters regionalisiert und anschließend in zwei Schritten nach Altersjahren aufgegliedert.

Alle für die Vorausschätzung benötigten Koeffizienten (Fortzugsziffern, Zuzugsziffern, Regionalanteile, Altersstrukturquoten) werden als Durchschnittswert der jeweils letzten fünf Beobachtungsjahre ermittelt und für den gesamten Prognosezeitraum konstant gehalten.

Bevölkerung und Bevölkerungsbewegung 1985 – 2000

Jahr	Bevölkerung am 31. 12.			Lebend-geborene	Gestorbene	Zuzüge	Fortzüge	Geborenen-überschuß	Wanderungs-saldo
	insgesamt	männlich	weiblich			über die Landesgrenze			
						1 000			
1985	3 615,0	1 731,4	1 883,6	34,9	42,6	75,8	77,1	- 7,7	- 1,2
1986	3 608,8	1 730,0	1 878,8	35,6	44,9	86,4	83,4	- 9,3	3,0
1987	3 602,7	1 728,7	1 874,0	36,0	45,1	86,5	83,4	- 9,1	3,1
1988	3 596,8	1 727,7	1 869,2	36,3	45,3	86,4	83,2	- 9,0	3,2
1989	3 591,1	1 726,8	1 864,3	36,5	45,5	86,1	82,8	- 9,0	3,3
1990	3 585,4	1 725,9	1 859,5	36,4	45,6	85,7	82,2	- 9,2	3,5
1991	3 579,5	1 725,1	1 854,4	36,2	45,8	85,1	81,4	- 9,6	3,7
1992	3 573,1	1 724,0	1 849,1	35,8	46,1	84,4	80,6	- 10,3	3,8
1993	3 565,9	1 722,6	1 843,3	35,2	46,4	83,6	79,6	- 11,2	4,0
1994	3 558,0	1 720,9	1 837,1	34,4	46,6	82,9	78,6	- 12,2	4,3
1995	3 549,0	1 718,7	1 830,3	33,5	46,9	82,0	77,6	- 13,4	4,4
1996	3 539,0	1 715,9	1 823,1	32,4	47,1	81,2	76,5	- 14,6	4,6
1997	3 527,8	1 712,5	1 815,3	31,3	47,3	80,3	75,6	- 16,0	4,7
1998	3 515,3	1 708,4	1 807,0	30,2	47,5	79,4	74,6	- 17,3	4,9
1999	3 501,8	1 703,6	1 798,1	29,2	47,7	78,6	73,6	- 18,5	4,9
2000	3 487,0	1 698,2	1 788,8	28,2	48,0	77,8	72,7	- 19,8	5,1

Dadurch werden sowohl Zufallsschwankungen als auch konjunkturelle Einflüsse, die vor allem die arbeitsmarktorientierten Wanderungen prägen, weitgehend ausgeschaltet. Für den Prognosezeitraum resultiert daraus eine relativ stetige Entwicklung der Wanderungsströme und Wanderungssalden auf einem mittleren Trend, die mitunter kräftigen Schwankungen der Wanderungssalden werden nicht nachvollzogen. Weiterhin folgt aus diesem Vorgehen, daß entsprechend der Status-quo-Annahme alle für das Wanderungsgeschehen maßgebenden Einflüsse aus den letzten fünf Jahren in die Zukunft projiziert werden. Dies gilt sowohl für die Faktoren, die für die Stadt-Umland-Wanderungen und die Bildungswanderungen von Bedeutung sind, als auch für die wirtschaftliche Situation, die über den Arbeitsmarkt die ökonomisch induzierten Wanderungen bestimmt. Für die letztgenannte Komponente soll zu einem späteren Zeitpunkt ergänzend ein Arbeitsmarktmodell in den Ansatz integriert werden, das die Auswirkungen der wirtschaftlichen Entwicklung explizit berücksichtigt.

Da die Mobilität der einzelnen Bevölkerungsgruppen unterschiedlich ist, beeinflussen die Wanderungen nicht nur die Gesamtzahl, sondern noch ausgeprägter die Struktur der Bevölkerung. Dieser selektive Effekt wirkt sich letztlich auch auf die Zahl der Geburten und Sterbefälle aus. Um diese Wechselwirkungen zwischen natürlicher und räumlicher Bevölkerungsbewegung zu erfassen, werden biometrischer Ansatz und Wanderungsansatz für jedes Prognosejahr in einem Rechengang integriert. Abgesehen von den autonom geschätzten Zuzügen über die Landesgrenze werden alle Prognosedaten über Bevölkerung, Geborene, Sterbefälle und Wanderungen von der Ausgangsbevölkerung am Ende des Basisjahres hergeleitet.

Anhaltender Bevölkerungsrückgang durch wachsende Sterbeüberschüsse

Der höchste Bevölkerungsstand in Rheinland-Pfalz wurde Ende 1973 mit 3,7 Mill. Personen erreicht. Abgesehen von einer kurzfristigen Unterbrechung in den Jahren 1979 und 1980 hat die Einwohnerzahl seither kontinuierlich abgenommen. Ausschlaggebend für diese Entwicklung war die natürliche Bevölkerungsbewegung,

insbesondere der rasche Rückgang der Geborenenzahlen, der schon Mitte der 60er Jahre eingesetzt hatte. Seit 1972 waren Gestorbenenüberschüsse zu verzeichnen, die in den Jahren 1972 und 1973 zunächst noch durch hohe Wanderungsgewinne mehr als ausgeglichen werden konnten. Seit 1974 hat die Mobilität der Bevölkerung abgenommen, bedingt vor allem durch die ungünstige Entwicklung des Arbeitsmarktes, von der nicht nur die Bundesrepublik Deutschland, sondern auch die meisten anderen europäischen Länder betroffen waren. Wanderungsverluste in den Jahren 1974 bis 1977 verstärkten den Bevölkerungsrückgang. Lediglich in den Jahren 1979 und 1980 konnten die Sterbeüberschüsse nochmals überkompensiert werden, als Sondereinflüsse, vor allem der Zustrom von Asylbewerbern, zu einem deutlichen Anstieg der Zuzüge über die Landesgrenze und entsprechend hohen Wanderungsgewinnen führten.

Am Ende des Jahres 1985 lebten in Rheinland-Pfalz 3,615 Mill. Menschen. Bis zum Jahr 2000 wird die Einwohnerzahl voraussichtlich um 3,5 % auf 3,487 Mill. sinken. Dieser Prozeß wird sich etwa ab Mitte der 90er Jahre beschleunigen. Die Bevölkerungsentwicklung wird auch im Prognosezeitraum entscheidend durch die Gestorbenenüberschüsse bestimmt, die zunächst bis in die 90er Jahre hinein bei Werten von jährlich 9 000 bis 10 000 verharren, anschließend aber rasch zunehmen. Für das Jahr 2000 wird der Gestorbenenüberschuß auf knapp 20 000 Personen geschätzt. Zwar werden für den gesamten Zeitraum Wanderungsgewinne prognostiziert, die von jährlich 3 000 auf über 5 000 Personen im Jahr 2000 ansteigen, diese können den durch die Gestorbenenüberschüsse verursachten Rückgang aber lediglich abschwächen.

Weniger Geborene, mehr Sterbefälle

In den ersten sechs Jahren des Prognosezeitraums wird eine insgesamt noch leicht rückläufige Tendenz im generativen Verhalten unterstellt; ab 1991 werden die Fruchtbarkeitsziffern konstant gehalten. Da die Zahl der Frauen in den für die Geburtenentwicklung maßgebenden Altersjahrgängen zwischen 20 und 35 Jahren zunächst noch zunimmt, steigt die Zahl der Lebendge-

borenen von 34 900 im Jahre 1985 bis 1989 auf knapp 36 500 an. Der dann einsetzende Rückgang beschleunigt sich in der zweiten Hälfte der 90er Jahre als Folge der zunehmend schwächeren Besetzung der relevanten Frauenjahrgänge aufgrund des Geburtenrückgangs in den 60er und 70er Jahren: Die Zahl der Frauen im Alter von 20 bis unter 35 Jahren verringert sich in den 90er Jahren um fast ein Viertel. Für das Jahr 2000 werden 28 250 Lebendgeborene prognostiziert, ein weiterer Rückgang der Geburtenzahlen ist abzusehen, wenn keine deutliche Wende im generativen Verhalten eintritt.

In der vorliegenden Prognose sind erstmals auch die Sterbeziffern durch eine Trendextrapolation vorausgeschätzt worden. Seit Anfang der 70er Jahre war die Sterblichkeit in den meisten Altersjahrgängen tendenziell rückläufig, so daß für die ersten Jahre des Prognosezeitraums ein weiterer Rückgang angenommen wird; ab 1991 werden die Sterbeziffern konstant gehalten. Trotzdem nimmt die Zahl der Gestorbenen kontinuierlich zu, bedingt durch den Altersaufbau der Bevölkerung. Im Jahr 2000 wird die Zahl der Sterbefälle voraussichtlich bei 48 000 liegen.

Verringerte Mobilität, aber steigende Wanderungsgewinne

Die Mobilität der Bevölkerung nimmt im Prognosezeitraum tendenziell ab. Das schrumpfende Wandervolumen ist in Anbetracht der unterstellten Konstanz der Koeffizienten überwiegend auf Veränderungen der Altersstruktur zurückzuführen. Vor allem die Besetzung der besonders mobilen Altersklasse der 18- bis unter 30jährigen geht bis zum Jahr 2000 um rund ein Drittel zurück. Kaum verringern werden sich allerdings die Zuzüge aus dem Ausland, die mittels Trendextrapolation vorausgeschätzt werden. Rückgänge vor allem in der Altersklasse der unter 18jährigen, aber auch bei den über 65jährigen werden hier durch steigende Zuzüge in den anderen Altersklassen nahezu ausgeglichen.

Unter den Annahmen dieser Prognose ergeben sich bis zum Ende des Jahrhunderts Wanderungsgewinne, die von jährlich 3 000 auf 5 000 Personen zunehmen. In

den einzelnen Altersklassen verläuft die Entwicklung wesentlich differenzierter. Zwar werden auch für die unter 18jährigen, die 30- bis unter 65jährigen und die über 65jährigen Wanderungsgewinne prognostiziert, diese nehmen jedoch in der Prognoseperiode mehr oder weniger deutlich ab. Lediglich bei den 30- bis unter 65jährigen stellt sich ab Mitte der 90er Jahre wieder ein Anstieg der jährlichen Wanderungsgewinne ein.

Die Wanderungsbewegung der 18- bis unter 30jährigen zeigt ein völlig anderes Bild als die der übrigen Altersklassen. Zunächst ist mit Wanderungsverlusten in der Größenordnung von jährlich etwa 1 000 Personen zu rechnen. Um 1990 ist die Wanderungsbilanz etwa ausgeglichen. In den 90er Jahren sind zunehmend positive Salden zu erwarten, für das Jahr 2000 wird ein Wanderungsgewinn von etwa 1 900 Personen prognostiziert. Ausschlaggebend für diese Entwicklung sind vor allem die anhaltend hohen, tendenziell sogar leicht steigenden Zuzüge aus dem Ausland.

Der insgesamt positive Wanderungssaldo entsteht überwiegend durch Wanderungen über die Grenzen des Bundesgebiets. Bis Anfang der 90er Jahre ergeben sich Wanderungsgewinne mit der DDR und dem Ausland in der Größenordnung von jährlich etwa 2 000 Personen. Bei kaum verringerten Zuzügen, aber stärker abnehmenden Fortzügen über die Bundesgrenze nimmt der jährliche Wanderungsgewinn auf weit über 3 000 Personen am Ende des Prognosezeitraums zu. Die Wanderungsbilanz mit den übrigen Bundesländern ist ebenfalls positiv. Die Wanderungsgewinne steigen von zunächst etwa 1 000 Personen jährlich bis auf knapp 2 000 Personen Mitte der 90er Jahre, gehen anschließend allerdings wieder etwas zurück.

Obwohl das demographische Wanderungsmodell in erster Linie konzipiert wurde, um eine verbesserte Vorausschätzung der Wanderungsverflechtung zwischen den Kreisen, also der Binnenwanderung innerhalb der Landesgrenzen, zu erzielen, erscheinen auch die für die Wanderungen über die Landesgrenze prognostizierten Salden sowohl in der Größenordnung als auch hinsichtlich der Entwicklung recht plausibel. Die Höhe der jährli-

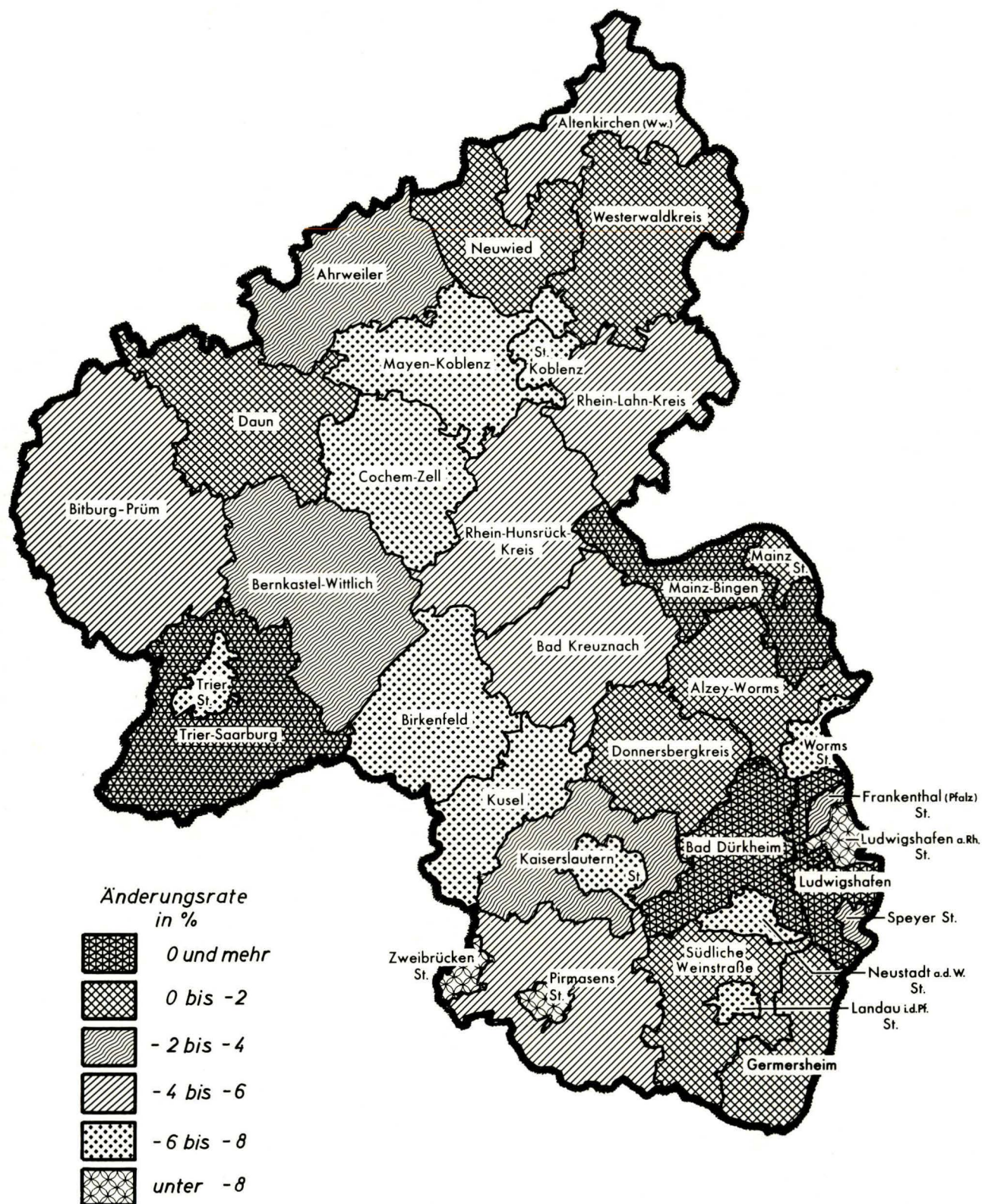
Bevölkerung im erwerbsfähigen und nichterwerbsfähigen Alter 1985 – 2000

Jahr	Bevölke- rung im erwerbs- fähigen Alter (15 bis 65 Jahre)	Bevölkerung im nichterwerbsfähigen Alter			Bevölke- rung im erwerbs- fähigen Alter (15 bis 65 Jahre)	Bevölkerung im nichterwerbsfähigen Alter					
		zusammen	unter 15 Jahre	65 Jahre und älter		zusammen	unter 15 Jahre	65 Jahre und älter	zusammen	unter 15 Jahre	65 Jahre und älter
		1 000				Anteil an der Bevölkerung in %			je 1 000 Personen im erwerbsfähigen Alter		
1985	2 519,6	1 095,5	548,9	546,6	69,7	30,3	15,2	15,1	435	218	217
1986	2 514,2	1 094,5	539,5	555,1	69,7	30,3	14,9	15,4	435	215	221
1987	2 504,8	1 097,9	535,5	562,4	69,5	30,5	14,9	15,6	438	214	225
1988	2 494,1	1 102,8	535,6	567,2	69,3	30,7	14,9	15,8	442	215	227
1989	2 482,6	1 108,5	537,1	571,4	69,1	30,9	15,0	15,9	447	216	230
1990	2 468,2	1 117,2	539,3	577,9	68,8	31,2	15,0	16,1	453	219	234
1991	2 455,4	1 124,1	540,6	583,5	68,6	31,4	15,1	16,3	458	220	238
1992	2 442,4	1 130,6	541,8	588,8	68,4	31,6	15,2	16,5	463	222	241
1993	2 428,2	1 137,8	542,0	595,8	68,1	31,9	15,2	16,7	469	223	245
1994	2 415,6	1 142,4	541,0	601,4	67,9	32,1	15,2	16,9	473	224	249
1995	2 405,2	1 143,9	536,9	607,0	67,8	32,2	15,1	17,1	476	223	252
1996	2 398,0	1 141,1	531,7	609,3	67,8	32,2	15,0	17,2	476	222	254
1997	2 391,8	1 136,0	525,9	610,0	67,8	32,2	14,9	17,3	475	220	255
1998	2 384,6	1 130,8	520,4	610,4	67,8	32,2	14,8	17,4	474	218	256
1999	2 371,4	1 130,3	513,7	616,6	67,7	32,3	14,7	17,6	477	217	260
2000	2 355,9	1 131,2	506,5	624,7	67,6	32,4	14,5	17,9	480	215	265

Bevölkerung und Bevölkerungsbewegung in den Verwaltungsbezirken 1985 – 2000

Verwaltungsbezirk	Bevölkerung am 31. 12.				Bevölkerungsbewegung 1986 – 2000			
	1985	1990	1995	2000	Geborenen- überschuß	Wanderungs- saldo	Geborenen- überschuß	Wanderungs- saldo
	Anzahl						je 10000 Einwohner am 31. 12. 1985	
Kreisfreie Stadt Koblenz	110 843	108 420	105 860	102 730	– 7 150	– 960	– 645	– 87
Landkreise								
Ahrweiler	110 742	110 360	109 620	108 040	– 7 770	5 070	– 701	457
Altenkirchen (Ww.)	120 648	118 770	116 910	114 280	– 6 200	– 170	– 514	– 14
Bad Kreuznach	144 634	142 350	140 200	137 280	– 9 300	1 940	– 643	134
Birkenfeld	85 410	83 780	82 170	79 990	– 6 030	600	– 705	71
Cochem-Zell	59 553	57 900	56 510	54 940	– 2 530	– 2 080	– 425	– 349
Mayen-Koblenz	185 051	181 060	177 290	172 530	– 9 270	– 3 250	– 501	– 176
Neuwied	154 931	154 510	153 840	151 950	– 11 240	8 260	– 725	533
Rhein-Hunsrück-Kreis	89 093	87 810	86 710	85 180	– 4 620	710	– 519	80
Rhein-Lahn-Kreis	117 073	115 730	114 370	112 280	– 10 080	5 290	– 861	452
Westerwaldkreis	170 208	170 970	171 130	169 840	– 6 380	6 010	– 375	353
RB Koblenz	1 348 186	1 331 670	1 314 610	1 289 030	– 80 570	21 410	– 598	159
Kreisfreie Stadt Trier	93 472	91 810	89 710	86 850	– 5 380	– 1 250	– 575	– 133
Landkreise								
Bernkastel-Wittlich	106 491	105 640	104 660	102 980	– 5 620	2 110	– 528	198
Bitburg-Prüm	87 864	86 320	84 890	82 980	– 3 520	– 1 360	– 400	– 155
Daun	56 100	56 240	56 250	55 730	– 1 470	1 100	– 263	197
Trier-Saarburg	124 988	125 680	126 130	125 270	– 1 340	1 620	– 107	130
RB Trier	468 915	465 690	461 640	453 820	– 17 320	2 220	– 369	47
Kreisfreie Städte								
Frankenthal (Pfalz)	43 941	43 920	43 560	42 910	– 2 680	1 650	– 609	375
Kaiserslautern	97 664	96 380	94 100	91 020	– 6 170	– 480	– 632	– 49
Landau i. d. Pfalz	35 482	34 760	34 030	33 060	– 2 210	– 210	– 624	– 60
Ludwigshafen a. Rhein	153 654	149 390	145 230	140 830	– 9 560	– 3 270	– 622	– 213
Mainz	188 571	190 580	190 710	188 360	– 5 170	4 960	– 274	263
Neustadt a. d. Weinstr.	48 463	47 190	46 100	44 820	– 3 570	– 80	– 736	– 15
Pirmasens	46 526	43 640	41 160	38 900	– 6 010	– 1 620	– 1 292	– 347
Speyer	43 293	43 000	42 540	41 820	– 2 240	770	– 516	177
Worms	71 827	70 500	68 940	67 110	– 4 790	60	– 666	9
Zweibrücken	33 018	31 560	30 260	28 880	– 2 800	– 1 330	– 849	– 403
Landkreise								
Alzey-Worms	97 723	97 770	97 710	96 930	– 4 110	3 310	– 420	339
Bad Dürkheim	117 966	118 880	119 400	118 850	– 8 270	9 150	– 701	776
Donnersbergkreis	66 795	66 650	66 410	65 710	– 3 750	2 660	– 561	399
Germersheim	101 737	102 470	102 620	101 720	– 650	630	– 64	62
Kaiserslautern	94 585	93 720	92 850	91 240	– 5 750	2 410	– 608	255
Kusel	73 703	72 280	70 840	68 850	– 4 750	– 100	– 645	– 13
Südliche Weinstraße	95 353	95 060	94 810	93 880	– 4 170	2 690	– 437	282
Ludwigshafen	128 728	130 520	131 690	131 440	– 4 900	7 610	– 381	591
Mainz-Bingen	161 440	163 740	165 290	165 540	– 4 260	8 360	– 264	518
Pirmasens	97 479	96 060	94 540	92 330	– 4 870	– 280	– 499	– 29
RB Rheinhessen-Pfalz	1 797 948	1 788 060	1 772 790	1 744 190	– 90 670	36 910	– 504	205
Rheinland-Pfalz	3 615 049	3 585 410	3 549 040	3 487 030	– 188 550	60 540	– 522	167
Kreisfreie Städte	966 754	951 140	932 200	907 280	– 57 720	– 1 750	– 597	– 18
Landkreise	2 648 295	2 634 270	2 616 830	2 579 750	– 130 840	62 290	– 494	235

Bevölkerungsentwicklung 1985 - 2000



ist die Belastungsquote bis auf einen Wert von 435 im Jahr 1985 gesunken, bedingt durch die infolge des Geburtenrückgangs abnehmende Besetzung der Altersgruppe der unter 15jährigen. Im Prognosezeitraum wird die Gesamtbelastungsquote voraussichtlich bis Mitte der 90er Jahre steigen und, nach einem geringfügigen Rückgang, im Jahr 2000 mit 480 den höchsten Stand erreichen. Während die Belastungsquote für die Bevölkerung im Rentenalter kontinuierlich von 217 auf 265 zunimmt, schwankt die Belastungsquote der unter 15jährigen um einen Wert von 220, wobei sich gegen Ende der Prognoseperiode ein anhaltender Rückgang abzeichnet. Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter muß also für eine auch relativ wachsende Zahl älterer Menschen aufkommen, zugleich wird die Grundlage für deren Versorgung zunehmend schmaler.

Mehrere Kreise mit Bevölkerungszuwachs

Während auf Landesebene die schon zu Beginn des Prognosezeitraums recht hohen und im weiteren Verlauf noch steigenden Gestorbenenüberschüsse die Gesamttendenz bestimmen, wird die Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Kreisen oft stärker von den Wanderungen geprägt. Vor allem in Gebieten, die im Randbereich der Ballungsräume liegen, bringen Wanderungsgewinne einen Bevölkerungszuwachs, der teilweise bis in die zweite Hälfte der 90er Jahre anhält. Erst gegen Ende der Prognoseperiode setzt sich auch in diesen Kreisen der Einfluß der rasch wachsenden Gestorbenenüberschüsse durch, so daß die Einwohnerzahl ab 1999 in allen Teilräumen zurückgeht.

Obwohl die Prognose regionale Unterschiede in der Entwicklung des generativen Verhaltens berücksichtigt, ist bei den Geburtenzahlen eine weitgehend gleiche Grundtendenz zu beobachten. Mit Ausnahme der Städte Pirmasens und Zweibrücken, für die schon in den 80er Jahren leichte Rückgänge prognostiziert werden, wird die Zahl der Lebendgeborenen bis etwa zum Ende dieses Jahrzehnts, teilweise auch darüber hinaus, in allen Verwaltungsbezirken zunehmen. Ab 1992 ist die Zahl der Geborenen überall rückläufig, im Jahr 2000 wird sie in den einzelnen Kreisen voraussichtlich um 10 % bis 30 % unter den Werten des letzten Beobachtungsjahres 1985 liegen.

Die Vorausschätzung der Sterbefälle berücksichtigt zwar die teilweise erheblichen regionalen Niveauunterschiede der Sterblichkeit, unterstellt jedoch keine divergierenden Entwicklungsverläufe im Prognosezeitraum. Regional abweichende Tendenzen der Gestorbenen Zahlen sind daher durch die unterschiedliche Altersstruktur in den einzelnen Kreisen bedingt. Entsprechend dem Landestrend nimmt die Zahl der Gestorbenen in den meisten Kreisen mehr oder weniger deutlich zu. Bemerkenswert ist aber die voraussehbare Entwicklung in einigen Städten des Regierungsbezirks Rheinhessen-Pfalz. Während die Zahl der Gestorbenen in Landau, Ludwigshafen, Neustadt und Worms unter geringfügigen Schwankungen stagniert, nimmt sie in der Stadt Pirmasens, die das höchste Sterblichkeitsniveau unter allen rheinland-pfälzischen Verwaltungsbezirken aufweist, um fast 10 % ab.

Bei den jährlichen Sterbeüberschüssen zeigt sich in den Kreisen eine weitgehend ähnliche Tendenz. Bis etwa 1990 sind die Veränderungen gering, häufig ist ein leichter Rückgang zu erwarten. In den 90er Jahren werden die Gestorbenenüberschüsse meist deutlich zunehmen. Mit Geborenenüberschüssen ist nur in den Landkreisen Trier-Saarburg und Germersheim zu rechnen. Nach 1992 werden auch hier rasch wachsende Gestorbenenüberschüsse auftreten. Über den gesamten Prognosezeitraum kumuliert werden für die Landkreise Germersheim, Trier-Saarburg, Daun und Mainz-Bingen sowie die Stadt Mainz die relativ niedrigsten Sterbeüberschüsse, bezogen auf die Einwohnerzahl im Basisjahr, vorausgeschätzt. Die relativ höchsten Gestorbenenüberschüsse weisen die Städte Pirmasens, Zweibrücken und Neustadt, der Rhein-Lahn-Kreis und der Landkreis Neuwied auf.

Wanderungsgewinne im Umkreis der Ballungszentren

Ein regional wesentlich differenzierteres Bild zeigt die prognostizierte Wanderungsbewegung. Für die kreisfreien Städte wird überwiegend mit Wanderungsverlusten gerechnet, die sich im Prognosezeitraum zwar meist verringern, in den Städten Koblenz, Trier, Landau, Ludwigshafen, Pirmasens und Zweibrücken aber praktisch über die gesamte Periode andauern. Bezogen auf die Einwohnerzahl im Basisjahr sind in Zweibrücken, Pirmasens und Ludwigshafen die relativ stärksten Verluste zu befürchten. Anhaltende Wanderungsgewinne werden für die Städte Frankenthal, Mainz und Speyer prognostiziert. In Mainz, der größten Universitätsstadt des Landes, werden die Zuwanderungsüberschüsse in den 90er Jahren allerdings deutlich zurückgehen, wenn mit dem Nachrücken schwächer besetzter Jahrgänge die Studentenzahlen sinken.

Unter den Landkreisen weisen nur Cochem-Zell, Mayen-Koblenz und Bitburg-Prüm größere Wanderungsverluste auf. Dagegen ist vor allem im Umkreis der Ballungszentren mit teilweise erheblichen Wanderungsgewinnen zu rechnen, die während des gesamten Prognosezeitraums anhalten und verschiedentlich sogar eine steigende Tendenz zeigen. Positive Wanderungssalden von 3 000 oder mehr Personen, über die 15 Prognosejahre kumuliert, ergeben sich für die Landkreise Ahrweiler und Neuwied als Teil des Ballungsraums Köln-Bonn, den Rhein-Lahn-Kreis und den Westerwaldkreis, die Landkreise Ludwigshafen und Bad Dürkheim im pfälzischen Teil des Rhein-Neckar-Raumes sowie die Landkreise Mainz-Bingen und Alzey-Worms am Rande des Rhein-Main-Gebiets. Der absolut wie relativ höchste Wanderungsgewinn wird für den Kreis Bad Dürkheim prognostiziert, in den über 9 000 Personen mehr zuziehen als von dort abwandern.

Auch diese hohen Wanderungsgewinne reichen nicht überall aus, um die Gestorbenenüberschüsse zu kompensieren. Im Westerwaldkreis, in den Landkreisen Daun, Trier-Saarburg, Alzey-Worms, Bad Dürkheim und Germersheim sowie in der Landeshauptstadt Mainz wird die Bevölkerung aber voraussichtlich bis gegen die Mitte der 90er Jahre wachsen, in den Landkreisen Ludwigshafen und Mainz-Bingen sogar bis 1997 bzw. 1998. In den Kreisen Daun, Trier-Saarburg und Germersheim

spielt hierbei auch das relativ günstige Verhältnis von Geburten und Sterbefällen eine maßgebende Rolle. Trotz der allgemein rückläufigen Tendenz wird nach dieser Prognose die Einwohnerzahl der Kreise Trier-Saargeburg, Bad Dürkheim, Ludwigshafen und Mainz-Bingen

im Jahr 2000 noch höher liegen als Ende 1985, wenn man von den derzeit bekannten, fortgeschriebenen Einwohnerzahlen ausgeht.

Diplom-Volkswirt Hans Libowitzky

Finanzielle Situation der Wohngeldempfänger 1986

Das Wohngeld hat seit seiner Einführung im Jahre 1965 eine immer größere Bedeutung als Instrument der Wohnungspolitik erlangt und ist zu einem wichtigen Element der sozialen Sicherung geworden. Im folgenden sind der Kreis der Wohngeldbezieher nach ihrer Einkommenssituation und ihrer Wohnkostenbelastung charakterisiert.

Fast zwei Drittel der Wohngeldhaushalte verdienen zwischen 500 und 1 500 DM monatlich

Bei der Berechnung des Anspruchs auf Wohngeld werden die Einkommen aller zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder einbezogen. Eine notwendige Bedingung für den Anspruch auf Wohngeld besteht darin, daß für die wirtschaftliche Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens nur relativ geringe Einkünfte vorhanden sind. Der zugrundegelegte Einkommensbegriff stellt auf eine möglichst wirklichkeitsnahe Ermittlung des verfügbaren Einkommens ab. Beim Familieneinkommen handelt es sich um die um gewisse Abzugsbeträge gekürzten Bruttoeinnahmen des gesamten Haushaltes. Abzugsbeträge sind im wesentlichen Werbungskosten, im Wohngeldgesetz näher bestimmte steuerfreie Einnahmen, spezielle Freibeträge für besondere Personengruppen sowie Pauschalen für Steuern und Sozialversicherungsbeträge.

Das der Wohngeldberechnung zugrunde gelegte monatliche Familieneinkommen betrug für die Bezieher von Wohngeld im Durchschnitt 68 % des Bruttoeinkommens. Ein Jahr zuvor hatte der Anteil zwei Drittel betragen. In der weiteren Unterscheidung vergrößert sich die Differenz zwischen durchschnittlichem Brutto- und Familieneinkommen mit zunehmender Zahl der Haushaltsmitglieder sowie nach sozialer Stellung in der Abfolge arbeitslose-, nichterwerbstätige- und erwerbstätige Wohngeldbezieher. So lagen die Abzugsbeträge für Einpersonenhaushalte bei durchschnittlich 27 % und stiegen kontinuierlich bis auf 43 % in Haushalten mit sechs und mehr Familienmitgliedern an. Für Arbeitslose machten die Abzugsbeträge 23 %, für Nichterwerbstätige 29 % und für Erwerbstätige 37 % aus. Die Unterschiede erklären sich dadurch, daß mit steigender Größe der Haushalte häufiger außer dem Haushaltsvorstand weitere Familienmitglieder Einkommen beziehen, was in der Regel zu höheren Abzugsbeträgen führt. Einfluß haben ferner die Art der Einnahmen und die Familiensituation.

Der Schwerpunkt der Wohngeldhaushalte liegt bei der Gruppe mit Familieneinkommen von 500 bis 750 DM, der ein Viertel aller Wohngeldhaushalte zugeordnet wurden. Auf die nächsthöhere Einkommensklasse von 750 bis 1 000 DM entfällt ein Anteil von 23 %

und auf die darauffolgende Gruppe von 1 000 bis 1 500 DM von 16 %. Demnach verfügen über 64 % der Wohngeldhaushalte über Einkommen zwischen 500 und 1 500 DM. Unterhalb dieser Spanne lagen immerhin 16 % der Haushalte, überschritten wurde sie in einem Fünftel der Fälle. Das durchschnittliche Familieneinkommen beträgt 1 025 DM.

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Wohngeldhaushalte um ein Viertel angestiegen. Dabei haben sich die Gewichte der Einkommensklassen hinsichtlich ihrer Häufigkeitsverteilung deutlich verschoben. Mit abnehmendem Einkommen werden die Rückgänge überproportional stärker. Die Zahl der Empfänger mit Einnahmen unter 500 DM hat abgenommen.

Dieser Rückgang ist allerdings nicht auf die Ausgrenzung dieser Schichten zurückzuführen, vielmehr handelt es sich in erster Linie um durch das Ansteigen des nominalen Einkommensniveaus induzierte Verschiebungen. Die nächsthöhere Klasse mit Einkommen zwischen 500 und 750 DM ist per Saldo annähernd gleichgeblieben. Die Anteile der folgenden Gruppen korrelierten der Tendenz nach positiv mit der Höhe des Familieneinkommens. Haushalte mit Einkommen zwischen 2 000 und 3 000 DM waren um 139 % häufiger vertreten als im Jahr zuvor. Für höhere Einkommenschichten bestätigt sich dieser Trend, jedoch sind hier Angaben wegen geringer Feldbesetzung nur bedingt aussagefähig. Insbesondere die angehobenen Einkommensgrenzen sowie die Gewährung von höheren oder neuen Freibeträgen hat zahlreiche Schwellenhaushalte in den Kreis der Wohngeldbezieher geführt bzw. zurückgeführt.

Die Differenzierung der Wohngeldempfänger nach sozialen Gruppen ergibt für Haushalte der Nichterwerbstätigen gemessen an allen Wohngeldhaushalten mit Familieneinkommen zwischen 500 und 1 500 DM einen Anteil von 74 %. Das Durchschnittseinkommen betrug hier 757 DM bei einer mittleren Haushaltsgröße von 1,6 Personen. Wohngeldempfänger mit arbeitslosem Haushaltsvorstand in der vorgenannten Einkommensklasse machten 81 % der Fälle aus; für sie errechnet sich ein Durchschnittseinkommen in Höhe von 921 DM. Die mittlere Haushaltsgröße beträgt hier 2,4 Personen. Die höchsten Durchschnittseinkommen, aber auch die im Schnitt größten Haushalte weisen Erwerbstätige mit 1 756 DM monatlichem Familieneinkommen und 3,8 Personen auf. Einkommen zwischen 500 und 1 500 DM sind hier nur in 30 % der Fälle anzutreffen.

Das vorliegende Material bietet auch die Möglichkeit, die Abstufung nach der Höhe des Familieneinkommens weiter nach der Personenzahl der Haushalte zu untergliedern. Zwischen Familieneinkommen und Haushalts-

**Empfänger von Wohngeld nach Haushaltsgröße, monatlichen Bruttoeinnahmen und Wohnkostenbelastung
vor und nach Gewährung des Wohngeldes 1986**

Haushalte mit ... Familienmit- gliedern	Monatliche Bruttoeinnahmen ¹⁾ von mehr als ... bis ... DM	Ins- gesamt	Durchschnittliche monatliche Wohnkostenbelastung ... Gewährung des Wohngeldes				davon mit einem Belastungsgrad ²⁾ nach Gewährung des Wohngeldes von ... bis unter .. %				
			vor		nach		unter 10	10 – 15	15 – 20	20 – 25	25 und mehr
			Anzahl	DM	% ²⁾	DM	% ²⁾	Anzahl			
Empfänger von Wohngeld insgesamt											
1	bis 500	5 712	206	49,1	80	19,1	677	1 830	1 553	655	997
	500 – 750	10 837	241	38,0	120	18,8	1 003	3 123	3 031	1 825	1 855
	750 – 1 000	11 706	292	33,6	183	21,0	398	2 471	3 251	2 713	2 873
	1 000 – 1 500	10 961	321	26,6	234	19,4	799	2 649	3 012	2 124	2 377
	1 500 u. mehr	1 195	336	18,9	262	14,7	240	386	315	146	108
	Zusammen	40 411	275	32,0	168	19,5	3 117	10 459	11 162	7 463	8 210
2	bis 500	89	315	82,1	93	24,3	19	22	18	5	25
	500 – 1 000	5 275	320	39,6	152	18,8	384	1 453	1 690	889	859
	1 000 – 1 500	6 626	382	30,9	238	19,3	299	1 774	2 147	1 283	1 123
	1 500 – 2 000	2 997	438	25,9	336	19,9	116	520	1 081	759	521
	2 000 u. mehr	676	497	22,4	414	18,6	51	124	267	146	88
	Zusammen	15 663	377	31,0	235	19,3	869	3 893	5 203	3 082	2 616
3	bis 1 000	1 414	372	42,3	157	17,8	90	476	502	180	166
	1 000 – 1 500	3 538	407	32,8	217	17,5	244	1 192	1 197	571	334
	1 500 – 2 000	2 243	484	28,1	314	18,2	100	684	782	415	262
	2 000 u. mehr	2 809	565	23,0	474	19,3	50	660	1 295	430	374
		Zusammen	10 004	464	28,3	303	18,4	484	3 012	3 776	1 596
4	bis 1 500	1 752	421	33,9	180	14,5	392	788	369	91	112
	1 500 – 2 000	1 481	493	28,3	256	14,7	298	680	313	94	96
	2 000 – 2 500	1 415	548	24,1	351	15,5	172	761	282	82	118
	2 500 – 3 000	2 792	599	21,5	453	16,3	131	1 572	566	219	304
	3 000 u. mehr	4 583	724	21,5	625	18,6	55	1 842	1 328	597	761
	Zusammen	12 023	601	23,2	442	17,1	1 048	5 643	2 858	1 083	1 391
5	bis 1 500	400	428	32,5	159	12,1	180	147	36	13	24
	1 500 – 2 000	708	464	26,8	210	12,1	281	301	76	24	26
	2 000 – 2 500	553	558	24,7	297	13,2	193	239	64	24	33
	2 500 – 3 000	711	589	21,2	379	13,6	199	350	75	38	49
	3 000 – 3 500	1 226	661	20,2	490	15,0	187	635	208	93	103
6 und mehr	3 500 – 4 000	1 126	759	20,4	625	16,7	56	573	230	121	146
	4 000 u. mehr	680	892	20,7	800	18,6	17	268	167	116	112
	Zusammen	5 404	647	21,7	462	15,5	1 113	2 513	856	429	493
6 und mehr	bis 2 000	382	457	26,5	155	9,0	267	74	25	8	8
	2 000 – 3 000	731	538	21,7	238	9,6	491	153	42	24	21
	3 000 – 4 000	1 032	631	17,8	399	11,2	525	342	89	35	41
	4 000 – 5 000	790	765	17,2	586	13,2	299	265	101	72	53
	5 000 u. mehr	239	906	16,2	738	13,2	88	68	46	21	16
	Zusammen	3 174	643	18,6	405	11,7	1 670	902	303	160	139
Insgesamt	bis 500	5 838	209	50,0	81	19,3	699	1 859	1 575	662	1 043
	500 – 750	12 778	254	39,6	121	18,9	1 132	3 626	3 693	2 133	2 194
	750 – 1 000	16 558	305	34,9	176	20,2	785	3 938	4 805	3 475	3 555
	1 000 – 1 500	23 187	360	29,4	228	18,6	1 912	6 508	6 735	4 079	3 953
	1 500 – 2 000	8 762	452	26,5	293	17,2	1 123	2 590	2 584	1 445	1 020
	2 000 – 3 000	9 721	560	22,3	404	16,1	1 397	3 857	2 554	944	969
	3 000 – 4 000	8 032	704	20,6	572	16,8	842	3 408	1 878	849	1 055
	4 000 – 5 000	1 552	824	18,9	688	15,8	320	565	285	202	180
	5 000 u. mehr	251	902	16,2	740	13,3	91	71	49	24	16
	Insgesamt	86 679	397	26,8	260	17,6	8 301	26 422	24 158	13 813	13 985

1) Alle Einnahmen der zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder, jedoch ohne die Aufwendungen zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung der Einnahmen (§ 12 WoGG) sowie die Einnahmen zur Verringerung der Miete oder Belastung (§ 13 WoGG). – 2) Anteil der Wohnkosten an den Bruttoeinnahmen.

Empfänger von Wohngeld nach Haushaltsgröße, monatlichem Familieneinkommen,
Höhe des monatlichen Wohngeldes und durchschnittlichem monatlichen Wohngeldanspruch 1986

Haushalte mit ... Familienmit- gliedern	Monatliches Familien- einkommen 1)	Emp- fänger von Wohn- geld ins- gesamt	davon mit monatlichem Wohngeld von ... bis unter ... DM										Durch- schnitt- licher monat- licher Wohn- geldan- spruch am 31. 12.
			unter 25	25	50	75	100	150	200	250	300	400	
				– 50	– 75	– 100	– 150	– 200	– 250	– 300	– 400	und mehr	
DM		Anzahl											DM
Empfänger von Wohngeld													
1	bis 250	767	–	22	67	74	190	171	130	83	30	–	164
	250 – 500	12 190	64	728	1 240	1 639	3 648	2 804	1 555	416	94	2	137
	500 – 750	15 229	198	1 711	2 213	2 979	4 856	2 620	559	80	13	–	109
	750 – 1 000	10 647	338	2 505	3 043	2 085	2 301	288	74	11	2	–	76
	1 000 u. mehr	1 578	164	808	337	116	94	47	11	1	–	–	54
2	Zusammen	40 411	764	5 774	6 900	6 893	11 089	5 930	2 329	591	139	2	108
	bis 500	654	–	8	29	29	98	110	162	83	119	16	218
	500 – 1 000	9 321	60	354	586	841	2 082	2 443	1 736	891	325	3	166
	1 000 – 1 500	5 400	98	865	1 078	1 007	1 519	702	119	10	2	–	97
	1 500 u. mehr	288	37	162	67	16	5	1	–	–	–	–	44
3	Zusammen	15 663	195	1 389	1 760	1 893	3 704	3 256	2 017	984	446	19	142
	bis 1 000	4 144	14	79	127	210	581	843	844	701	664	81	214
	1 000 – 1 500	3 462	27	153	236	338	922	865	600	250	70	1	156
	1 500 – 2 000	2 281	36	598	579	456	467	134	8	2	1	–	78
	2 000 u. mehr	117	–	86	15	2	8	6	–	–	–	–	50
4	Zusammen	10 004	77	916	957	1 006	1 978	1 848	1 452	953	735	82	161
	bis 1 000	1 453	1	9	32	42	157	182	219	222	385	204	270
	1 000 – 1 500	2 251	4	58	63	82	307	391	461	428	403	54	223
	1 500 – 2 000	3 704	9	148	246	401	975	1 006	644	231	44	–	154
	2 000 – 2 500	4 146	–	496	775	869	1 385	545	75	1	–	–	101
2 500 u. mehr	469	–	222	167	78	2	–	–	–	–	–	54	
5	Zusammen	12 023	14	933	1 283	1 472	2 826	2 124	1 399	882	832	258	159
	bis 1 000	556	–	7	13	23	59	72	65	77	133	107	282
	1 000 – 1 500	946	–	12	25	24	103	108	165	176	222	111	263
	1 500 – 2 000	1 300	3	38	60	77	214	272	272	189	169	6	198
	2 000 – 2 500	1 788	–	91	143	187	477	460	310	112	8	–	150
2 500 u. mehr	814	–	125	202	173	255	58	1	–	–	–	90	
6 und mehr	Zusammen	5 404	3	273	443	484	1 108	970	813	554	532	224	186
	bis 1 000	330	–	–	4	7	27	35	42	38	64	113	342
	1 000 – 2 000	1 182	–	9	24	43	119	154	164	176	283	210	282
	2 000 – 3 000	1 408	–	31	76	118	291	303	226	171	139	53	196
	3 000 – 4 000	244	–	26	45	49	66	25	11	10	5	7	127
4 000 u. mehr	10	–	–	–	2	–	4	1	1	1	1	269	
Zusammen	Zusammen	3 174	–	66	149	219	503	521	444	396	492	384	238
	bis 250	917	–	22	69	74	199	183	159	102	71	38	190
	250 – 500	12 923	64	736	1 270	1 671	3 750	2 929	1 717	519	228	39	142
	500 – 750	21 762	217	1 876	2 468	3 377	5 911	4 151	1 897	1 030	695	140	136
	750 – 1 000	19 689	394	2 789	3 547	2 807	4 139	2 305	1 613	951	835	309	128
	1 000 – 1 500	14 121	292	1 897	1 746	1 584	2 987	2 166	1 416	925	810	298	145
	1 500 – 2 000	8 271	86	954	969	976	1 738	1 514	1 028	538	384	84	145
	2 000 – 3 000	8 705	–	1 026	1 368	1 426	2 417	1 372	612	284	147	53	123
	3 000 – 4 000	281	–	51	55	50	67	25	11	10	5	7	116
4 000 u. mehr	10	–	–	–	2	–	4	1	1	1	1	269	
Insgesamt		86 679	1 053	9 351	11 492	11 967	21 208	14 649	8 454	4 360	3 176	969	137
Empfänger von Mietzuschuß													
Zusammen		76 704	960	8 294	10 148	10 580	18 873	12 987	7 493	3 780	2 769	820	136
Empfänger von Lastenzuschuß													
Zusammen		9 975	93	1 057	1 344	1 387	2 335	1 662	961	580	407	149	141

1) Alle Einnahmen der zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder abzüglich der Beträge, die nach den §§ 12 – 17 WoGG abzusetzen sind.

größe bestehen enge Zusammenhänge. Auch für Wohngeldhaushalte gilt, daß das Durchschnittseinkommen – es beträgt für alleinstehende Wohngeldbezieher 630 DM – mit zunehmender Haushaltsgröße in allen sozialen Schichten bei gleichzeitig sinkenden Pro-Kopf-Einkommen steigt. Deshalb hängt die Höhe der Wohngeldförderung auch wesentlich von der Zahl der Haushaltsmitglieder ab.

Durchschnittlicher monatlicher Wohngeldanspruch um 21 % gestiegen

Die mit der 6. Wohngeldnovelle erfolgten Anpassungen an die Kosten- und Einkommensentwicklung haben zu Strukturverschiebungen geführt, die gegenüber dem Vorjahr im Ergebnis auch eine Erhöhung des durchschnittlichen monatlichen Wohngeldanspruchs um 21 % auf 137 DM bewirkt haben. Etwa zwei Fünftel der 86 679 Wohngeldempfänger erhielten Beträge unter 100 DM. Im Jahr zuvor lag noch über die Hälfte der damals 70 695 Wohngeldempfänger unterhalb dieser Grenze. Weitere zwei Fünftel bezogen zwischen 100 und 200 DM (Vorjahr 38 %), und jeweils ein Zehntel konnte mit Beträgen von 200 bis unter 250 DM (6,1 %) bzw. 250 DM und mehr (5,2 %) seine Wohnkosten mit dem staatlichen Zuschuß entlasten. Für Miet- und Lastenzuschußempfänger ergaben sich nach dieser Verteilung annähernd parallele Relationen, allerdings tendieren die von Lastenzuschußempfängern beanspruchten Beträge stärker zu den Klassenobergrenzen. Der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch von Mietzuschußempfängern betrug 136 DM, Lastenzuschußempfänger beanspruchten im Schnitt 141 DM.

Im Vergleich zum Vorjahr fiel die prozentuale Wohnkostenbelastung vor Gewährung von Wohngeld im Jahre 1986 sogar etwas niedriger aus. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die durchschnittlichen Einkommen stärker als die Wohnkosten gestiegen sind. Das Wohngeld senkt die von den Beziehern selbst zu tragenden Wohnkosten um durchschnittlich 35 % gegenüber 31 % im Jahr zuvor. Damit sinken die sich im statistischen Mittel

ergebenden Mieten bzw. Belastungen von monatlich 397 DM auf 260 DM. Ohne Wohngeld hätten die begünstigten Haushalte 27 % ihres Brutto- bzw. 38 % ihres Familieneinkommens für ihre Wohnung aufbringen müssen. Diese Anteile verminderten sich durch das Wohngeld auf 18 % bzw. 25 %. Anders ausgedrückt stellt das Wohngeld für die betreffenden Haushalte durchschnittlich einen Anteil am Einkommen von 9,2 bzw. 13,4 %. Bei diesen Vergleichen muß beachtet werden, daß sich die Erhebungsmerkmale in den einzelnen Berichtsjahren auf verschiedene Grundgesamtheiten beziehen.

Umfang und Intensität der Nachfrage nach Wohnraum sind zu einem erheblichen Teil vom Einkommen der Haushalte abhängig. Die als Schwabesches Gesetz bekannte Beobachtung, daß bei steigendem Einkommen der Anteil der Wohnkosten an den Gesamtausgaben bei absolut steigendem Ausgabenbetrag abnimmt, bestätigt sich auch für Wohngeldhaushalte. Ohne Wohngeld müßten Bezieher von monatlichen Bruttoeinkommen bis 500 DM (als Klassendurchschnitt ergeben sich 419 DM) etwa die Hälfte ihres Einkommens für ihre Unterbringung aufwenden. Mit zunehmendem Einkommen sinken die anteiligen Wohnkosten stetig bis auf 16 % bei Bruttoeinnahmen über 5 000 DM (Klassendurchschnitt 5 566 DM). Gleichzeitig steigen die absoluten Wohnkosten kontinuierlich von 209 bis 902 DM. Auch unter Einbeziehung der Wohngeldleistungen bleibt der Zusammenhang bei den absoluten Beträgen erhalten, für die relativen Wohnkostenbelastungen ergibt sich jedoch ein stark abgeschwächter, teils durchbrochener Trend. Die Wohnkostenbelastung variiert nur noch zwischen 13 und 20 %. In der Differenzierung nach der Haushaltsgröße zeigen sich nach Gewährung des Wohngeldes mit zunehmender Personenzahl stetig sinkende relative Belastungsgrade. Sie lassen sich von 20 % beim Einpersonenhaushalt bis hinab zu 12 % für Haushalte mit sechs und mehr Familienmitgliedern nachweisen. In diesen Zahlen dokumentiert sich die ausgleichende Wirkung der Wohngeldgesetzgebung.

Diplom-Betriebswirt (FH) Klaus Jungbluth

Baulandmarkt und Baupreise 1980 bis 1986

Die als Totalerhebung durchgeführte Statistik der durchschnittlichen Kaufwerte von Bauland enthält alle veräußerten unbebauten Grundstücke, die im Baugebiet einer Gemeinde liegen und deren Größe 100 m² und mehr beträgt. Bis einschließlich 1984 wurden unabhängig von der Flächengröße alle Grundstücke erfaßt, deren Kaufsumme 200 DM und mehr betrug. Die Vergleichbarkeit der Jahresergebnisse wird dadurch kaum beeinträchtigt, da der Umsatz sehr kleiner Parzellen ganz gering ist. Bebaute Grundstücke werden nicht miteinbezogen, da die Kaufwerte im allgemeinen keine Aufteilung zwischen dem für Grund und Boden und dem für Gebäude und Gebäudereste gezahlten Kaufpreis enthalten.

Einen exakten Nachweis über die Entwicklung der Grundstückspreise kann die Statistik der Kaufwerte

allerdings nicht liefern, da beim Bauland Jahr für Jahr für die verkauften Einzelgrundstücke erhebliche Unterschiede nach Lage, Beschaffenheit und Kaufpräferenzen vorhanden sind. Dennoch kommt den Ergebnissen der Statistik der Baulandveräußerungen und durchschnittlichen Kaufwerte eine erhebliche Bedeutung zu, da sie nicht nur die aktuelle Situation auf dem Baulandmarkt darstellen, sondern auch die langfristigen Entwicklungstendenzen aufzeigen.

Ab 1982 werden in Rheinland-Pfalz die Daten für die Statistik der Kaufwerte für Bauland direkt von den Geschäftsstellen der Gutachterausschüsse bei den Kataster- und Stadtvermessungsämtern bereitgestellt. Dieser neue Berichtsweg ermöglicht eine rationellere und lückenlose Erfassung der Kauffälle. Die Ergebnisse ab 1982 sind deshalb mit denen früherer Jahre, als noch

die Finanzämter auskunftspflichtig waren, vorwiegend hinsichtlich der Zahl der Kauffälle und der veräußerten Fläche nur eingeschränkt vergleichbar.

Quadratmeterpreis für baureifes Land stieg 1986 um 11 % auf 84,27 DM

Im Jahre 1986 haben in Rheinland-Pfalz 10 762 unbebaute Grundstücke mit einer Fläche von 12,4 Mill. m² und einem Verkaufswert von 544 Mill. DM den Eigentümer gewechselt. Die Zahl der Grundstücksverkäufe erhöhte sich gegenüber 1985 um 3,1 %, die veräußerte Fläche nahm um 8 % zu und der Quadratmeterpreis für Bauland stieg um 2,3 % auf 43,91 DM. Der seit Anfang der 80er Jahre eingetretene Rückgang der Wohnungsbautätigkeit führte in den zurückliegenden sechs Jahren zu einem erheblich verminderten Flächenumsatz für baureifes Land und Rohbauland. Wurden 1980 noch 8,6 Mill. m² baureifen Landes verkauft, so waren es 1986 nur noch 5 Mill. m². Die Veräußerungen von Rohbauland gingen im gleichen Zeitraum von 3,7 Mill. m² auf 1,5 Mill. m² zurück. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß im Jahre 1980 die Erfassung der Fläche noch nicht vollständig erfolgen konnte.

Während im Jahre 1980 der Anteil des baureifen Landes an der umgesetzten Fläche noch 57 % betragen hatte, verminderte er sich im Laufe der folgenden Jahre und erreichte 1986 nur noch 41 %. Auch beim Rohbauland ergab sich in den letzten sechs Jahren eine abnehmende Quote am gesamten Flächenumsatz, und zwar von knapp einem Viertel auf 12 % im vergangenen Jahr. Dementsprechend erhöhte sich die Bedeutung der Verkäufe von Industrieland und von Land für Verkehrszwecke. Im Jahre 1986 wechselten 2,5 Mill. m² Industrieland, 2,9 Mill. m² Land für Verkehrszwecke und 0,5 Mill. m² Freifläche den Besitzer. Das sind knapp die Hälfte aller Baulandveräußerungen. Sechs Jahre zuvor hatten die Flächenumsätze dieser drei Baulandarten nur 19 % ausgemacht. Vor allem der Bedarf an Land für Verkehrszwecke hat seit 1982 stark zugenommen.

Nachdem für baureifes Land der Kaufwert je Quadratmeter in den Jahren 1984 und 1985 zurückgegangen war, stieg er 1986 im Landesmittel um mehr als ein Zehntel auf den bisherigen Höchststand von 84,27 DM (+ 11 % gegenüber dem Vorjahr). Seit 1980 errechnet sich ein Anstieg um nicht weniger als 44 %. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (Basis 1980 = 100) erhöhte sich im gleichen Zeitraum in deutlich geringerem Maße, und zwar um 21 %. Rohbau-

Durchschnittliche Kaufwerte für Bauland nach Baulandarten 1980 – 1986

Jahr	Ins- gesamt	Ver- ände- rung in %	Bau- reifes Land	Roh- bau- land	Indu- strie- land	Land für Ver- kehrs- zwecke	Frei- flächen
Kauffälle							
1980	14 381	- 8,3	9 823	2 366	451	1 459	282
1981	11 744	- 18,3	7 896	1 534	328	1 658	328
1982	16 195	37,9	7 963	2 044	629	5 254	305
1983	16 768	3,5	9 547	1 692	759	4 536	234
1984	15 340	- 8,5	8 125	1 497	841	4 639	238
1985	10 438	- 32,0	6 233	1 170	672	2 110	253
1986	10 762	3,1	6 765	993	734	2 034	236
Fläche (1000 m ²)							
1980	15 169	- 4,9	8 630	3 676	1 904	499	460
1981	11 428	- 24,7	6 581	2 318	1 619	584	326
1982	12 355	8,1	5 413	2 430	1 937	2 108	467
1983	14 292	15,7	6 671	1 755	2 725	2 739	402
1984	11 920	- 16,6	5 395	1 579	2 586	1 945	415
1985	11 470	- 3,8	4 645	1 838	2 374	2 107	506
1986	12 387	8,0	5 029	1 495	2 504	2 872	488
Kaufwert je m ² (DM)							
1980	44,95	5,2	58,58	33,04	20,35	15,09	18,73
1981	49,78	10,7	66,18	34,58	24,66	12,86	17,82
1982	44,23	- 11,1	70,48	41,26	20,15	9,80	10,61
1983	49,66	12,3	82,91	35,44	25,74	7,72	7,63
1984	48,24	- 2,9	81,50	32,13	23,52	9,29	13,84
1985	42,94	- 11,0	76,25	27,96	25,62	8,62	15,87
1986	43,91	2,3	84,27	24,22	23,18	6,38	15,46

land, dessen durchschnittlicher Quadratmeterpreis sich im Jahre 1980 auf 33,04 DM belaufen hatte, verteuerte sich in den beiden folgenden Jahren und war 1982 mit 41,26 DM je m² am teuersten. Danach konnten deutliche Rückgänge beobachtet werden, die dazu führten, daß Rohbauland im Jahre 1986 nur 24,22 DM je Quadratmeter (- 13 % gegenüber dem Vorjahr) kostete. Billiger war Rohbauland, das teilweise auch aus spekulativen Gründen gekauft wird, nur vor 1972.

Die durchschnittliche Grundstücksgröße für baureifes Land betrug 1986 nur noch 743 m² gegenüber 879 m² im Jahre 1980. Erneut dürften die kräftigen Preissteigerungen dazu beigetragen haben, daß zum Hausbau vermehrt kleinere Grundstücke erworben werden. Die durchschnittliche Grundstücksgröße für Rohbauland war in den letzten sechs Jahren erheblichen Schwankungen unterworfen, was nicht zuletzt auf spekulative Käufe und die zukünftige Beurteilung der Bautä-

Durchschnittliche Kaufwerte für Bauland nach Baugebieten 1986

Baugebiet	Baureifes Land				Rohbauland			
	Fälle	Fläche in 1000 m ²	Kaufsumme in 1000 DM	Kaufwert je m ² in DM	Fälle	Fläche in 1000 m ²	Kaufsumme in 1000 DM	Kaufwert je m ² in DM
Geschäftsgebiet	2	.	.	.	-	-	-	-
Geschäftsgebiet mit Wohngebiet	32	21	10 733	501,11	-	-	-	-
Wohngebiet in geschl. Bauweise	204	107	23 882	222,77	6	.	.	.
Wohngebiet in offener Bauweise	5 953	4 367	381 066	87,26	779	1 234	32 355	26,22
Industriegebiet	5	.	.	.	1	.	.	.
Dorfgebiet	569	519	7 171	13,81	207	238	1 869	7,86
Insgesamt	6 765	5 029	423 829	84,27	993	1 495	36 197	24,22

tigkeit zurückzuführen ist. Belief sie sich im Jahre 1980 auf 1 554 m², so verringerte sie sich bis 1983 auf 1 037 m². In den folgenden Jahren stieg sie wieder an und betrug 1986 1 506 m².

In Geschäftsgebieten mit Wohngebieten baureifes Land am teuersten

Am häufigsten wechselten baureifes Land und Rohbauland in Wohngebieten in offener Bauweise und in Dorfgebieten den Eigentümer. Während sich im Jahre 1986 baureifes Land in Wohngebieten in offener Bauweise auf 87,26 DM je Quadratmeter (Vorjahr 79,91 DM) verteuerte, blieb der Kaufwert im Dorfgebiet mit 13,81 DM (Vorjahr 13,45 DM) nahezu konstant. In Geschäftsgebieten mit Wohngebiet war baureifes Land mit 501 DM je Quadratmeter am teuersten, aber auch in Wohngebieten in geschlossener Bauweise mußten Bauwillige mit 223 DM einen recht hohen Betrag zahlen. Im Jahr zuvor waren entsprechende Quadratmeterwerte von knapp 400 DM bzw. 220 DM ermittelt worden.

In Großstädten kostet baureifes Land 312 DM und Rohbauland 89 DM

Die Analyse der Baulandverkäufe nach Gemeindegrößenklassen im Zeitraum von 1980 bis 1986 ergibt relativ hohe Umsätze an baureifem Land in den kleineren Gemeinden bis zu 5 000 Einwohnern. Auch Rohbauland wechselte ganz überwiegend in Dörfern und kleinen Städten den Eigentümer. Baureifes Land verteuerte sich seit 1980 am stärksten in Gemeinden mit 20 000 bis 50 000 Einwohnern, und zwar von 80 DM auf 147 DM je

Quadratmeter. In den Großstädten ist baureifes Land am teuersten ; im vergangenen Jahr stieg der Quadratmeterpreis auf 312 DM (+ 3,8 % gegenüber 1985). Sechs Jahre zuvor mußten die Erwerber immerhin schon 222 DM bezahlen. Rohbauland verteuerte sich seit 1980 am kräftigsten in den Gemeindegrößenklassen mit 5 000 bis 10 000 und 50 000 bis 100 000 Einwohnern. Im vergangenen Jahr war Rohbauland am billigsten in Gemeinden unter 2 000 Einwohnern (13,12 DM je Quadratmeter) und am teuersten in Großstädten (88,90 DM). Gegenüber 1985 ergab sich in Dörfern ein Preisanstieg um 15 % in den Großstädten dagegen eine Verbilligung um ein Fünftel.

Im Landkreis Kaiserslautern die höchsten Flächenumsätze an baureifem Land

Unter den Landkreisen verzeichnete 1986 Kaiserslautern (335 000 m²) die höchsten Flächenumsätze an baureifem Land, gefolgt vom Westerwaldkreis (284 000 m²) und von Mayen-Koblenz (273 000 m²). Beim Rohbauland wurden im Rhein-Hunsrück-Kreis (255 000 m²), im Kreis Birkenfeld (155 000 m²) und im Rhein-Lahn-Kreis (109 000 m²) die höchsten Werte ermittelt. Unter den kreisfreien Städten wechselte in der Landeshauptstadt Mainz das meiste baureife Land (71 000 m²) den Eigentümer, während Ludwigshafen beim Umsatz von Rohbauland (27 000 m²) an der Spitze lag.

Der höchste Wert für einen Quadratmeter baureifes Land in den zwölf kreisfreien Städten errechnet sich mit 369 DM für die Stadt Mainz. Es folgen Ludwigshafen (298 DM), Koblenz (218 DM) und Frankenthal (207 DM), am billigsten konnte es in Zweibrücken (83 DM) erworben werden. In den Landkreisen wurden die höchsten Preise für Ludwigshafen (203 DM) und Mainz-Bingen (190 DM) ermittelt, hingegen war es am billigsten in den weitgehend landwirtschaftlich geprägten Kreisen Kusel (14 DM), Bitburg-Prüm (23 DM), Daun (29 DM) und Bernkastel-Wittlich (31 DM). Für Rohbauland ergaben sich die höchsten Quadratmeterpreise in Mainz (137 DM), während in den Landkreisen Daun (9,82 DM), Birkenfeld und Cochem-Zell (10,94 DM bzw. 10,95 DM) die Erwerber den niedrigsten Kaufwert zu zahlen hatten.

Ein Vergleich der rheinland-pfälzischen Baulandpreise mit denen des Bundesgebietes zeigt, daß hierzulande baureifes Land seit vielen Jahren relativ preiswert zu haben ist. Im Bundesgebiet erhöhte sich der Quadratmeterpreis für baureifes Land von 82 DM im Jahre 1980 auf 116 DM im Jahre 1985. Die bisher nur vorläufigen Zahlen für 1986 zeigen einen weiteren Anstieg auf 121 DM. Rohbauland kostete im Jahre 1980 im Bundesgebiet zwar erst 33 DM und war damals ebenso teuer wie in Rheinland-Pfalz, der Preis zog jedoch bis zum Jahre 1985 auf 40 DM an und nach den vorläufigen Ergebnissen für das vergangene Jahr trat eine erneute Verteuerung auf knapp 44 DM ein. Damit mußte im Schnitt des Bundesgebietes für Rohbauland 80 % mehr gezahlt werden als in Rheinland-Pfalz.

Preisindizes zeigen Preisentwicklung nur für Neubauten an

Die Entwicklung der Baupreise wird durch die Ermittlung von Baupreisindizes dargestellt, die nichts über die

Preisindizes für Wohngebäude und Nichtwohngebäude¹⁾ im Bundesgebiet einschl. Berlin (West) 1970 – 1986

Jahr	Wohngebäude				Nichtwohngebäude	
	insgesamt	Einfamiliengebäude	Mehrfamiliengebäude	gemischtgenutzte Gebäude	Bürogebäude	gewerbliche Betriebsgebäude
1980 = 100						
1970	52,0	51,3	52,0	53,0	53,6	54,8
1971	57,3	56,6	57,4	58,3	59,0	60,7
1972	61,2	60,4	61,3	62,0	62,8	63,7
1973	65,7	64,9	65,8	66,4	67,3	67,5
1974	70,5	69,7	70,6	71,0	71,9	71,5
1975	72,1	71,4	72,3	72,6	73,4	73,6
1976	74,6	74,0	74,8	75,1	75,8	76,5
1977	78,2	77,8	78,4	78,6	79,3	79,7
1978	83,1	82,7	83,1	83,4	83,9	83,9
1979	90,4	90,2	90,4	90,4	90,6	90,7
1980	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1981	105,9	105,8	105,9	105,8	106,1	106,1
1982	108,9	108,6	109,0	109,2	110,0	110,4
1983	111,2	110,7	111,4	111,5	112,6	112,9
1984	114,0	113,4	114,3	114,3	115,8	115,7
1985	114,5	113,8	114,8	115,0	116,8	116,5
1986	116,2	115,4	116,6	116,8	118,9	118,9
Veränderung in %						
1970 – 1986	123,5	125,0	124,2	120,4	121,8	117,0
1985 – 1986	1,5	1,4	1,6	1,6	1,8	2,1

1) Bauleistungen am Bauwerk einschl. Mehrwertsteuer.

Durchschnittliche Kaufwerte für Bauland nach Verwaltungsbezirken 1986

Verwaltungsbezirk	Insgesamt			Baureifes Land			Rohbauland		
	Kauf fälle	Fläche	Kauf- summe	Kauf- fälle	Fläche	Kaufwert je m ²	Kauf- fälle	Fläche	Kaufwert je m ²
	Anzahl	1 000 m ²	1 000 DM	Anzahl	1 000 m ²	DM	Anzahl	1 000 m ²	DM
Kreisfreie Stadt Koblenz	118	130	12 070	57	34	217,67	11	24	84,22
Landkreise									
Ahrweiler	395	362	19 901	230	143	94,69	54	82	41,27
Altenkirchen (Ww.)	539	575	12 831	288	243	39,98	65	68	14,30
Bad Kreuznach	404	475	17 534	290	221	64,79	12	17	21,49
Bad Kreuznach, St	54	51	5 603	41	29	160,32	-	-	-
Birkenfeld	371	466	6 998	160	127	35,55	75	155	10,94
Idar-Oberstein, St	64	68	2 450	45	40	49,82	5	11	16,72
Cochem-Zell	290	255	3 976	129	80	39,12	27	19	10,95
Mayen-Koblenz	916	857	36 381	456	273	96,30	93	72	31,73
Andernach, St	45	43	4 772	33	27	155,47	1	.	.
Mayen, St	80	105	4 799	53	30	120,45	7	10	24,45
Neuwied	332	477	20 185	219	190	77,94	39	29	33,71
Neuwied, St	111	129	9 220	64	49	138,03	15	6	67,48
Rhein-Hunsrück-Kreis	417	690	10 785	209	169	39,13	71	255	11,49
Rhein-Lahn-Kreis	301	324	13 546	212	152	61,86	47	109	27,67
Lahnstein, St	45	71	5 772	36	20	179,63	2	.	.
Westerwaldkreis	427	418	14 653	341	284	45,44	44	34	14,73
RB Koblenz	4 510	5 031	168 860	2 591	1 917	64,01	538	863	21,23
Kreisfreie Stadt Trier	199	195	7 474	67	47	89,19	15	10	30,49
Landkreise									
Bernkastel-Wittlich	449	474	9 155	232	195	31,18	41	37	11,94
Bitburg-Prüm	371	527	9 095	262	269	23,47	18	46	21,27
Daun	210	312	5 168	148	131	29,26	22	53	9,82
Trier-Saarburg	240	284	8 958	218	179	41,47	14	20	23,09
RB Trier	1 469	1 792	39 850	927	823	33,94	110	166	16,32
Kreisfreie Städte									
Frankenthal (Pfalz)	113	99	13 875	94	56	207,19	-	-	-
Kaiserslautern	80	138	9 269	60	49	139,29	-	-	-
Landau i. d. Pfalz	128	206	6 535	44	21	156,26	2	.	.
Ludwigshafen a. Rhein	174	199	22 238	94	55	297,81	19	27	89,05
Mainz	138	145	30 921	120	71	368,64	5	2	136,61
Neustadt a. d. Weinstr.	86	124	11 648	48	47	191,83	18	13	61,90
Pirmasens	42	56	2 391	28	20	83,83	3	1	33,87
Speyer	26	57	7 072	25	57	124,02	-	-	-
Worms	107	80	10 128	89	44	196,83	2	.	.
Zweibrücken	88	129	3 743	60	37	82,76	4	3	18,92
Landkreise									
Alzey-Worms	384	351	24 422	350	235	92,79	15	43	22,18
Bad Dürkheim	252	349	13 744	116	78	133,74	17	30	31,52
Donnersbergkreis	399	863	11 296	215	175	37,46	22	33	16,99
Germersheim	266	197	21 245	245	182	115,65	2	.	.
Kaiserslautern	560	894	24 907	375	335	58,99	55	103	14,89
Kusel	199	163	1 897	85	59	13,96	55	46	15,35
Südliche Weinstraße	396	364	16 636	225	156	83,70	29	36	31,61
Ludwigshafen	481	401	44 621	333	176	203,43	36	46	75,30
Mainz-Bingen	462	402	48 444	363	216	189,53	21	16	75,47
Bingen am Rhein, St	39	72	4 692	28	21	149,18	1	.	.
Ingelheim am Rhein, St	82	98	10 250	49	34	228,87	5	4	84,33
Pirmasens	402	347	10 177	278	218	40,12	40	65	14,09
RB Rheinhessen-Pfalz	4 783	5 564	335 208	3 247	2 289	119,33	345	466	32,56
Rheinland-Pfalz	10 762	12 387	543 918	6 765	5 029	84,27	993	1 495	24,22
Kreisfreie Städte	1 299	1 559	137 363	786	539	196,01	79	82	73,99
Landkreise	9 463	10 828	406 554	5 979	4 490	70,85	914	1 413	21,33

absolute Höhe der Preise aussagen, sondern deren prozentuale Veränderung aufzeigen. Dargestellt wird die Preisentwicklung für Neubauten, nicht aber für Verkehrs-, Ertrags- oder Mietwerte. Da die Entwicklung der Baupreise in Rheinland-Pfalz weitgehend parallel zu derjenigen im Bundesgebiet verläuft, werden keine landeseigenen Baupreisindizes errechnet, sondern die vom Statistischen Bundesamt ermittelten Maßzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke für das Bundesgebiet übernommen. Für den Bereich des konventionellen Neubaus von Wohngebäuden ist der wichtigste Nachweis der Baupreisindex für Wohngebäude insgesamt. Er wird ergänzt durch die Indizes für die Wohngebäudearten Ein-, Mehrfamilien- und gemischt genutzte Gebäude. Ein besonderer Preisindex für Fertighäuser, der für die Zeit ab 1968 vorliegt, läßt die Preisentwicklung bei Einfamiliengebäuden, die aus Fertigteilen montiert sind, erkennen. Damit wird für Wohngebäude die Möglichkeit des Vergleichs zwischen konventionell gefertigten und vorgefertigten Bauwerken geboten. Für den Neubau konventionell gefertigter Nichtwohngebäude werden besondere Indizes für Bürogebäude, landwirtschaftliche Betriebsgebäude sowie gewerbliche Betriebsgebäude ermittelt. Außerdem wird die Preisentwicklung im Straßenbau, bei Brücken im Straßenbau, Ortskanälen und Staudämmen indexmäßig nachgewiesen.

Die in vierteljährlichen Abständen für die Monate Februar, Mai, August und November ermittelten Baupreisindizes, aus denen Jahresindizes errechnet werden, können als Erzeuger-Verkaufspreisindizes betrachtet werden. Aus der Sicht der Käufer dieser Erzeugnisse, also der Bauherren, können sie zugleich als Einkaufspreisindizes gelten.

Baupreisindizes werden häufig als Wertsicherungsmaßstab in Miet-, Pacht- und anderen Verträgen mit

Wertsicherungsklauseln verwendet. Hierbei empfiehlt es sich, das Basisjahr zu nennen, die als Schwellenwerte vorgesehenen Steigerungssätze in Prozent (nicht in Punkten) anzugeben und einen der Monatsberichte der Baupreisstatistik, nicht aber einen bestimmten Stichtag als Beginn der vertraglichen Laufzeit der Wertsicherungsklausel festzulegen.

Preisindex für Wohngebäude stieg von 1980 bis 1986 um 16 %

Im Jahre 1986 nahm die Bautätigkeit gegenüber 1985 nur wenig zu. Das Umsatzergebnis des rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbes lag mit 6,1 Mrd. DM um 2,2 % über dem des Vorjahres. Die Baupreise bei allen Bauwerksarten erhöhten sich im vergangenen Jahr meist geringfügig. Das dürfte auch darauf zurückzuführen sein, daß die Bauwirtschaft durch die von den rückläufigen Einfuhrpreisen ausgehenden preisdämpfenden Effekte weniger begünstigt wurde als andere Wirtschaftszweige.

Im Wohnungsbau setzte sich die Produktionseinschränkung weiter fort. Im Jahre 1986 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt 16 543 Wohnungen im Wohn- und Nichtwohnbau fertiggestellt. Das sind 23 % weniger als 1985. Hingegen erhöhte sich die Zahl der genehmigungspflichtigen Neubauvorhaben um 5,1 %, die der Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden um 12 %. Der Preisindex für Wohngebäude in konventioneller Bauart (einschl. Umsatzsteuer) stieg 1986 um 1,5 % auf 116,2. Von 1980 bis 1986 wird eine Teuerungsrate von insgesamt 16 % ausgewiesen. Sie blieb damit deutlich unter der im gleichen Zeitraum für den Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ermittelten Zunahmerate (+ 21 %). Während sich Wohngebäude zunächst von 1980 bis 1985 – abgesehen von 1984 mit annähernd gleicher Steigerungsrate – jährlich weniger stark verteuerten, als dies für das gesamte Verbraucherpreisniveau zutraf, trat 1986, als der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte gegenüber dem Vorjahr sogar um 0,2 % zurückging, erstmalig eine umgekehrte Entwicklung ein. Die seit Mitte Mai 1980 eingetretene Abschwächung des Preisanstiegs für Neubauten verstärkte sich vor allem infolge mangelnder Nachfrage der Bauherren in den beiden letzten Jahren. Die Ausbauarbeiten (Preisanstieg + 1,7 %), bei deren Kosten der Lohnanteil stärker ins Gewicht fällt, verteuerten sich 1986 stärker als Rohbauarbeiten (+ 1,3 %). In den zurückliegenden sechs Jahren zogen Rohbauarbeiten um 11 % an, darunter am stärksten Dachdeckungs- und Dachabdichtungsarbeiten (+ 29 %), Ausbauarbeiten hingegen um 23 %. Im einzelnen verteuerten sich seit 1980 bei diesen vor allem Metallbauarbeiten und Schlosserarbeiten (+ 33 %), Blitzschutzanlagen (+ 31 %) sowie Heizungs- und Brauchwassererwärmungsanlagen (+ 30 %).

Die Preisentwicklung für Einfamilien-, Mehrfamilien- sowie gemischt genutzte Gebäude verlief seit 1980 annähernd parallel zu derjenigen für Wohngebäude insgesamt. Im vergangenen Jahr erhöhte sich der Preisindex für Einfamiliengebäude in konventioneller Bauart um 1,4 % und für Mehrfamiliengebäude sowie gemischt genutzte Gebäude um 1,6 %. Die etwas günstigere Beschäftigungsentwicklung der Bauwirtschaft im gewerblichen und im öffentlichen Bau hat sich in der

Preisindizes für Einfamiliengebäude
in vorgefertigter und konventioneller Bauart¹⁾
im Bundesgebiet einschl. Berlin (West) 1970 – 1986

Jahr	Vorgefertigte Bauart				Konventionelle Bauart	
	ohne Unterkellerung		mit Unterkellerung		Bauleistungen am Bauwerk	
	1980 = 100	Veränderung zum Vorjahr in %	1980 = 100	Veränderung zum Vorjahr in %	1980 = 100	Veränderung zum Vorjahr in %
1970	52,2	7,0	53,6	8,7	51,3	16,3
1971	56,5	8,2	58,8	9,7	56,6	10,3
1972	60,2	6,5	63,4	7,8	60,4	6,7
1973	63,2	5,0	67,2	6,0	64,9	7,5
1974	67,4	6,6	70,7	5,2	69,7	7,4
1975	72,1	7,0	74,0	4,7	71,4	2,4
1976	75,6	4,9	75,3	1,8	74,0	3,6
1977	79,1	4,6	79,3	5,3	77,8	5,1
1978	84,4	6,7	84,8	6,9	82,7	6,3
1979	90,8	7,6	91,8	8,3	90,2	9,1
1980	100,0	10,1	100,0	8,9	100,0	10,9
1981	108,4	8,4	108,9	8,9	105,8	5,8
1982	114,1	5,3	116,9	7,3	108,6	2,6
1983	119,6	4,8	122,7	5,0	110,7	1,9
1984	124,4	4,0	127,4	3,8	113,4	2,4
1985	125,8	1,1	128,3	0,7	113,8	0,4
1986	127,6	1,4	129,6	1,0	115,4	1,4

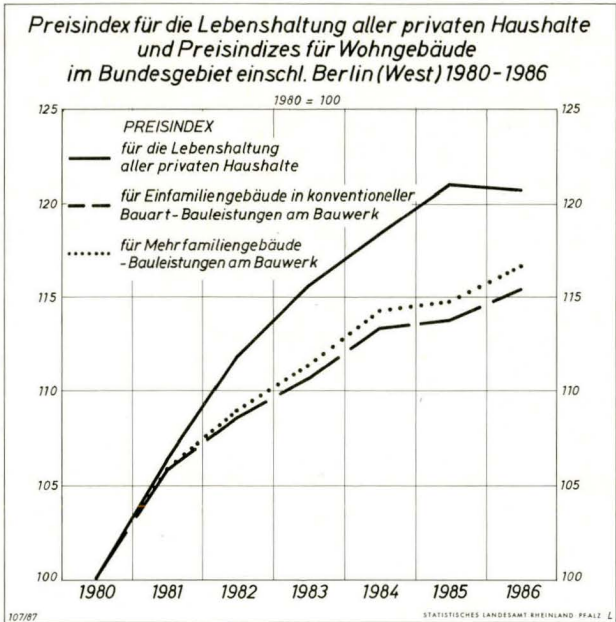
1) Bauleistungen am Bauwerk einschl. Mehrwertsteuer.

Preisentwicklung bei den übrigen Bauwerken niedergeschlagen. Der Preisindex für Bürogebäude stieg 1986 um 1,8 % und für gewerbliche Betriebsgebäude um 2,1 %. Im Straßenbau lagen die Preise um 2,1 % höher als im Vorjahr.

Preisindex für Einfamiliengebäude in vorgefertigter Bauart mit Unterkellerung erhöhte sich 1986 um 1 %

Die Preisindizes für Einfamiliengebäude in vorgefertigter Bauart (ohne bzw. mit Unterkellerung) verzeichneten gegenüber den Indizes für Einfamilienhäuser in konventioneller Bauart von 1980 bis 1984 deutlich höhere Steigerungsraten. In den beiden letzten Jahren wichen sie nur noch wenig voneinander ab. Der Preisindex für Fertighäuser ohne bzw. mit Unterkellerung erhöhte sich von 1980 bis 1986 um 28 % bzw. 30 %. Die Verteuerung fiel nahezu doppelt so hoch aus, wie dies für Einfamiliengebäude in konventioneller Bauart beobachtet werden konnte. Im Jahre 1986 beliefen sich die Teuerungsraten gegenüber dem Vorjahr für den Bau vorgefertigter Einfamilienhäuser ohne bzw. mit Unterkellerung nur noch auf 1,4 bzw. 1 %.

Die Arbeiten für die Instandhaltung (mit Schönheitsreparaturen und einschließlich Umsatzsteuer) von Einfamilienhäusern zogen in den zurückliegenden sechs Jahren im Preis stärker an als es für den Neubau dieser Gebäude zu verzeichnen war. Die Preisanhebungen beliefen sich auf 24 %. Die Teuerungsrate für 1986 betrug 2,1 %. Der Teilindex für Schönheitsreparaturen in einer Wohnung verzeichnete seit 1980 einen Anstieg um 23 % und für 1986 gegenüber dem Vorjahr um 2,4 %. Die relativ höhere Verteuerung für Instandhaltung und



Schönheitsreparaturen wurde vorwiegend durch ins Gewicht fallende Lohnerhöhungen verursacht.

Die inzwischen eingetretene Nachfragebelebung im Tiefbau, der in früheren Jahren von der Krise in der Bauwirtschaft besonders stark betroffen war, führte im vergangenen Jahr zu einer Erhöhung des Preisindex für den Straßenbau um 2,1 %. Der Preisanstieg seit 1980 fiel dagegen mit 4,8 % außergewöhnlich niedrig aus.

Diplom-Volkswirt Albrecht Wachweger

System der Umweltstatistiken

Der Schutz der Umwelt gehört zu den wichtigsten politischen Zielen und ist deshalb in unserer Landesverfassung verankert. Die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen ist langfristig nur zu gewährleisten, wenn unser Handeln durch ein erhöhtes Maß an Verantwortungsbewußtsein gegenüber unserer Umwelt geleistet wird.

Amtliche Statistik als Datenquelle für Umweltinformationen

Wichtige Voraussetzung für notwendige Umweltplanungen bilden zuverlässige und an aktuellen Fragestellungen orientierte Daten. Die Bereitstellung entsprechender Basisinformationen zur Analyse der Umweltverhältnisse ist Aufgabe der amtlichen Statistik, die aufgrund ihres weiten Erhebungsspektrums über eine Vielzahl umweltrelevanter Grunddaten verfügt. Aus der Frage nach der Beheizungsart der Wohnung im Erhebungsprogramm der Volkszählung, aus den Ergebnissen der Energiestatistiken und den Angaben über den Kraftfahrzeugbestand lassen sich Emissionsschätzungen selbst in tiefer regionaler Gliederung vornehmen.

Eine weitere Quelle umweltrelevanten Datenmaterials stellt die Flächenstatistik dar, die eine Untergliederung der Gesamtfläche nach Nutzungsarten ermöglicht. Auch die Bodennutzungserhebungen und Viehzählungen liefern durch die einbezogenen Flächen nach Art der landwirtschaftlichen Nutzung und über die Relation von Viehbestand und landwirtschaftlicher Nutzfläche Hinweise auf die regionalen Belastungsrisiken für das Grundwasser durch intensive Düngung und Probleme der Güllebeseitigung.

Für Prognosen zur Entwicklung der natürlichen Ressourcen liefern die Bevölkerungs- und Produktionsstatistiken Informationen. Diese Statistiken enthalten die Grunddaten zur regionalen Bevölkerungsstruktur und des Produktionsprogramms der ortsansässigen Industrie. Mit Hilfe statistisch ermittelter Einsatzfaktoren lassen sich zum Beispiel Rückschlüsse aus den Produktionsergebnissen auf den notwendigen Mitteleinsatz und somit auf die Inanspruchnahme nur begrenzt verfügbarer Rohstoffe ziehen. Als weitere Teilgebiete der amtlichen Statistik für die Untersuchung umweltbezogener Zusammenhänge seien erwähnt die Ermittlung von Pendlerströmen nach Art der benutzten Verkehrsmittel aus den Ergebnissen der Volkszählung, die Zahl der Sterbefälle nach Altersgruppen, Regionen und

Todesursachen aus der Gesundheitsstatistik und die Berechnung der Umweltschutzaufwendungen der öffentlichen Hand aus der Haushaltsrechnungsstatistik der öffentlichen Finanzen.

Umweltstatistik als eigenständige Aufgabe

Die Erfassung von Merkmalen zur direkten Darstellung von Umweltverhältnissen geht in einzelnen Bereichen bis auf die 50er Jahre zurück und liegt um zwei Jahrzehnte vor der Verabschiedung des ersten Umweltstatistikgesetzes im Jahre 1974. So wurden für die Jahre 1957, 1963 und 1969 auf der Basis von Rechtsverordnungen Statistiken in der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung durchgeführt. Bei den Betreibern von Einrichtungen der öffentlichen Wasserversorgung und des öffentlichen Abwasserwesens wurden Angaben über die Gewinnung und den Bezug von Grund-, Quell- und Oberflächenwasser, die Abgabe von Wasser und die Zahl der versorgten Einwohner sowie über den Abwasseranfall, die Fortleitung und Reinigung des Abwassers und die Zahl der an ein Kanalnetz bzw. an eine Kläranlage angeschlossenen Einwohner erfragt. Während bei der Statistik der öffentlichen Wasserversorgung in dieser Zeitspanne im Erhebungsprogramm nur geringfügige Änderungen vorgenommen wurden, so daß sich für alle Jahre zumindest der gesamte Wasserfluß anhand von Eckdaten in vergleichbarer Form nachvollziehen läßt, wurde aufgrund der Erfahrungen der Abwassererhebung des Jahres 1957 in den beiden folgenden Berichtszeiträumen auf einen mengenmäßigen Nachweis des über die Sammelkanalisation abgeleiteten Wassers verzichtet, da diese Größe von den Gemeinden nur in unzureichender Form bestimmbar ist. Die Abwassermengen wurden lediglich bei den Kläranlagen nachgewiesen, wobei eine Unterscheidung nach der Herkunft des Abwassers und nach der Reinigungsart der Anlage erfolgte.

Als Zusatzerhebung zum Industriebericht müssen seit 1957 die Industriebetriebe mit zehn und mehr Beschäftigten in zweijährlichem Abstand über Wasseraufkommen, Wasserverwendung und Abwasserbeseitigung berichten.

Um den immer größer werdenden Bedarf an Orientierungsdaten in tiefer regionaler Gliederung für politische Entscheidungen erfüllen zu können, wurde mit dem Gesetz über die Umweltstatistiken vom 15. August 1974 die Statistik der öffentlichen Wasserversorgung und der öffentlichen Abwasserbeseitigung sowie der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in der Wirtschaft auf eine neue Rechtsgrundlage gestellt. Außerdem wurden mit diesem Gesetz neue Statistiken der öffentlichen Abfallbeseitigung, der Abfallbeseitigung im produzierenden Gewerbe, im Handel, Verkehr und bei bestimmten Anstalten und Einrichtungen, der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung bei Wärmekraftwerken für die öffentliche Versorgung, der Abfall- und der Abwasserbeseitigung in der Viehhaltung, der Unfälle bei der Lagerung und beim Transport wassergefährdender

Stoffe sowie der Investitionen für den Umweltschutz im produzierenden Gewerbe und in der Viehhaltung angeordnet.

Wasser- und Abwasserstatistiken

Die Erhebungen zur öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung haben durch das Inkrafttreten des Umweltstatistikgesetzes eine sachliche und zeitliche Intensivierung erfahren. In dem Merkmalskatalog der seit 1975 in vierjährlicher Periodizität erfragten Daten fanden umweltrelevante Aspekte verstärkt Berücksichtigung. Dies schlug sich zum einen in der Erfassung der Beschaffenheit des von den Versorgungsunternehmen bereitgestellten Wassers, zum anderen in der Ermittlung der Schädlichkeit des unmittelbar abgeleiteten Abwassers über Summenparameter (absetzbare Stoffe, biochemischer Sauerstoffbedarf, chemischer Sauerstoffbedarf) nieder. Da die Schädlichkeitsparameter für den Kläranlagenzu- und -abfluß zu bestimmen sind, lassen sich Bezugsgrößen zum Wirkungsgrad der Abwasserbehandlungsanlagen errechnen. Weiterhin wurde die Befragung der Betreiber von Kläranlagen auf Angaben zum Klärschlammaufkommen, dessen Behandlung und Beseitigung ausgedehnt. Die methodische Durchführung dieser Erhebung wurde laufend den zwischenzeitlich gewonnenen Erkenntnissen angepaßt. Dies führte zu einer Verbesserung der Ergebnisqualität, erschwerte aber die Erstellung langfristiger Zeitreihen.

Die Statistik der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in der Wirtschaft ersetzte in den Jahren 1975 und 1977 die zuvor ebenfalls in zweijährlichem Turnus als Zusatzerhebung vorgenommene Befragung von Industriebetrieben über Eckdaten ihrer Wasserwirtschaft. Mit der Ausweitung des bis zum Jahre 1973 analog der Industriestatistik abgegrenzten Berichtskreises um die Betriebe anderer Wirtschaftszweige, deren jährliches Wasseraufkommen 10 000 m³ überstieg, wurde ein besserer Überblick über die Gesamtsituation der Wasserversorgung angestrebt. Die erfragten Angaben über die Wassergewinnung, die Abwasserableitung sowie die betriebseigenen Behandlungsanlagen entsprechen in Umfang und Gliederung den auch für den öffentlichen Sektor erhobenen Daten, so daß sich, unter Berücksichtigung der Werte der für die öffentliche Versorgung tätigen Wärmekraftwerke, ein Gesamtbild der ökologischen Situation der Wasserwirtschaft erschließt. Die Möglichkeit der Differenzierung nach Wassereinzugsgebieten trägt der Forderung nach der Bereitstellung Planungsdaten Rechnung.

Die bei der Statistik der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in der Wirtschaft über die Erhebung im öffentlichen Bereich hinausgehende Erfassung des mehrfach bzw. in Kreislaufsystemen genutzten Wassers ist zur Ermittlung des Gesamtbedarfs notwendig. Da die mit der Ableitung des gewerblichen Abwassers verbundene Umweltbelastung von dem vorherigen Gebrauch des Wassers abhängt, wird bei der Darstellung der Abwasserbeseitigung eine Unterscheidung der

Umweltstatistische Erhebungen der Berichtsjahre 1975 - 1987

Bezeichnung der Statistik	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987
Abfallstatistiken													
Statistik der öffentlichen Abfallbeseitigung	0		0			0		0		0			0
Statistik der Abfallbeseitigung im produzierenden Gewerbe und in Krankenhäusern ¹⁾	0		0			0		0		0			0
Wasser- und Abwasserstatistiken													
Statistik der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung	X				X				X				X
Statistik der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe ²⁾	X		X		X		X		X				X
Statistik der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung bei Wärmekraftwerken für die öffentliche Versorgung	X		X		X		X		X				X
Sonstige Umweltstatistiken													
Statistik der Abfallbeseitigung und Abwasserbeseitigung in der Viehhaltung	Y		Y		Y		Y						
Statistik der Unfälle bei der Lagerung wassergefährdender Stoffe	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y
Statistik der Unfälle beim Transport wassergefährdender Stoffe	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y
Statistik der Investitionen für Umweltschutz im produzierenden Gewerbe	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y
Statistik der Investitionen für Umweltschutz in der Viehhaltung	Y	Y	Y	Y									

0 = Abfallstatistiken

X = Wasser- und Abwasserstatistiken

Y = Sonstige Umweltstatistiken

1) 1975 und 1977 einschl. Großbetriebe des Einzelhandels und Straßenverkehrs, Schlachthäuser und Schlachthöfe. – 2) 1975, 1977 und 1979 einschl. Betriebe anderer Wirtschaftszweige mit einem jährlichen Wasseraufkommen von über 10 000 m³.

abgeleiteten Wassermengen nach Verwendungsbereichen (zum Beispiel Kühlwasser mit oder ohne Rückkühlung, produktionsspezifisches Abwasser) vorgenommen.

Mit dem Inkrafttreten des ersten Statistikbereinigungsgesetzes vom 14. März 1980 wurde die Erhebung über die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in der Wirtschaft ab dem Berichtsjahr 1979 von der ebenfalls in zweijährlichem Turnus durchzuführenden Statistik der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung im Bergbau und im verarbeitenden Gewerbe abgelöst. Der mit dieser Änderung des Befragungskreises verbundene Verzicht auf die Erfassung wasserwirtschaftlicher Daten von Unternehmen außerhalb des Bergbaus und des verarbeitenden Gewerbes mit einem Wasseraufkommen von über 10 000 m³ pro Jahr – hierbei handelt es sich insbesondere um Unternehmen des Großhandels, des Baugewerbes sowie des Dienstleistungssektors – führte zu einer Entlastung der Wirtschaft, ohne daß damit eine wesentliche Einschränkung der Aussagekraft der Ergebnisse verbunden war. Diese Betriebe, die ihren Wasserbedarf zu etwa 80 % aus dem öffentlichen Netz decken, waren nur mit knapp einem halben Prozent am gesamten Wasseraufkommen beteiligt. Außerdem wird durch den erstmals für das Jahr 1979 vorgesehenen Nachweis der Wasserabgabe öffentlicher Versorgungsunternehmen an gewerbliche Unternehmen sichergestellt, daß die bedeutsamen Bezugsmengen der nicht mehr direkt befragten Unternehmen weiterhin statistisch erfaßt werden. Der abweichende Erhebungsrhythmus zwischen der Statistik der

öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung (vierjährlich) und den Erhebungen über die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung im Bergbau und im verarbeitenden Gewerbe sowie bei Wärmekraftwerken für die öffentliche Versorgung (zweijährlich) ermöglichte nur alle vier Jahre eine Zusammenführung der Ergebnisse aller wasserwirtschaftlich relevanten Erhebungen zu einem Gesamtbild. Dies und die beabsichtigte Entlastung der Auskunftspflichtigen fanden in der Statistikbereinigungsverordnung vom 14. September 1984 mit der Neufestsetzung der Erhebungszyklen ihren Niederschlag. Zukünftig sind alle Erhebungen im Bereich der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung vierjährlich und zwar erstmals 1987 durchzuführen.

Abfallstatistiken

Die amtliche Statistik betrat mit den durch das Gesetz über Umweltstatistiken von 1974 angeordneten Erhebungen über die öffentliche Abfallbeseitigung und die Abfallbeseitigung im produzierenden Gewerbe, Handel, Verkehr und bei bestimmten Anstalten und Einrichtungen Neuland, um Basisinformationen über die Entsorgungssituation zu ermitteln. Auskunftspflichtig zu der Statistik der öffentlichen Abfallbeseitigung sind nach § 3 Abs. 2 des Umweltstatistikgesetzes in Verbindung mit § 1 des Landesabfallgesetzes außer den Landkreisen und kreisfreien Städten auch Dritte, deren sich diese zur Erfüllung ihrer Beseitigungspflicht bedienen. Nach dem Abfallbeseitigungsgesetz erstreckt sich die Entsorgung auf das Einsammeln und Befördern (Transport) sowie

das Behandeln, Lagern und Ablagern (Beseitigung) von Abfällen. Der Tatsache, daß der Transport und die Beseitigung von Abfällen organisatorisch getrennte Vorgänge darstellen, die in vielen Fällen von verschiedenen Unternehmen wahrgenommen werden, trägt die Erhebung über die öffentliche Abfallbeseitigung durch ihre methodische Konzeption Rechnung. So werden die im Rahmen der öffentlichen Müllabfuhr eingesammelten Abfallmengen, die Zahl der entsorgten Einwohner und die Größe des Entsorgungsgebietes nachgewiesen. Dagegen werden bei den Betreibern öffentlicher Abfallbehandlungs- und -beseitigungsanlagen die angelieferten Mengen erfragt. Mangels geeigneter Meßeinrichtungen liegen den Berichtspflichtigen oftmals keine exakten Angaben über Gewicht und Volumen der Abfälle vor. Die Berechnung der Abfallmengen orientiert sich in diesen Fällen am Volumen der aufgestellten Abfallbehälter bzw. der eingesetzten Transportfahrzeuge unter Berücksichtigung entsprechender Umrechnungsfaktoren. Die zunehmende Ausstattung von Abfallbeseitigungsanlagen mit Wiegevorrichtungen führt zu einer stetigen Verbesserung der Ergebnisqualität.

Während für die an öffentliche Abfallbehandlungs- und -beseitigungsanlagen angelieferten Mengen ein nach Abfallarten und Anlieferergruppen getrennter Nachweis erfolgt, beschränkt sich die Befragung der Transportunternehmen auf den eingesammelten Hausmüll, haushaltsähnlichen Gewerbeabfall und Sperrmüll. Diese Abfallmenge ist von den Auskunftspflichtigen differenziert nach Gemeinden und angefahrenen Beseitigungsanlagen anzugeben. Die Regionalisierung der eingesammelten Abfallmenge auf Gemeindeebene erweist sich in der Praxis als schwierig, da die Abfallbeseitigung als Pflichtaufgabe der Landkreise und kreisfreien Städte oft eine nicht an Gemeindegrenzen orientierte Organisationsstruktur aufweist. Außerdem ist bei der Interpretation zu beachten, daß sich die Auskunftspflicht auf die im öffentlichen Auftrag tätigen Transportunternehmen beschränkt. Hieraus können sich methodisch bedingte Abweichungen ergeben, da die gewerblichen Betriebe bei der Entsorgung haushaltsähnlicher Gewerbeabfälle in den einzelnen Kreisen in unterschiedlichem Ausmaß einem Anschlußzwang an die öffentliche Müllabfuhr unterliegen.

Die Statistik der öffentlichen Abfallbeseitigung wird ergänzt durch die Erhebung über die Abfallbeseitigung im produzierenden Gewerbe und in anderen Bereichen. Um ein möglichst vollständiges Bild der Abfallwirtschaft geben zu können, beziehen sich beide Erhebungen jeweils auf gleiche Berichtsjahre. Nach der Änderung der durch das Umweltstatistikgesetz angeordneten Erhebungszeiträume durch das Statistikbereinigungsgesetz vom März 1980 sowie die Statistikbereinigungsverordnung vom September 1984 liegen Ergebnisse für die Jahre 1975, 1977, 1980, 1982 und 1984 vor. Die nächsten abfallwirtschaftlichen Erhebungen sind für das Jahr 1987 durchzuführen und werden derzeit vorbereitet. Die statistische Erfassung von Eckdaten zum Abfallaufkommen in der Wirtschaft umfaßte in den Jahren 1975 und 1977 neben dem produzierenden Gewerbe Großbetriebe des Einzelhandels und Straßen-

verkehrs sowie Schlachthäuser, Schlachthöfe und Krankenhäuser. Seit 1980 wurde diese Erhebung auf die Abfallbeseitigung im produzierenden Gewerbe und in Krankenhäusern beschränkt. Von den auskunftspflichtigen Inhabern und Leitern dieser Unternehmen werden Daten zum Abfallaufkommen sowohl in der Untergliederung nach Abfallarten als auch nach Beseitigungswegen erfragt. Außerdem sind von den Betrieben mit eigenen Abfallvorbehandlungs- und -beseitigungsanlagen Angaben zu diesen Einrichtungen gefordert. Der Erhebung liegt ein für die Aufgaben dieser Umweltstatistik entwickelter Abfallartenkatalog zugrunde, dessen systematische Gliederung sich am Katalog der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA-Katalog) orientiert, jedoch durch sinnvolle Zusammenfassungen gestrafft wurde. Besonders den Klein- und Mittelbetrieben, die im wesentlichen durch die öffentliche Müllabfuhr entsorgt werden, erleichtert der Verzicht auf die tiefe Untergliederung des LAGA-Katalogs sowie die Vorgabe spezieller branchenspezifischer Abfallarten im Fragebogen die Berichterstattung.

Dem wachsenden Bedürfnis nach einer getrennten Darstellung des Sonderabfallaufkommens wurde durch die Neukonzeption des Abfallartenkatalogs für die Erhebung des Jahres 1984 Rechnung getragen. Hierdurch wurde es erstmals möglich, das Aufkommen und die Beseitigung der nach § 2 Abs. 2 des Abfallgesetzes einer gesonderten Nachweispflicht unterliegenden Abfälle getrennt, sowohl regional als auch nach Wirtschaftszweigen, aufzuzeigen.

Sonstige Umweltstatistiken

Neben den auf die direkte Beschreibung der Umweltverhältnisse ausgerichteten Statistiken der Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallbeseitigung werden jährlich im produzierenden Gewerbe die Zugänge an Sachanlagen, die ausschließlich oder überwiegend dem Schutz der Umwelt dienen und hierdurch eine wesentliche Voraussetzung für das Verringern oder Vermeiden zukünftiger Belastungen darstellen, erfaßt. Die Differenzierung der Aufwendungen erfolgt nach den Bereichen Abfallbeseitigung, Gewässerschutz, Lärmbekämpfung und Luftreinhaltung. Die für alle vier Sektoren getrennt ermittelten Daten können als Grundlage für Entscheidungen auf dem Gebiet der Umweltschutzmaßnahmen dienen und ermöglichen es, eine durch geänderte Rechtsvorschriften ausgelöste Investitionstätigkeit aufzuzeigen.

Durch die Übereinstimmung der Berichtskreise der laufenden Industriestatistiken mit den Erhebungen zur Wasser- und Abfallwirtschaft sowie zu den umweltbezogenen Investitionen wird die Möglichkeit eröffnet, die Ergebnisse beider Bereiche regional und wirtschaftssystematisch aufeinander zu beziehen und somit frühzeitig Entwicklungstendenzen zu erkennen, die eine vorausschauende Umweltplanung ermöglichen.

Die zur Vervollständigung eines Gesamtbildes mit dem Umweltstatistikgesetz des Jahres 1975 angeord-

Erhebungsbereiche, Erhebungsmerkmale und Auskunftspflichtige der Umweltstatistiken

§§ ¹⁾	Erhebungsbereiche	Erhebungsmerkmale	Auskunftspflichtige
3	Statistik der öffentlichen Abfallbeseitigung Einsammeln und Befördern von Abfällen Angaben über Abfallentsorgungsanlagen sowie über das Behandeln, Lagern und Ablagern von Abfällen	<ul style="list-style-type: none"> - Zahl der von der öffentlichen Abfallbeseitigung erfaßten Einwohner - Angaben über das erfaßte Gebiet - Menge der eingesammelten Abfälle und angefahrte Entsorgungsanlagen - Art und Ort der Entsorgungsanlagen - Ausstattung der Anlagen - Angelieferte Abfallmengen nach Abfallarten und Anlieferer 	<ul style="list-style-type: none"> - Kreise und Gemeinden als Betreiber von Entsorgungsunternehmen - Beauftragte privater Transportunternehmen - Kreise und Gemeinden als Betreiber von Entsorgungsanlagen - Private Unternehmen als beauftragte Betreiber von Entsorgungsanlagen
4	Statistik der Abfallbeseitigung im produzierenden Gewerbe und in Krankenhäusern	<ul style="list-style-type: none"> - Abfallaufkommen nach Abfallarten, Menge und Entsorgungswegen - Vorbehandlung der Abfälle - Art und Ausstattung betriebseigener Entsorgungsanlagen 	<ul style="list-style-type: none"> - Inhaber oder Leiter von Unternehmen des produzierenden Gewerbes und der Krankenhäuser
5	Statistik der öffentlichen Wasserversorgung und der öffentlichen Abwasserbeseitigung Wasserversorgung Abwasserbeseitigung	<ul style="list-style-type: none"> - Gewinnung, Bezug und Beschaffenheit von Grundwasser, Quellwasser und Oberflächenwasser, getrennt nach Gewinnungsanlagen - Abgabe von Wasser nach Menge und Beschaffenheit - Zahl der versorgten Einwohner - Menge des Abwassers - Herkunft des Abwassers - Art und Wirkungsgrad der Abwasserbehandlung - die an öffentliche Kanalisation und Kläranlagen angeschlossenen und nicht angeschlossenen Einwohner, Schädlichkeit des an öffentliche Kanalisation und Kläranlagen angeschlossenen gewerblichen Abwasser - Sammlung und Ableitung des Abwassers - Menge, Behandlung, Verwendung und Beseitigung des Klärschlammes 	<ul style="list-style-type: none"> - Gemeinden - Inhaber oder Leiter von Unternehmen und anderen Einrichtungen die Anlagen der öffentlichen Wasserversorgung betreiben - Gemeinden - Inhaber oder Leiter von Unternehmen und anderen Einrichtungen die Anlagen der öffentlichen Abwasserbeseitigung betreiben
6	Statistik der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe	<ul style="list-style-type: none"> - Gewinnung, Bezug, Abgabe, Gebrauch und Verbrauch von Wasser - Kreislaufwasser und Mehrfachnutzung - Menge und Schädlichkeit des Abwassers - Art und Wirkungsgrad der Abwasserbehandlung - Sammlung und Ableitung des Abwassers - Menge, Behandlung, Verwendung und Beseitigung des Klärschlammes 	<ul style="list-style-type: none"> - Inhaber oder Leiter von Unternehmen des Bergbaus und des verarbeitenden Gewerbes
7	Statistik der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung bei Wärmekraftwerken für die öffentliche Versorgung	<ul style="list-style-type: none"> - Gewinnung und Bezug des Wassers - Kreislaufwasser und Mehrfachnutzung - Menge, Rückkühlung, Behandlung und Beseitigung des Abwassers, getrennt nach Kühlwasser und sonstigem Abwasser 	<ul style="list-style-type: none"> - Inhaber oder Leiter von Unternehmen die Wärmekraftwerke für die öffentliche Versorgung betreiben
9	Statistik der Unfälle bei der Lagerung wassergefährdender Stoffe	<ul style="list-style-type: none"> - Art des Lagerbehälters - Art und Menge des wassergefährdenden Stoffes - Art, Ort und Zeit des Unfalls - Ursache des Unfalls - Unfallfolgen 	<ul style="list-style-type: none"> - zuständige Dienststellen (untere Wasserbehörde, Polizeibehörde)
10	Statistik der Unfälle beim Transport wassergefährdender Stoffe	<ul style="list-style-type: none"> - Beförderungsmittel - Art und Menge des wassergefährdenden Stoffes - Art, Ort und Zeit des Unfalls - Ursache des Unfalls - Unfallfolgen 	<ul style="list-style-type: none"> - zuständige Dienststellen (untere Wasserbehörde, Polizeibehörde)
11	Statistik der Investitionen für Umweltschutz im produzierenden Gewerbe	<ul style="list-style-type: none"> - Zugänge an Sachanlagen, die dem Schutz der Umwelt dienen, und zwar jeweils für <ol style="list-style-type: none"> 1. Abfallbeseitigung 2. Gewässerschutz 3. Lärmbekämpfung 4. Luftreinhaltung 	<ul style="list-style-type: none"> - Inhaber oder Leiter von Unternehmen des produzierenden Gewerbes

1) Nach dem Gesetz über Umweltstatistiken vom 20. 3. 1980 (BGBl. I S. 312 ff.)

neten Erhebungen im Bereich der Viehhaltung über die Umweltschutzinvestitionen und die Abfall- sowie Abwasserbeseitigung wurden zwischenzeitlich durch das 1. Statistikbereinigungsgesetz aufgehoben bzw. aufgrund einer Verordnung des Bundesinnenministeriums vom 30. April 1984 eingestellt, da die quantitative Ermittlung dieser Daten mit hinreichender Genauigkeit durch Schätzungen auf der Basis der zweijährlichen Viehzählungen möglich ist.

Mit den seit 1975 jährlich zu erfassenden Unfällen bei der Lagerung und beim Transport wassergefährdender Stoffe wurde eine weitere Lücke der statistischen Darstellung umweltrelevanter Sachverhalte geschlossen. Gerade Schadensfälle, die zu einer Gewässerverunreinigung führen, können das ökologische Gleichgewicht beeinträchtigen und zu einer ernsthaften Gefahrenquelle für die Trinkwasserversorgung werden. Aus diesem Grunde ist das Aufzeigen von Schwachstellen im gesamten Sicherungsbereich ein Schwerpunkt dieser Erhebung. Entsprechend stellt die Befragung die Unfallursachen in den Vordergrund. Auskunftspflichtig sind die Kreisverwaltungen und kreisfreien Städte als untere Wasserbehörden über die ihnen nach dem Landeswassergesetz angezeigten Schadensfälle.

Weiterentwicklung der Umweltstatistiken

Insbesondere im Umweltbereich muß die amtliche Statistik Konzeption und Methodik permanent den sich in schneller Entwicklung befindlichen spezifischen Vorschriften sowie dem wachsenden Informationsbedürfnis anpassen. Beispielhaft für diesen Prozeß ist die Integration der durch die Trinkwasserverordnung vom 22. Mai 1986 angeordneten weitergehenden Untersuchungsvorschriften in die für das Jahr 1987 durchzuführende Erhebung über die öffentliche Wasserversorgung. Auch die Erweiterung des Abfallbegriffs nach dem Abfallgesetz vom 27. April 1986 findet in der für 1987 erstmals vorgesehenen getrennten statistischen Erfassung der Sammlung verwertbarer und schadstoffhalti-

ger Abfälle ihren Niederschlag. Außerdem wird die geplante Novellierung des Umweltstatistikgesetzes wesentliche Auswirkungen auf die Weiterentwicklung des umweltstatistischen Instrumentariums haben. Die vorgesehene Einführung alternierender Voll- und Teilerhebungen auf den Gebieten der Abfallbeseitigung im produzierenden Gewerbe sowie der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe wird zu einer Entlastung der Auskunftspflichtigen führen, die mit einer vertretbaren Einschränkung der Ergebnisdarstellung verbunden ist. Für die Statistik der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung ist ebenfalls ein zweijährlicher Wechsel zwischen Voll- und Teilerhebungen vorgesehen. Hierdurch könnten auch für diesen Bereich in geringeren zeitlichen Abständen Ergebnisse bereitgestellt werden. Eine Verbesserung der Datenlage auf dem Gebiet des Umweltschutzes wird auch durch die Nutzung bereits vorhandener Verwaltungsunterlagen für statistische Zwecke angestrebt. Im wesentlichen geht es um die statistische Auswertung der Abfallbegleitscheine und der Untersuchungsergebnisse zur Trinkwasserbeschaffenheit. Aber auch die Einführung neuer Erhebungen über die Produktion umweltrelevanter Güter im verarbeitenden Gewerbe und über die Luftverunreinigungen werden zu einem erweiterten statistischen Überblick ökologischer Vorgänge beitragen. Die Erfassung von Daten zur Luftbelastung gehörte bereits zum Forderungskatalog der ursprünglichen Fassung des Umweltstatistikgesetzes, konnte jedoch zum damaligen Zeitpunkt nicht realisiert werden, weil sich das Bundes-Immissionsschutzgesetz noch in der parlamentarischen Beratung befand. Da nach der vorgesehenen Erhebung ausschließlich die aufgrund des Immissionsschutzgesetzes bereits vorhandenen Verwaltungsunterlagen ausgewertet werden sollen, besteht mit dieser Statistik die Möglichkeit, die Daten über den Zustand der Umwelt um einen wesentlichen Bereich zu ergänzen, ohne daß dies mit einer zusätzlichen Belastung der Wirtschaft verbunden wäre.

Diplom-Betriebswirt (FH) Hermann-Josef Welz

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1985	1986				1987			
		Monatsdurchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 619	3 612	3 611	3 610	3 612	3 608
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 914	1 901	3 369	2 538	2 273	1 854 ^P	2 944 ^P	2 725 ^P	3 099 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,3	6,3	11,0	8,6	7,4	6,2 ^P	9,6 ^P	9,2 ^P	10,1 ^P
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	2 908	3 098	3 083	3 090	3 224	2 986 ^P	2 978 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,6	10,3	10,1	10,4	10,5	10,1 ^P	9,7 ^P
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 549	3 601	3 374	3 465	3 399	3 489 ^P	3 100 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,8	12,0	11,0	11,7	11,1	11,8 ^P	10,1 ^P
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	29	27	25	31	26	29 ^P	20 ^P
* je 1 000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	9,9	8,8	8,2	10,3	8,1	9,7 ^P	6,5 ^P
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 641	- 503	- 291	- 375	- 175	- 503 ^P	- 122 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 2,1	- 1,7	- 0,9	- 1,3	- 0,6	- 1,7 ^P	- 0,4 ^P
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	6 317	6 416	5 413	6 313	7 956	5 819
* Fortgezogene	Anzahl	6 421	6 215	5 078	6 159	6 625	5 843
* Wanderungssaldo	Anzahl	- 104	202	335	154	1 331	- 24
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	10 457	10 379	9 697	9 945	11 619	9 863
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	124 496	119 432	111 377	112 971	113 639	116 238	107 029	104 386	110 362
* Männer	Anzahl	69 679	63 608	57 543	56 604	56 593	62 513	55 625	52 878	54 482
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	10 771	9 332	.	7 191	.	.	.	6 500	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	42 937	40 978	.	38 506	.	.	.	36 954	.
Arbeitslosenquote	%	8,6	8,3	7,7	7,8	7,9	8,1	7,5	7,3	7,7
Offene Stellen	Anzahl	4 919	7 144	8 039	8 114	7 667	8 865	8 847	9 100	8 883
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	.	.	.	566	.	.	.	659	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	.	.	.	2 702	.	.	.	3 048	.
Kurzarbeiter	Anzahl	13 751	11 261	11 214	6 473	3 736	14 970	9 900	7 639	5 531
Männer	Anzahl	11 179	8 689	8 028	4 566	2 468	11 836	7 471	5 815	4 146
Landwirtschaft										
Schlachtmengen ⁶⁾										
	t	14 279	14 792	14 681	13 805	13 064	14 737	14 302	14 647	13 741
* Rinder	t	4 753	4 937	4 756	4 063	4 224	4 764	4 468	4 377	3 981
* Kälber	t	31	30	31	26	27	49	27	30	28
* Schweine	t	9 384	9 712	9 785	9 624	8 729	9 769	9 686	10 111	9 637
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	79	80	91	88	90	80	88	82	78
* an Molkereien und Händler geliefert	%	94,2	94,6	95,5	95,7	95,7	94,7	95,3	95,7	95,4
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe ⁷⁾										
Betriebe	Anzahl	2 655	2 614	2 612	2 610	2 610	2 588	2 585	2 583	2 580
* Beschäftigte	1 000	364	367	365	367	369	363	363	363	367
* Arbeiter ⁸⁾	1 000	252	253	252	253	255	249	248	249	251
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	35 338	35 393	34 654	34 196	33 323	35 550	34 414	33 054	35 617
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 243	1 307	1 278	1 327	1 306	1 260	1 255	1 421	1 333
* Löhne	Mill. DM	727	760	755	768	778	721	727	810	788
* Gehälter	Mill. DM	516	547	523	559	528	539	528	611	545
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 018	1 028	1 021	1 010	1 012	980	970	965	1 028
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 876	6 782	6 571	6 948	6 775	7 041	6 778	6 811	7 118
* Auslandsumsatz	Mill. DM	2 519	2 408	2 371	2 455	2 351	2 559	2 424	2 498	2 579

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. – 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 8) Einschl. gewerblich Auszubildender.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1985	1986				1987			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe insgesamt	1980 = 100	99	101	106	105	91	105	106	109	...
ohne Bauhauptgewerbe	1980 = 100	101	103	106	105	92	106	107	108	...
Verarbeitendes Gewerbe	1980 = 100	100	102	107	106	92	105	107	108	95 ^P
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980 = 100	103	107	111	102	106	111	113	114	104 ^P
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1980 = 100	82	85	105	101	89	85	92	92	83 ^P
Chemische Industrie	1980 = 100	112	117	118	117	118	121	126	125	123 ^P
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	100	98	101	108	79	98	101	106	81 ^P
Maschinenbau; Büro- maschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	1980 = 100	97	100	95	110	73	92	102	118	83 ^P
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	1980 = 100	99	94	108	100	79	98	99	96	74 ^P
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	93	97	104	95	81	101	100	100	88 ^P
Herstellung von Schuhen	1980 = 100	90	82	81	64	60	74	74	63	50 ^P
* Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe	1980 = 100	103	106	112	106	94	111	105	111	107 ^P
Bauhauptgewerbe	1980 = 100	82	87	103	102	85	94	97	117	...
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	229	410	443	403	485	401	398	374	...
Strombezug ¹⁾	Mill. kWh	2 366	2 294	2 044	1 852	1 927	2 153	2 162	2 014	...
Stromlieferungen ¹⁾	Mill. kWh	776	865	867	670	843	747	752	742	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 819	1 839	1 620	1 586	1 569	1 784	1 808	1 646	...
Gasverbrauch	Mill. m ³	358	338	222	246	261	347	342	293	...
Handwerk ²⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	97	96	.	93	.	.	.	95	.
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976 = 100	138	146	.	145	.	.	.	146	.
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	63 358	61 864	61 683	63 469	63 355	59 455 ^P	60 681 ^P	61 915 ^P	61 562 ^P
Facharbeiter	Anzahl	32 545	31 338	30 761	35 860	32 100	30 293 ^P	30 849 ^P	34 715 ^P	31 724 ^P
Fachwerker und Werker	Anzahl	14 627	15 347	15 959	12 905	16 798	14 529 ^P	15 401 ^P	12 816 ^P	15 892 ^P
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 897	7 109	7 355	8 013	7 709	7 109 ^P	7 169 ^P	8 578 ^P	8 019 ^P
Privater Bau	1 000	4 252	4 371	4 489	4 876	4 702	4 359 ^P	4 399 ^P	4 513 ^P	4 886 ^P
* Wohnungsbau	1 000	2 613	2 651	2 847	2 993	2 847	2 501 ^P	2 530 ^P	2 593 ^P	2 744 ^P
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	47	34	32	59	61	24 ^P	49 ^P	43 ^P	57 ^P
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 593	1 686	1 610	1 824	1 794	1 834 ^P	1 820 ^P	1 877 ^P	2 085 ^P
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	1 182	2 738	2 866	3 136	3 007	2 750 ^P	2 770 ^P	4 065 ^P	3 133 ^P
Hochbau	1 000	410	670	639	680	700	655 ^P	638 ^P	1 852 ^P	639 ^P
Tiefbau	1 000	2 645	2 068	2 227	2 456	2 307	2 095 ^P	2 132 ^P	2 213 ^P	2 494 ^P
Straßenbau	1 000	645	1 134	1 228	1 326	1 293	1 128 ^P	1 144 ^P	1 182 ^P	1 364 ^P
Löhne und Gehälter	Mill. DM	166	176	180	184	196	185 ^P	178 ^P	186 ^P	195 ^P
* Löhne	Mill. DM	137	146	152	155	167	156 ^P	148 ^P	154 ^P	164 ^P
* Gehälter	Mill. DM	29	30	28	29	29	29 ^P	30 ^P	32 ^P	31 ^P
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	500	511	447	586	524	398 ^P	494 ^P	498 ^P	587 ^P

1) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1985	1986				1987			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	710	742	841	981	907	925	814	825	921
* mit 1 Wohnung	Anzahl	483	536	564	731	626	756	681	680	762
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	171	161	231	216	223	138	109	111	121
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	56	45	46	34	58	31	24	34	38
* Umbauter Raum	1000 m ³	751	720	800	907	901	874	762	765	857
* Wohnfläche	1000 m ²	124	119	132	146	148	145	120	125	139
Wohnräume	Anzahl	5 878	5 567	6 187	6 804	6 995	6 701	5 545	5 838	6 353
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	239	232	254	292	289	279	243	250	280
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	2	2	3	1	2	2	1	-	2
Unternehmen	Anzahl	107	120	107	155	89	113	103	127	145
Private Haushalte	Anzahl	601	621	731	825	816	810	710	698	774
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	152	165	174	183	194	133	157	157	197
* Umbauter Raum	1000 m ³	662	638	483	764	522	427	593	614	594
* Nutzfläche	1000 m ²	102	109	91	145	92	81	111	108	94
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	112	147	101	199	112	89	173	143	93
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	26	32	22	35	50	28	34	32	33
Unternehmen	Anzahl	123	127	148	142	141	102	118	123	160
Private Haushalte	Anzahl	3	5	4	6	3	3	5	2	4
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 419	1 308	1 426	1 495	1 653	1 413	1 211	1 289	1 387
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	2 558	2 443	2 300	2 529	2 403	2 583	2 450	2 454	...
* EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 269	1 300	1 281	1 368	1 294	1 483	1 350	1 402	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	200	196	196	199	202	233	207	200	...
Dänemark	Mill. DM	48	52	52	54	46	64	44	50	...
Frankreich	Mill. DM	314	326	310	351	337	354	331	360	...
Griechenland	Mill. DM	21	21	24	29	22	24	24	24	...
Großbritannien	Mill. DM	226	224	226	226	236	238	216	228	...
Irland	Mill. DM	9	9	7	11	10	9	9	8	...
Italien	Mill. DM	215	221	211	230	205	261	243	253	...
Niederlande	Mill. DM	178	175	181	191	167	207	190	187	...
Spanien	Mill. DM	47	63	64	65	59	77	72	77	...
Portugal	Mill. DM	12	13	11	12	11	16	16	15	...
USA und Kanada	Mill. DM	193	180	159	185	166	168	160	146	...
Japan	Mill. DM	53	51	41	47	51	43	45	48	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	417	310	284	307	323	299	278	288	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	134	120	98	126	124	115	126	124	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	1 673	1 441	1 462	1 379	1 512	1 533	1 358	1 503	...
EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	900	857	872	855	901	952	841	905	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	174	174	194	189	188	185	157	171	...
Dänemark	Mill. DM	19	22	45	14	18	26	23	23	...
Frankreich	Mill. DM	198	204	195	191	196	222	172	202	...
Griechenland	Mill. DM	8	7	10	9	9	8	13	15	...
Großbritannien	Mill. DM	66	75	63	69	91	94	75	87	...
Irland	Mill. DM	6	5	6	3	6	3	3	3	...
Italien	Mill. DM	150	140	123	129	159	147	144	147	...
Niederlande	Mill. DM	239	182	197	206	176	223	215	215	...
Spanien	Mill. DM	34	39	34	38	47	36	34	33	...
Portugal	Mill. DM	6	8	6	8	9	8	7	9	...
USA und Kanada	Mill. DM	106	87	70	77	84	84	79	71	...
Japan	Mill. DM	59	69	86	49	70	86	84	114	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	345	184	189	163	167	169	141	174	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	56	46	44	40	47	44	36	53	...

1) Nach dem Stand vom 1. 1. 1986.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1985	1986				1987			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1980 = 100	95	95	94	94	94
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	109	112	112	107	110
Großhandel										
Beschäftigte	1980 = 100	97	95	95	95	96
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	121	117	117	118	117
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1980 = 100	101	105	110	106	109
Teilbeschäftigte	1980 = 100	109	115	120	113	119
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	109	112	125	119	114
Beherbergungsgewerbe	1980 = 100	125	130	148	144	129
Gaststättengewerbe	1980 = 100	98	101	110	103	105
Fremdenverkehr										
in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	441	437	576	537	555	396	575	569	...
* Ausländer	1 000	113	105	128	142	210	85	127	148	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 558	1 565	1 897	1 950	2 379	1 427	1 874	2 040	...
* Ausländer	1 000	349	342	367	441	835	260	365	449	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1 000 t	1 429	1 533	1 593	1 626	1 736	1 651	1 555	1 495	...
* Güterversand	1 000 t	955	944	1 032	1 013	975	1 019	963	1 066	...
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 015	15 402	16 849	16 671	15 534	20 779	18 134	16 831	17 818
Krafträder	Anzahl	685	518	1 019	801	558	1 781	865	603	687
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	11 526	14 067	14 926	14 922	14 215	17 768	16 277	15 211	16 192
* Lastkraftwagen	Anzahl	477	512	564	556	483	728	609	883	606
Zugmaschinen	Anzahl	237	209	226	226	258	300	256	306	204
Straßenverkehrsunfälle										
	Anzahl	10 048	10 354	11 188	10 145	9 470	9 496	11 423	11 073	11 501
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 630	1 657	2 116	1 940	1 831	1 594	1 856	1 879	2 080
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 418	8 697	9 072	8 205	7 639	7 902	9 567	9 194	9 421
Verunglückte Personen	Anzahl	2 193	2 230	2 813	2 591	2 488	2 074	2 553	2 553	2 799
* Getötete	Anzahl	44	48	51	50	45	40	46	49	37
Pkw-Insassen	Anzahl	25	28	28	31	25	20	26	23	13
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	8	8	14	7	11	10	7	10	16
Radfahrer	Anzahl	2	3	5	2	4	2	3	4	7
Fußgänger	Anzahl	8	8	3	9	5	8	6	8	1
Schwerverletzte	Anzahl	659	658	892	779	776	566	753	720	768
Pkw-Insassen	Anzahl	324	340	406	354	333	244	393	376	...
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	173	149	277	238	251	163	177	185	...
Radfahrer	Anzahl	57	62	106	96	88	72	64	72	...
Fußgänger	Anzahl	85	86	83	65	78	74	105	62	...
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ¹⁾	Anzahl	76	82	82	91	60	84	100	65	71
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	47 284	51 034	37 522	44 503	31 361	73 970	40 068	20 608	18 134
* Vergleichsverfahren		-	-	-	-	-	-	1	-	1
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	929	699	805	778	719	535	584	688	680
* Wechselsumme	1 000 DM	8 009	5 812	6 672	5 074	5 132	3 681	3 639	5 419	4 691

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1985	1986				1987			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monats- ende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	81 737	82 106	81 039	81 805	81 557	82 521	82 656	82 986	83 109
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	79 858	80 239	79 157	79 973	79 747	80 612	80 720	81 052	81 200
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	15 996	14 794	15 187	15 737	15 252	14 631	14 414	14 585	14 270
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	15 448	14 343	14 776	15 170	14 860	14 105	13 933	14 212	13 870
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	548	451	411	567	392	525	481	373	400
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	9 174	7 811	8 128	8 045	7 976	7 444	7 401	7 385	7 251
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	7 666	6 624	6 820	6 782	6 746	6 405	6 380	3 353	6 311
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 508	1 187	1 308	1 263	1 230	1 038	1 021	1 032	940
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	54 688	57 634	55 843	56 190	56 519	58 537	58 905	59 082	59 680
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	44 088	47 201	45 025	45 471	45 791	47 868	48 117	48 425	48 909
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	10 599	10 434	10 818	10 719	10 728	10 670	10 788	10 657	10 771
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	70 018	74 877	70 819	70 760	71 073	75 330	76 676	76 487	76 451
* Sichteinlagen	Mill. DM	9 611	10 448	9 469	9 517	9 460	10 020	10 697	10 599	10 284
* Termingelder	Mill. DM	24 610	26 136	25 357	25 250	25 610	26 641	27 297	27 112	27 411
* Spareinlagen	Mill. DM	35 796	38 293	35 993	35 994	36 003	38 668	38 682	38 777	38 756
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM	1 678	1 846	1 370	1 391	1 774	1 583	1 586	1 570	1 887
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 519	1 635	1 352	1 389	1 765	1 621	1 572	1 475	1 908
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftsteuern	1 000 DM	1 332 451	1 350 174	1 361 836	1 546 849	1 174 839	818 678	1 389 907	1 708 569	1 115 753
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	938 494	975 488	922 310	1 222 011	673 963	430 552	926 274	1 355 778	689 905
* Lohnsteuer	1 000 DM	660 620	676 863	813 140	529 983	575 173	480 128	861 533	566 920	625 064
Einnahmen aus der Lohn- steuererlegung	1 000 DM	122 623	123 189	353 147	—	—	—	348 043	—	—
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	105 020	123 887	— 49 575	351 555	— 28 295	— 67 343	— 31 095	387 053	— 71 389
* Kapitalertragsteuer	1 000 DM	20 547	27 068	8 575	18 515	149 734	17 528	13 968	13 704	170 104
* Körperschaftsteuer	1 000 DM	152 307	147 670	150 170	321 958	— 22 649	239	81 868	388 101	— 33 874
Einnahmen aus der Körper- schaftsteuererlegung	1 000 DM	24 652	42 721	155 844	—	—	—	75 812	—	—
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	393 958	374 686	439 526	324 838	500 876	388 126	463 633	352 791	425 848
* Umsatzsteuer	1 000 DM	226 154	226 169	266 127	191 253	360 752	226 373	320 669	235 624	261 455
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	167 804	148 517	173 399	133 585	140 124	161 753	142 964	117 167	164 393
* Bundessteuern	1 000 DM	128 294	128 372	107 113	126 031	130 026	110 445	125 542	144 117	103 308
* Zölle	1 000 DM	11 328	10 164	10 049	9 238	9 618	11 955	12 280	9 712	10 639
* Verbrauchsteuern (ohne Bier- steuer)	1 000 DM	113 075	114 805	93 970	113 924	117 358	96 050	109 998	132 357	89 972
* Landessteuern	1 000 DM	75 092	87 446	108 253	87 173	84 286	81 024	114 767	79 931	72 048
* Vermögensteuer	1 000 DM	14 378	14 509	38 907	1 648	1 942	5 677	43 082	3 054	4 594
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	38 639	48 972	49 672	61 430	57 465	55 993	47 919	51 686	48 682
* Biersteuer	1 000 DM	6 037	6 142	6 133	7 063	6 912	5 025	6 359	6 400	6 922

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute, ohne Landeszentralbank, Kreditgenossenschaften bis einschließlich November 1985, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie Postscheck- und Postsparkassenämter; ohne durchlaufende Kredite. — 2) Einschl. Zinsgutschriften.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1985	1986				1987			
		Monatsdurchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Gemeindesteuern ¹⁾	1 000 DM	549 219	507 992	-	518 792	-	-	-	529 991	-
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 133	7 970	-	8 465	-	-	-	9 733	-
* Grundsteuer B	1 000 DM	88 740	92 789	-	104 957	-	-	-	107 486	-
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	403 353	357 652	-	351 061	-	-	-	361 793	-
Grunderwerbsteuer	1 000 DM	36 382	36 489	-	35 041	-	-	-	32 635	-
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	807 774	809 251	810 543	868 336	776 937	571 439	828 377	981 897	708 194
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	411 824	427 688	417 622	531 155	295 965	184 318	400 854	606 340	303 427
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	258 048	243 552	285 698	211 150	325 575	252 286	301 367	231 440	274 685
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	681 810	698 834	726 654	785 149	624 408	470 206	731 022	898 847	576 208
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	408 979	425 346	414 441	532 124	291 700	182 689	398 126	605 049	299 461
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	188 132	176 403	203 850	165 852	223 051	182 103	217 515	213 867	177 925
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	1 000 DM	832 834	814 965	-	769 906	-	-	-	804 994	-
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ²⁾	1 000 DM	342 503	304 361	-	298 732	-	-	-	307 267	-
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	344 465	360 265	-	303 443	-	-	-	329 529	-
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1980 = 100	121,0	120,7	120,9	121,1	120,5	121,0	121,1	121,3	121,3
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980 = 100	116,9	117,6	118,5	118,9	118,4	117,9	118,3	118,0	117,6
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk ³⁾	1980 = 100	114,5	116,2	116,1	-	-	-	118,5	-	-
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttostundenverdienste	DM	16,07	16,72	-	-	16,87	17,32	-	-	...
* Männliche Arbeiter	DM	16,95	17,57	-	-	17,73	18,17	-	-	...
* Facharbeiter	DM	17,80	18,46	-	-	18,64	19,09	-	-	...
Angelernte Arbeiter	DM	16,21	16,87	-	-	16,99	17,41	-	-	...
Hilfsarbeiter	DM	14,35	14,93	-	-	15,06	15,40	-	-	...
* Weibliche Arbeiter	DM	11,99	12,48	-	-	12,57	12,85	-	-	...
* Hilfsarbeiter	DM	11,72	12,21	-	-	12,29	12,65	-	-	...
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	40,7	40,7	-	-	40,7	40,6	-	-	...
Männliche Arbeiter	Std.	41,1	41,0	-	-	41,1	40,9	-	-	...
Weibliche Arbeiter	Std.	39,3	39,2	-	-	39,2	39,0	-	-	...
Angestellte										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste	DM	4 040	4 219	-	-	4 252	4 321	-	-	...
Kaufmännische Angestellte	DM	3 620	3 776	-	-	3 794	3 883	-	-	...
* männlich	DM	4 309	4 495	-	-	4 516	4 623	-	-	...
* weiblich	DM	2 822	2 946	-	-	2 970	3 029	-	-	...
Technische Angestellte	DM	4 419	4 609	-	-	4 661	4 701	-	-	...
* männlich	DM	4 516	4 714	-	-	4 765	4 812	-	-	...
* weiblich	DM	3 127	3 277	-	-	3 321	3 336	-	-	...
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	2 739	2 868	-	-	2 879	2 985	-	-	...
Kaufmännische Angestellte	DM	2 727	2 858	-	-	2 869	2 970	-	-	...
* männlich	DM	3 301	3 452	-	-	3 455	3 581	-	-	...
* weiblich	DM	2 270	2 373	-	-	2 392	2 449	-	-	...

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 3) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1985	1986				1987			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 024	61 066	61 017	61 029	61 048
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	30 388	31 001 ^r	25 194 ^p	52 715 ^r	40 110 ^p	21 898 ^p	29 759 ^p	46 885 ^p	...
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	48 846	52 164 ^r	54 969 ^p	51 136 ^r	52 711 ^p	53 007 ^p	51 103 ^p	50 851 ^p	...
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	58 691	58 491 ^r	61 442 ^p	55 328 ^r	56 406 ^p	62 651 ^p	56 392 ^p	52 457 ^p	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 9 845	- 6 327 ^r	- 6 473 ^p	- 4 192 ^r	- 3 695 ^p	- 9 644 ^p	- 5 289 ^p	- 1 606 ^p	...
Arbeitslose	1 000	2 304	2 228	2 230	2 122	2 078	2 412	2 216	2 099	2 097
Männer	1 000	1 289	1 200	1 204	1 121	1 077	1 396	1 216	1 120	1 107
Arbeitslosenquote	%	9,3	9,0	9,0	8,5	8,4	9,6	8,8	8,3	8,3
Offene Stellen	1 000	110	154	157	169	173	180	179	181	182
Kurzarbeiter	1 000	235	197	216	153	118	463	302	222	184
Männer	1 000	197	164	176	119	87	406	246	168	135
Produzierendes Gewerbe ⁴⁾										
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1980 = 100	103	105	113	104	110	105	108	106	108
ohne Baugewerbe	1980 = 100	105	107	114	104	110	110	109	107	109
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1980 = 100	105	107	115	105	111	109	110	107	110
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980 = 100	99	99	105	100	104	98	102	101	102
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	113	118	128	115	124	122	121	117	123
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	95	97	103	93	98	102	100	97	97
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1980 = 100	104	105	106	98	105	99	103	99	102
Baugewerbe	1980 = 100	84	87	102	98	102	53	96	95	99
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe										
Beschäftigte	1 000	6 943	7 063	7 017	7 021	7 044	7 045	7 035	7 027	7 036
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	659	663	724	629	660	654	667	637	619
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	124 713	122 358	132 279	114 976	125 022	126 630	123 124	117 939	121 172
Auslandsumsatz	Mill. DM	37 032	36 359	40 278	33 706	37 976	38 822	36 987	34 761	36 740
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	28 873	28 814	29 537	24 759	25 000	33 384 ^r	27 360 ^p
Gaserzeugung	Mill. m ³	2 917	2 676	2 677	2 494	2 314	2 904 ^r	2 804 ^r	3 146 ^p	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 026	1 003	1 000	1 016	1 029	...	969 ^p	983 ^p	991 ^p
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	106	107	125	112	125	...	111 ^p	111 ^p	114 ^p
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	8 331	8 711	7 358	7 837	9 427	...	6 901 ^p	8 151 ^p	9 106 ^p
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	9 652	9 668	12 139	11 423	12 515	9 838	9 918	10 520	10 479
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	8 765	9 022	11 401	10 737	11 803	9 322	9 367	9 904	9 903
Wohnfläche	1 000 m ²	1 719	1 583	2 000	1 817	1 978	1 524	1 565	1 667	1 663
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 501	2 517	2 757	2 881	2 887	2 357	2 359	2 712	2 815
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	21 021	18 264	22 515	20 343	22 195	16 407	16 726	17 804	17 997
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	113,8	117,2	122,7	117,4	110,9	...	129,3 ^p	114,5 ^p	113,3 ^p
Gastgewerbe										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	111,1	113,3	109,4	127,0	118,3

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1985	1986				1987			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	44 758	43 864	49 989	40 627	44 395	47 064	43 919	43 314	42 097
EG-Länder insgesamt ⁴⁾	Mill. DM	22 272	22 286	25 569	20 678	23 077	25 204	23 673	22 581	22 816
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 081	3 098	3 581	2 767	3 191	3 566	3 352	3 119	3 229
Frankreich	Mill. DM	5 333	5 194	6 367	4 890	5 433	5 964	5 577	5 275	5 243
Großbritannien	Mill. DM	3 831	3 716	4 019	3 536	4 001	4 013	3 813	3 695	3 800
Italien	Mill. DM	3 481	3 573	4 058	3 319	3 696	4 283	3 955	3 728	3 823
Niederlande	Mill. DM	3 855	3 788	4 231	3 400	3 690	4 138	3 890	3 683	3 656
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	38 651	34 517	39 940	32 495	34 481	36 926	35 030	32 762	33 784
EG-Länder insgesamt ⁴⁾	Mill. DM	19 637	18 023	21 175	17 228	18 229	19 998	18 886	17 501	18 054
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 424	2 455	2 933	2 321	2 603	2 781	2 714	2 410	2 525
Frankreich	Mill. DM	4 107	3 924	4 846	3 608	3 764	4 241	4 456	3 813	3 976
Großbritannien	Mill. DM	3 097	2 481	2 901	2 343	2 464	2 641	2 514	2 439	2 515
Italien	Mill. DM	3 096	3 175	3 391	2 929	3 382	3 666	3 144	2 985	3 525
Niederlande	Mill. DM	4 858	3 984	4 919	4 056	4 003	4 347	3 908	3 750	3 514
Geld und Kredit ¹⁾										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nicht-banken	Mrd. DM	1 992	1 992	1 998	2 006	2 019	2 053	2 052	2 058	2 070 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	1 522	1 522	1 530	1 537	1 554	1 582	1 581	1 583	1 597 ^P
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	471	471	467	469	465	471	471	475	473 ^P
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	1 375	1 375	1 367	1 376	1 393	1 477	1 476	1 493	1 497 ^P
Spareinlagen	Mrd. DM	624	624	631	632	633	677	678	678	679 ^P
Steuern										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	27 380	28 196	20 051	20 948	37 625	34 183	21 036	19 838	39 260
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	17 853	18 545	11 336	11 235	28 281	25 947	11 053	9 999	29 798
Lohnsteuer	Mill. DM	12 303	12 686	11 086	11 034	12 401	10 862	11 316	12 210	13 677
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 381	2 490	- 1 152	- 860	7 284	7 732	- 1 305	- 708	7 831
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	9 152	9 262	7 916	9 435	9 341	8 228	9 175	9 554	9 456
Umsatzsteuer	Mill. DM	4 286	4 882	3 307	4 781	5 082	3 931	4 661	5 227	5 351
Bundessteuern	Mill. DM	4 586	4 696	4 558	4 455	4 712	4 760	4 257	4 789	4 488
Zölle	Mill. DM	451	437	450	430	419	473	477	458	415
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	3 813	3 910	3 785	3 661	4 039	3 941	3 492	4 008	3 834
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ²⁾	1980 = 100	115,2	108,4	110,8	109,8	108,8	104,8	104,8	104,6	104,3
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ²⁾	1980 = 100	103,1	97,2	98,4	97,3	98,9	95,7	95,3	93,9	93,8 ^P
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ²⁾	1980 = 100	121,8	118,2	119,4	118,6	118,5	115,4	115,1	115,2	115,3
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1980 = 100	115,1	116,8	.	116,7	.	.	.	119,1	.
Bauleistungen am Bauwerk ³⁾	1980 = 100	114,5	116,2	.	116,1	.	.	.	118,5	.
Preisindex für den Straßenbau	1980 = 100	102,6	104,8	.	104,8	.	.	.	105,9	.
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1980 = 100	121,0	120,7	120,9	120,9	121,1	120,7	121,0	121,1	121,3
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980 = 100	116,9	117,6	118,2	118,5	118,9	117,4	117,9	118,3	118,0
Bekleidung, Schuhe	1980 = 100	118,4	120,6	120,3	120,5	120,5	121,9	122,0	122,0	122,1
Wohnungsmieten	1980 = 100	123,9	126,4	126,0	126,1	126,3	128,1	128,3	128,4	128,6
Energie (ohne Kraftstoffe)	1980 = 100	133,4	116,4	122,3	118,6	116,0	106,0	105,1	104,7	106,0
Übriges für die Haushaltsführung	1980 = 100	117,7	119,1	119,0	118,9	119,0	120,1	120,3	120,4	120,5
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	1980 = 100	119,7	121,5	121,3	121,3	121,4	122,5	122,6	122,8	122,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1980 = 100	123,2	118,3	117,3	117,5	118,9	118,5	119,7	119,8	120,0
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1980 = 100	116,2	117,8	118,1	118,1	117,9	119,5	119,2	119,1	119,0
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1980 = 100	125,7	130,1	129,7	129,9	130,6	131,5	131,5	131,5	132,6

1) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 2) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 3) Ohne Baunebenleistungen. – 4) Nach dem Stand vom 1. 1. 1986.

Niedrigere Auftragseingänge im ersten Halbjahr 1987

Die Auftragseingänge von Industrie und Handwerk lagen nach vorläufigen Berechnungen im ersten Halbjahr 1987 um 1,8 % niedriger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Inlandsnachfrage verringerte sich um 1,3 %, die Auslandsnachfrage um 2,8 %. Das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe konnte eine leichte Zunahme von 0,8 % verzeichnen, wozu die Hersteller von Kunststoffwaren mit einer Steigerung von 7,6 % maßgeblich beitrugen. In den übrigen Bereichen des verarbeitenden Gewerbes kam es zu Abnahmen zwischen 0,6 und 4,8 %. Während sich für die Chemie ein Anstieg von 1,2 % errechnete, kam es im Maschinenbau einschließlich ADV-Geräte zu einem Rückgang um 8,8 %, in der eisenschaffenden Industrie um 9,6 % und in der Schuhherstellung um 14,8 %. fu

Produktion im ersten Halbjahr 1987 unverändert

Die Produktion von Industrie und Handwerk in Rheinland-Pfalz blieb von Januar bis Juni 1987 auf dem Stand des entsprechenden Vorjahreszeitraumes. Überdurchschnittliche Zuwachsraten verzeichneten die Hersteller von Kunststoffwaren (+ 7,5 %), die Chemie (+ 5,1 %) und die eisenschaffende Industrie (+ 1,3 %). Niedrigere Produktionsziffern wiesen der Steine- und Erdenbereich (– 14 %), die Schuhindustrie (– 7,1 %), der Maschinenbau einschließlich ADV-Geräte (– 6,1 %) und der Straßenfahrzeugbau (– 4,9 %) auf. fu

Wohngeld 1986 entlastet Wohnkosten um 35 %

Die mit der 6. Wohngeldnovelle zu Beginn des Jahres 1986 erfolgten Anpassungen an die Kosten- und Einkommensentwicklung führten gegenüber dem Vorjahr zu einer Erhöhung des durchschnittlichen monatlichen Wohngeldanspruchs um 21 % auf nunmehr 137 DM. Etwa zwei Fünftel der 86 679 Wohngeldempfänger erhielten Beträge unter 100 DM. Im Jahr zuvor lag noch über die Hälfte der damals 70 695 Bezieher unterhalb dieser Grenze. Weitere zwei Fünftel (Vorjahr 38 %) bezogen zwischen 100 und 200 DM und jeweils ein Zehntel konnte mit Beträgen von 200 bis unter 250 DM bzw. 250 DM und mehr seine Wohnkosten mit dem staatlichen Zuschuß entlasten.

Durch das Wohngeld werden die von den Beziehern selbst zu tragenden Wohnkosten um durchschnittlich 35 % gegenüber 31 % im Jahr zuvor gesenkt. Damit sinken die sich im statistischen Mittel ergebenden Mietbelastungen von monatlichen 397 DM auf 260 DM. ju

Mehr über dieses Thema auf Seite 223

kurz + aktuell

42,6 Mill. DM Wohngeld im zweiten Quartal 1987

Zur Jahresmitte 1987 gab es in Rheinland-Pfalz 73 639 Bezieher von Wohngeld. Das sind 6 188 mehr als ein Jahr zuvor. Die Zahl der Mietzuschußempfänger nahm um 8,8 % auf 65 555 Personen zu, die der Lastenzuschußempfänger um 12,6 % auf 8 084 Personen.

Die Wohngeldleistungen beliefen sich im zweiten Quartal auf insgesamt 42,6 Mill. DM. Das sind 15 % mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch stieg um 7 DM auf 136 DM. Die Wohngeldstellen bewilligten im zweiten Vierteljahr 1987 rund 9 600 Erstanträge, 22 900 Wiederholungsanträge sowie 760 Erhöhungen. Die Zunahme bei den Wohngeldleistungen und der erweiterte Empfängerkreis sind auf die mit Beginn des Jahres 1986 eingetretenen Verbesserungen zurückzuführen, die im Rahmen der 6. Wohngeldnovelle vorgenommen wurden. ju

Weniger Neubauten und mehr Bestandsmaßnahmen im ersten Halbjahr 1987

Im ersten Halbjahr 1987 wurden von den rheinland-pfälzischen Bauämtern Genehmigungen für die Errichtung von 4 431 neuen Wohngebäuden und 880 Nichtwohngebäuden erteilt. Das sind 6 % weniger als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres. Häufiger als damals wurden Bauprojekte am vorhandenen Gebäudebestand genehmigt. Im Wohnbau beträgt der Anstieg bei 1 623 Maßnahmen 12,5 %. Für Bauvorhaben an 539 bestehenden Nichtwohngebäuden sprachen die Bauaufsichtsbehörden Genehmigungen aus. Das sind rund 14 % mehr. Die Zahl der insgesamt geplanten Wohnungen verminderte sich um 15 % auf 6 779. Mit 2,6 Mrd. DM lagen die veranschlagten reinen Baukosten um 1 % niedriger als im ersten Halbjahr 1986. ju

Fremdenverkehr im Aufwind Eifel/Ahr und Westerwald/Lahn/Taunus mit Zuwachsraten über 20 %

Im April 1987 waren in den rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsbetrieben insgesamt 396 000 Gäste mit 1 427 000 Übernachtungen zu verzeichnen. Dieses Ergebnis wurde in den letzten Jahren nur im April 1981 mit 1 478 000 Übernachtungen leicht übertroffen. Gegenüber April 1986 wurden 8 % mehr Gäste und 17 % mehr Übernachtungen registriert.

Überdurchschnittlich mit + 24 bzw. + 26 % stiegen die Übernachtungszahlen in den Fremdenverkehrsgebieten Eifel/Ahr und Westerwald/Lahn/Taunus. In Rheinhessen nahm die Zahl der Übernachtungen bei 7,5 % weniger Gästen um 0,4 % zu. el

Höhere Umsätze der Gaststätten im März 1987

Im März 1987 nahmen die Umsätze des rheinland-pfälzischen Gastgewerbes gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat um rund 2 % zu. Speise- und Schankwirtschaften zeigten mit jeweils + 7,5 % die stärksten Steigerungen. Es folgten Gasthöfe (+ 2,6 %), Hotels (+ 1,1 %) sowie Bars und Tanzlokale (+ 0,4 %).

Im ersten Quartal lagen die Umsätze des Gastgewerbes um 1,2 % über dem Ergebnis vom ersten Vierteljahr 1986. Für das Beherbergungsgewerbe und die Gaststätten verlief die Entwicklung ähnlich. pe

Weniger Fahrgäste im öffentlichen Personenverkehr auf der Straße

Im ersten Vierteljahr 1987 zählten die 158 rheinland-pfälzischen Straßenverkehrsunternehmen mit mindestens sechs verfügbaren Kraftomnibussen einschließlich des Busdienstes der Deutschen Bundesbahn 70,2 Mill. Beförderungsfälle gegenüber 71,6 Mill. im ersten Quartal 1986. Das entspricht einem Rückgang um 1,8 %. Die eingesetzten Busse und Straßenbahnen erbrachten eine Fahrleistung von 38,1 Mill. Wagen-Kilometern (+ 3,5 %). Die Einnahmen verringerten sich um 1,7 % auf 75,7 Mill. DM.

Der Anteil der kommunalen und gemischtwirtschaftlichen Unternehmen an der Zahl der beförderten Personen im allgemeinen Linienverkehr betrug 55 % (Deutsche Bundesbahn 37 %). Bei den Sonderformen des Linienverkehrs und beim Gelegenheitsverkehr überwiegen die Anteile der privaten Unternehmen mit 53 bzw. 82 %.

Bis auf den Schülerverkehr gegen Entgelt (+ 10 %), die Ausflugsfahrten (+ 2,5 %) und den Mietwagenverkehr (+ 16 %) waren alle Verkehrsarten vom Rückgang der Beförderungsleistung betroffen. Die geringste Abnahme verzeichnete der allgemeine Linienverkehr (- 0,8 %). schm

System der Umweltstatistiken

Wichtige Voraussetzung für eine aktive Umweltvorsorge und eine vorausschauende Umweltgestaltung bilden zuverlässige und zeitnahe Informationen. Die amtliche Statistik stellt eine Vielzahl von Grunddaten bereit, aus denen sich Bezugsgrößen zu umweltbezogenen Sachverhalten ermitteln lassen.

Die weiterreichende Erfassung von Merkmalen zur Darstellung und Analyse der Umweltverhältnisse wurde

der amtlichen Statistik mit dem Gesetz über die Umweltstatistiken vom 15. August 1974 als eigenständige Aufgabe übertragen. Schwerpunkte der umweltstatistischen Erhebungen bilden die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, das Abfallaufkommen und dessen Entsorgung, die Umweltschutzinvestitionen sowie die Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen. Die geplante Novellierung des Umweltstatistikgesetzes sieht eine Erweiterung des Erhebungsspektrums um Statistiken über Luftverunreinigungen und die Produktion umweltrelevanter Güter vor. wz

Mehr über dieses Thema auf Seite 231

Rheinland-Pfälzer verdienen 50 Mrd. DM

Bereits im Jahre 1983 wurden in Rheinland-Pfalz 1 268 828 Lohn- und Einkommenssteuerpflichtige gezählt, die zusammen 46 Mrd. DM verdienten. Seitdem haben sich die Einkommen um fast 10 % erhöht, so daß die Rheinland-Pfälzer heute 50 Mrd. DM verdienen. Viele Steuerpflichtige haben mehrere Einkommensquellen. Im Schnitt verfügte 1983 jeder über 1,4 Einkunftsarten. Am häufigsten resultieren die Einkommen aus nicht-selbständiger Arbeit, gefolgt von Vermietung und Verpachtung. Die vermehrte Bildung von Kapitalvermögen findet auch in den steuerlich erklärten Einkünften seinen Niederschlag. In 130 067 Fällen gaben Steuerpflichtige Beträge von insgesamt 854 Mill. DM an.

Im Durchschnitt betrug 1983 das Einkommen 36 300 DM, heute rund 40 000 DM. Die Einkommen streuen um den rechnerischen Mittelwert relativ stark. 19,4 % der Steuerpflichtigen hatten 1983 zwischen 30 000 und 40 000 DM. Bei fast der Hälfte der Steuerpflichtigen lag der Gesamtbetrag der Einkünfte niedriger, zumeist zwischen 16 000 DM und 25 000 DM. Etwa ein Drittel aller Steuerpflichtigen lag mit seinem Einkommen über dem Durchschnitt und zwar hauptsächlich zwischen 50 000 und 75 000 DM. Spitzenverdiener mit Einkünften von mindestens 100 000 DM waren 1983 nur 2,6 % der Steuerpflichtigen, die allerdings 14,7 % des Gesamtbetrags der Einkünfte auf sich vereinigten.

Die durchschnittlichen Einkommensbeträge differieren sehr stark bei den einzelnen Einkunftsarten. Die Selbständigen verfügten mit 60 000 DM über das höchste Durchschnittseinkommen, gefolgt von den Gewerbetreibenden (44 000 DM) und den Arbeitnehmern (33 500 DM). Die Land- und Forstwirte erwirtschafteten im Schnitt Einkünfte von 18 500 DM. la

Mehr über dieses Thema in der nächsten Ausgabe

kurz + aktuell

Themen der letzten Hefte

Heft 10 / Oktober 1986

Umsatzentwicklung der Unternehmen
Überstunden in Industrie und Handwerk 1980 bis 1985
Energieverbrauch im verarbeitenden Gewerbe 1950 bis 1985
Binnenschifffahrt
Dialogauskunftssystem für Krankenhäuser

Heft 11 / November 1986

Bruttomonatsverdienste in Industrie und Handel im Juli 1986
Öffentliche Abfallbeseitigung
Sozialer Wohnungsbau 1985
Amtliche Statistik in Btx
Apotheken 1960 bis 1985
Maschinelles Bestellwesen im Krankenhaus

Heft 12 / Dezember 1986

Bundestagswahl am 25. Januar 1987 – Sitzverteilung nach dem Verfahren der mathematischen Proportion
Bundestagswahl in Btx
Die rheinland-pfälzische Wirtschaft am Jahresende 1986
Der Maschinenbau
Einsatz des Tools Delta

Heft 1 / Januar 1987

Gemeindedaten in Btx
Agrarberichterstattung 1987
Arbeitsstättenzählung 1987
Sonderschulen im Schuljahr 1986/87
Bauhauptgewerbe 1986
Saisonale Entwicklung der Straßenverkehrsunfälle und Verletzten im Jahre 1985

Heft 2 / Februar 1987

Die Wahl zum 11. Deutschen Bundestag in Rheinland-Pfalz am 25. Januar 1987
Erntejahr 1986

Heft 3 / März 1987

Landwirtschaft in den ausgeweiteten benachteiligten Gebieten
Die Nutzung der Landesfläche 1985

Einzelhandel im Regierungsbezirk Trier
Öffentliche Abwasserentsorgung 1963 bis 1983
Das Landesinformationssystem

Heft 4 / April 1987

Landtagswahl in Btx
Insolvenzen 1986
Finanzielle Situation der öffentlichen Krankenanstalten
Tödliche Unfälle 1976 bis 1985
Holzindustrie 1950 bis 1986
Allgemeine Viehzählung 1986
Werkzeugumgebung zur rationellen Software-Entwicklung

Heft 5 / Mai 1987

Geburtenhäufigkeit – Erwartete und beobachtete Entwicklungstendenzen
Wohnungsbau 1986
Betriebsgrößenstruktur in der Landwirtschaft 1979 bis 1986
Regionalstruktur des Großhandels und der Handelsvermittlung 1984/85

Heft 6 / Juni 1987

Die Wahl zum 11. Landtag Rheinland-Pfalz am 17. Mai 1987
Regionale Wirtschaftsentwicklung 1980 bis 1984
Investitionen im verarbeitenden Gewerbe 1985

Heft 7 / Juli 1987

Altersstruktur der Landesbediensteten
Öffentliche Gasversorgung
Bauhauptgewerbe 1986
Regionale Schwerpunkte des Gastgewerbes 1979 bis 1985
Strukturwandel der Rinder- und Schweinehaltung

Heft 8 / August 1987

Ausbildungsplätze im Mai 1987 – Angebot und Nachfrage
Ernteberichterstattung 1987
Säuglingssterblichkeit 1950 bis 1986
Wohngeld 1986
Gewerbegründungen
Dialogauskünfte im Krankenhausrechnungswesen

Zeichenerklärungen

- | | |
|--|------------------------|
| — = nichts vorhanden | D = Durchschnitt |
| 0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit | p = vorläufige Angabe |
| · = kein Nachweis vorhanden / Angabe nicht möglich | r = berichtigte Angabe |
| ... = Angabe fällt später an | s = geschätzte Angabe |
| () = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist | |

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 – 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.